

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 abonement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepolte Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Intra die für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigenspreiser: Amt 1, Nr. 1608.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 27. Januar 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Englische und deutsche Sozialreform.

Im Laufe der sozialpolitischen Debatte, die sich jetzt wieder im Reichstage abspielt, ist von vielen Rednern wieder in allen Tonarten das alte Liebling abgefangen worden: „Deutschland ist auf dem Gebiete der Sozialreform allen übrigen Ländern der Erde weit voraus.“ Es ist das nur eine Variation der alten Melodie auf unsere vielgerühmte — wohl gemerkt: von uns selbst viel gerühmte — Zivilisation, an deren Spitze wir zu marschieren behaupten. Und genau ebenso wahr.

Stellen wir zunächst fest, was „Sozialreform“ ist. Im sozialistischen Sinn heißt Sozialreform: Beseitigung der sozialen Uebelstände und Ungerechtigkeiten auf dem Wege der Gesetzgebung. Dem Inhalte nach bedeutet also Sozialreform genau dasselbe wie Sozialrevolution: die Beseitigung der Ursachen der sozialen Uebelstände und Ungerechtigkeiten. Mit anderen Worten: wenn die Sozialreform nicht ein Schwindel ist, sondern ernsthaft gemeint, so heißt Sozialreform: Sozialrevolution auf gesetzgeberischem Wege.

Eine solche Sozialreform haben wir weder in Deutschland noch in England, und folglich können wir sie in Deutschland auch nicht besser haben als in England. Was in Deutschland, amtlich und halbamtlich, sowie auch sonst von nicht klar denkenden Leuten „Sozialreform“ genannt wird, hat mit wirklicher Sozialreform gerade so wenig gemein, wie ein Stück Glas mit einem Diamant. Wir meinen die Versicherungs-Gesetze. Diese Gesetze berühren die Wurzel der sozialen Uebelstände und Ungerechtigkeiten gar nicht. Sie beseitigen — was geru zugegeben sei — diesen und jenen Uebelstand, diese und jene Ungerechtigkeiten — jedoch nichts Wesentliches, nichts, dessen Beseitigung eine tiefere, gründliche Besserung der sozialen Lebensbedingungen herbeiführen müßte. Die Verbesserung, für unterstützungsbedürftige Kranke (wozu auch die Opfer von „Unfällen“ gehören) und Arbeitsunfähige zu sorgen, ist seit Jahrtausenden, seit es überhaupt eine menschliche Gesellschaft giebt, als eine Pflicht der menschlichen Gesellschaft — des Staats oder der Gemeinde — betrachtet worden. Durch unsere, reklamenhaft zu einer „Sozialreform“ aufgepufften Arbeiterversicherungs-Gesetze ist — das haben wir schon des Ofteren dargelegt, und neuerdings ist es durch den früheren Chef des Reichs-Versicherungsamts, Herr Bödiker rüchaltlos bestätigt worden — nicht einem einzigen Staatsangehörigen Unterstützung geworden, dem sie nicht auch nach der früheren Gesetzgebung hätte werden müssen. Es handelt sich, wie Liebknecht bei Einbringung des ersten Versicherungsgesetzes bereits im Reichstag aussprach und wie Herr Bödiker es 12 Jahre später zugestand, nur um eine Reform der Armen-Gesetzgebung. Und die Armen-Gesetzgebung bewegt sich allerdings auf sozialem Gebiet, ist eine sozialpolitische Angelegenheit, jedoch keine sozialreformatorische, keine, welche auf Beseitigung der Ursachen des sozialen Elends hinczielt. Diese Ursachen sind im Wesen des Kapitalismus begründet, sind von ihm untrennbar, und ihre Beseitigung setzt folgerichtig die Beseitigung des Kapitalismus, die sozialistische Organisation der Gesellschaft voraus. Sozialreform ist deshalb ein sozialistischer Umgestaltungsvorgang, und außerhalb der sozialistischen Partei sind Sozialreformer undenkbar; was sich außerhalb unserer Partei mit dem Titel brüstet, das fällt zur kleineren Hälfte in die Kategorie philanthropischer Phantasten und Utopisten, zur weitaus größeren Hälfte in die der Charlatane, Kurpfuscher und Reklamemacher.

Wir müssen daher das Wort Sozialreform hier in dem beschränkten Sinn nehmen, in welchem allein es genommen werden kann, wenn man nicht falsche Vorstellungen erwecken will — nämlich in dem Sinne der Sozialgesetzgebung, oder präziser und verständlicher ausgedrückt: der Arbeiter-Gesetzgebung.

Da haben wir vor allem die Fabrikgesetze, den Arbeiterschutz — diejenigen Gesetze, durch welche die Arbeitszeit geregelt, Unfällen bei der Arbeit vorgebeugt, für Arbeiterhygiene gesorgt wird.

Wohlan — wer die Geschichte und den Umfang der modernen Fabrikgesetzgebung kennt, kann zwischen England und Deutschland gar keinen Vergleich ziehen.

Und wer die Geschichte der Fabrikgesetzgebung nicht kennt, der lese sie im ersten Bande des „Kapital“ von Marx. Verglichen mit dem gewaltigen Bau der englischen Fabrikgesetzgebung ist die deutsche Nachahmung eine lägliche Bretterbarade.

In England seit einem halben Jahrhundert der Zehn-Stunden-Tag und in vielen Industriezweigen noch kürzere Arbeitszeit — in Deutschland kein Normal-Arbeits-Tag und das bischen vierzehnstündiger Normal-Arbeits-Tag für die Bäcker noch zu viel!

In England ein kräftig entwickeltes Fabrik- und Bergwerks-Inspektorat, von dem wir in Deutschland erst verzweigte Anfänge haben.

In England organische, freie Entwicklung. In Deutschland die polizeiliche Bevormundung. Es ist wahr, die Engländer haben keine Arbeiterversicherungs-Gesetze. Aber sie haben sie nicht, weil deren bureau-

kratischer Polizeicharakter ihrer Natur zuwider ist. Und weil sie etwas haben, das hundertmal mehr werth ist als unsere Versicherungs-Gesetze — das freie Koalitionsrecht. Mit der Waffe des Koalitionsrechts haben die englischen Arbeiter sich bessere Lohnbedingungen und eine höhere Lebenshaltung erkämpft als die deutschen Arbeiter besitzen. Es ist das eine That-sache, die von allen Statistern und Nationalökonomen festgestellt und anerkannt ist.

In England gilt das Koalitionsrecht als unantastbares Grundrecht der Arbeiter, an dem auch die konservativste Regierung nicht rüttelt. In Deutschland wird die Ausübung als grober Unfug, als Erpressung bestraft, und soll sie hinaus mit Zuchthaus bestraft werden.

In England schreibt die Regierung — wie vor zwei Jahren bei dem drohenden Eisenbahnarbeiter-Streik — zu Gunsten der Arbeiter ein, wenn die Arbeitgeber das Koalitionsrecht unterdrücken wollen. In Deutschland wirft die Regierung das ganze Gewicht ihres Einflusses in die Waagschale zu Gunsten der Arbeitgeber, wenn diese, wie bei dem Streik der Hamburger Hafenarbeiter, die Ausübung des Koalitionsrechts als ein todeswürdiges Verbrechen mit dem Hungertode bestrafen wollen.

Und abgesehen von der Arbeitergesetzgebung, in die Deutschland so weit hinter England zurück ist — wie steht in Bezug auf die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte der englische Arbeiter zu dem deutschen?

Der englische Arbeiter kann reden was er will, kann sich mit seinen Mitbürgern versammeln, wann, wo und wie er will, kann schreiben was er will, kann sich organisieren wie er will — kurz, er ist ein freier Mann, der politisch keine Maßregelungen, keine Prozesse zu fürchten hat, — gegen Eingriffe in seine persönliche Freiheit geschützt, unverletzlich in seiner Wohnung, mit dem Recht, jeden Eindringling, auch die Polizei, zur Thüre hinauszumerfen und im Falle der Gewaltthatigkeit ihn niederschlagen und niederzuschleichen.

Der deutsche Arbeiter des freien Versammlungsrechts beraubt, das er nur unter polizeilicher Aufsicht ausüben darf; bei jedem Wort, das er redet oder schreibt, in Gefahr eines Prozesses, jeden Augenblick in Gefahr verhaftet zu werden, stets an der Schwelle des Gefängnisses — tausende von Prozessen alljährlich, die in England unmöglich wären, weil die Anklagen sich gegen Neuerungen des natürlichen Freiheits- und Rechtsgefühls richten.

Die englischen Gewerkschafts-Organisationen, auf Grund des freien Koalitionsrechtes ganz England umspannend, ein Staat im Staat, eine selbständige Macht, ebenbürtig und gleichberechtigt, wenn auch nicht gleich der Macht des Kapitalismus, — stark genug, die Lebenshaltung des Arbeiters über das Niveau hinaus zu heben, welches der schrankenlose, unkontrollirte Kapitalismus ihr zuweisen würde. Die deutschen Gewerkschaften gemahregelt, verfolgt, unter Polizei-Aufsicht, vogelfrei.

Der englische Arbeiter im freien Besitz aller politischen Rechte und des Koalitionsrechtes, und dadurch der freie Schmied seines Schicksals.

Der deutsche Arbeiter bevormundet, an Händen und Füßen gebunden, mit Rechten, die er ansehen, jedoch nicht benutzen darf — bei Strafe. Bei Geldstrafe, bei Gefängnisstrafe und bald bei Strafe des Zuchthauses.

Und der englische Arbeiter sollte den deutschen Arbeiter beneiden — sollte, was die Stumm, Möller und Konsorten die Stirn hatten uns zu sagen, schlechter gestellt sein als der deutsche Arbeiter?

Das sagen ist Jahn. Das glauben moralische Farbenblindheit oder Protzenwahnsinn, der ein Zwillingbruder ist des Zärsenwahnsinns.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 26. Januar.

Der Reichstag

gestattete sich heute zunächst den Lurus einer ästhetischen Vorlesung über Goethe durch den Prinzen Carolath-Schönau, der dem jungen Goethe ein Standbild in Strassburg wünscht — ein Wunsch, dem die Reichstagsmehrheit nicht geneigt scheint, der aber aus Höflichkeit — ob für Goethe oder den Vorleser, das bleibe dahingestellt — vor die Budgetkommission geschickt ward. Nach Erledigung dieser Angelegenheit wandte der Reichstag sich weniger poetischen, aber nützlichen Dingen zu. Genosse Heine brachte den Nothstand unter den Bureaukrathen zur Sprache, die schmählich ausgebeutet werden und jedes gefehligen Schutzes entbehren, obgleich über die Hälfte noch unertwachsen sind. Hierauf richtete Bebel bei dem Titel „Kommission für Arbeiterstatistik“, daß die Kommission so wenig zusammenberufen werde; es fehle doch wahrhaftig nicht an Arbeit für eine ehrliche Arbeiterstatistik. Bebel berührte dann die Bäckerverordnung und geißelte die schwächliche Durchführung seitens der Behörden, sowie den Widerstand und Ungehorsam eines Theiles der Meister.

Es entspann sich nun über die Bäckerverordnung eine Debatte, welche beinahe die ganze Sitzung ausfüllte. Der Bündler Dertel, der Innungsbäcker Schwarzg brachten die bekannten Gründe gegen die Verordnung vor, wurden aber von Bebel und Mollenbuhr widerlegt. Graf Posadowsky erklärte, daß die Reichsregierung nicht die Macht besitze, die Bundesregierungen in der Handhabung der Verordnung zu beeinflussen — eine Aeußerung, die verdientem Spott anheimfiel. Stumm benutzte die Gelegenheit, um seinem Kerger über die Kommission für Arbeiterstatistik Luft zu machen. Genosse Seifert vertheidigte die von Sozialdemokraten geleiteten Konsumvereine, die in die Debatte hineingezogen wurden, gegen den Vorwurf, ihr Personal auszubenten und den „Mittelstand“ zu ruinieren, während Bebel und Mollenbuhr den Spieß umdrehen und den Herrn Agrariern das Neuchterliche ihrer Mittelstands-Freundlichkeit nachwies. — Der den „Zwischenhandel“ beseitigen wolle und Verkaufs-Genossenschaften gründe, habe kein Recht, sich einen Freund des Mittelstands zu nennen. Kaplan Sike vertheidigte, wenn auch nur lau, die Bäckerverordnung. Es kam noch zu einer sprunghaften Debatte über verschiedene minder wichtige Punkte, bis die Sitzung um 6 Uhr geschlossen wurde. Morgen kein Reichstag, Sonnabend Fortsetzung der Etatsberatung.

In den gestrigen Bericht hat sich ein Versehen und ein Druckfehler eingeschlichen. Unser Antrag betreffend die obligatorische Gewerbegebühr wurde nicht in eine Kommission gegeben, sondern verworfen; und die von uns befristete Altersgrenze ist nicht das zurückgelegte 25., sondern 20. Lebensjahr.

Rede-Vomben.

Herr v. d. Rede, dem man fälschlich schon Gesundheitsrückichten nachsagt — denn wessen Konstitution ist so prächtig dem heutigen Regierungsklima gewachsen? — erklärte vor ein paar Tagen im preussischen Abgeordnetenhaus zu dem Alexandrinischen Bombenschwindel:

Leider muß ich hier konstatieren, daß dieser Angelegenheit ein sehr ernstes Faktum zu Grunde liegt. Meine Nachrichten reichen allerdings noch nicht so weit, wie die des Herrn Richter, welche bereits von einer Ueberweisung der Sache an das Schwurgericht in Ancona sprechen; meine letzten Nachrichten schließen aber doch wenigstens mit der Anzeige ab, daß aller Wahrscheinlichkeit nach in nicht sehr langer Zeit die Sache dem Schwurgericht in Ancona werde überwiesen werden.

Als Herr v. d. Rede diese entsetzliche Kunde von dem sehr ersten Faktum dem hohen Hause vorsetzte, sträubten sich sichtbarlich seine Haare, in der grauenhaften Erinnerung an jenes Entsetzen seiner Kollegen und Freunde, das die Bombenachricht, dem Zeugniß des Herrn v. Mirbach zufolge, während der Palästinareise hervorgerufen.

Das sehr ernste Faktum enthält sich nunmehr. Dem „B. Z.“ wird aus Rom telegraphirt:

Nach Mittheilungen des Ministers des Aeußeren Canabaro erklärt sich der „Don Ghisciotte“ in die Lage versetzt, die Geschichte des angeblichen ägyptischen Komplotts absolut in's Fabelreich zu verwelfen. Der „Don Ghisciotte“ belegt seine Erklärung mit folgenden Beweisen: Das sog. Attentat war lediglich das Werk eines im Dienste der Geheimpolizei von Alexandria stehenden italienischen Spießes, der münchener auf Veranlassung des italienischen Konsuls verhaftet worden ist. Um seinen Plan auszuführen, landete der Spieß einen Kraber nach der Liqueurbude des Italieners Parrini. Der Kraber trank ein Glas und gab dem Wirth eine kleine Kiste zur Aufbewahrung. Eine Stunde darauf erschien bereits die Polizei und konfiszierte die eine Bombe enthaltende Kiste und entdeckte das famose „Komplot“.

Die Verhafteten sind, so sagt der „Don Ghisciotte“, zwar sogenannte Anarchisten, aber sie wären nicht im Stande, auch nur die geringste That auszuführen. Es sei merkwürdig, daß ein ägyptischer Minister im Landtage die Lügen der ägyptischen Polizei bestätige, während eine Untersuchung im Gange sei, welche die Dinge in ihrer wahren Gestalt zeigen werde.

Nach der „Voss. Ztg.“ sind die verhafteten „Verschwörer“ bereits ausnahmslos wieder entlassen worden, da sich jeder Verdacht als unbegründet erwiesen hat.

Wenn wir Herrn v. d. Rede freilich richtig kennen, so wird er auch ferner an die Vomben glauben und glauben zu machen versuchen. Nach seinem philosphischen Sprachgebrauch wird er zwar einräumen, daß es subjektiv kein Bombenattentat gewesen sei, wohl aber objektiv. Hoffentlich korrigirt Herr v. d. Rede seine subjektiv-objektive Bilanzstelle nicht aus dem Stenogramm seiner Ausweisungsrede heraus; denn die Korrektur dieser Rede ist so umfangreich und schwierig, daß das Redefache Stenogramm auch für die Donnerstagnummer des „Reichs-Anzeigers“ noch nicht druckfertig ist. Voss's und Miquel's Reden findet man bereits in Lebensgröße reichsanzeigerisch verewigt. Aber hinsichtlich der Rundgabe der Köller-Verherrlichung Rede's vertritt das amtliche Blatt die ungebildigt wartenden Leser auf die — Zukunft.

Welches sehr ernste Faktum mag subjektiv oder objektiv dieser unerhörten Verzögerung Untergrund bilden?

Sollte wirklich Herr v. d. Rede unvorsichtigerweise ein Opfer der Geistesbomben-Verschöpfung geworden sein, durch die er andere zu zerschmettern gedachte? Ist er an intellektueller Selbstvergiftung gestorben? Wir würden trauern um dieses unglückliche objektive Ende einer subjektiven Ministerherrlichkeit, und als Gedenkzeichen ihm die alexandrinischen Vomben tief ergriffen auf den Grabeshügel pflanzen. —

Die wahren Staatsfeinde.

Die Steuern willigen sind seltener als die Steuerbewilliger, und der patriotische Opfermut erlischt im feuerficheren Geldschrank. Aus einer vom preussischen Finanzministerium herausgegebenen Uebersicht geht hervor, daß allein in Berlin von 53 100 Steuer-Erklärungen 17 655 beanstandet und 11 318 mit Erfolg beanstandet worden sind. Die Deklaranten hatten nur ein Einkommen von insgesamt 151 543 305 M. angegeben, während die Miquel'schen X-Strahler 192 151 881 M. ermittelten. Dadurch erhöhte sich der Steuerbeitrag von 4 831 302 M. auf 6 367 934 M. Durch die Wachsamkeit der Steuerbehörde ist demnach für Berlin der Staat vor einer Schädigung um 1 536 632 M. behütet worden.

Im Staat Preußen wurden 148 288 (unter 456 684 abgegebenen) Steuer-Erklärungen beanstandet. Das sind 32,5 pCt. Mit Erfolg wurden 112 225 beanstandet gleich 75,7 pCt. der Beanstandeten. Das steuerpflichtige Einkommen erhöhte sich dadurch von 678 878 056 M. auf 863 043 830 M. und der Steuerbeitrag von 18 844 876 auf 25 090 492 M. Gewinn für den Fiskus: 6 185 618 M. gleich 32,8 pCt. Da die Mehrermittelung des zu versteuernden Einkommens nur 27,1 pCt. beträgt, so ergibt sich daraus, daß gerade die **Inhaber der größten Einkommen**, bei denen der Steuerjah 4 pCt. beträgt, die stärksten „**Irthümer**“ zu Ungunsten des Staates begangen haben.

Man sieht also, daß gerade die Leute vom Besitze nicht nur nicht das Blut, sondern nicht einmal das Gut, zu dem sie gesetzlich verpflichtet sind, dem Vaterlande opfern. Hier sind die eigentlichen Vaterlandslosen zu finden, denen am Staat nichts liegt, sondern die nur ihr Interesse kennen und fördern. Das sind die eigentlichen gefährlichen Staatsfeinde, die den Staat sogar um die paar Pfennige betrügen, die sie von ihrem aus den Arbeitern erbeuteten Mehrerwerb an den Staat ausliefern sollen.

Hätten wir statt des ungerechten, progressiv nach unten drückenden Systems der indirekten Steuern nur direkte nach dem Maß der Leistungsfähigkeit abgestufte Steuern, so würden wir noch mehr Beweise für die „**Staatsfreundlichkeit**“ unserer herrschenden Klassen erleben. Dann würde es dort alsbald heißen: Keinen Mann und keinen Groschen für das Heer, fort mit der Flotte; und vor allem: Nieder mit der Steuerdeklaration.

Der Staat ist für unsere herrschenden Klassen wahrlich nicht mehr blod der Nachwächter; wenigstens ist sein Horn zum Füllhorn geworden, aus dem den Lieblingskindern Schätze in unermeßlichem Reichthum quellen.

In diesen Unterschlagungen sind natürlich in ganz hervorragendem Maße die Junker theilhaftig. Die Jagdgründe unserer Ostelbier sind zugleich die Bezirke der gekennzeichneten Einschätzungen. An der Spitze steht der Regierungsbizist **Marienwerder**, in dem nicht weniger als 53 pCt. des Steuerbetrags weniger eingeschätzt worden ist, als nach der Beanstandung herausgeholt wurde. Auch hier ergibt der Vergleich des prozentualen Mehrertrags der Steuer mit der prozentualen Mehrerschätzung des Einkommens, daß an den Mogeleyen zumeist die größten Besitzer theilhaftig sind. Nächste Marienwerder kommt **Gumbinnen**, dessen Agrarier ihren geliebten Staat um 50,4 pCt. des Steuerbetrags zu beschwindeln trachteten. Es folgt **Frankfurt** mit 50,3 pCt., **Rößlin** mit 48,1 pCt., **Posen** mit 46,6 pCt., denen ein Zentrum der Großindustrie **Düsseldorf** mit 46,2 pCt. Am niedrigsten ist die Unterschlagungsquote in **Rachen** mit 18,2 pCt.

Herr Miquel würde sich sehr verdient machen, wenn er künftig genau nachweisen würde, in welchen Steuerklassen die größten „**Staatsfeinde**“ und „**Vaterlandslosen**“ zu finden sind, wenn er Stadt und Land scheiden und die Gebiete des Latifundienbesitzes, die Zentren der Großindustrie und des Großhandels besonders aufzählen würde.

Dann besäßen wir ein naturgetreues Konterfei des Patriotismus unserer besitzenden Klassen.

Deutsches Reich.

Magdeburger Polizei.

Vor Kurzem kam aus Magdeburg die erstaunliche Mitteilung, die Polizei habe im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit es für gut befinden, alle anarcho-syndikalistischen Personen einer Körpermessung zu unterziehen. Dies durch keinerlei gesetzliche Bestimmung gerechtfertigte Verfahren rief allgemein Unwillen hervor. Jedoch hat sich die Polizeibehörde mit dieser ihre Rechte überschreitenden Aufnahme der Personalien nicht zufrieden gegeben. Offenbar in der Annahme, noch weitere Personen, die anarcho-syndikalistischen Ideen anhängen, ausfindig machen zu können, begab sich am Sonntag, den 22. d. M. und am Mittwoch, den 25. d. M. eine große Anzahl von Kriminalbeamten unter Führung uniformierter und nicht uniformierter Kommissare in das Versammlungszentrum der Anarchisten, wartete dort selbst das Ende der Versammlungen ab und notierte alsdann die Personalien aller zu den Versammlungen erschienenen Personen.

Dies ist das Neueste aus Magdeburg. Ein Recht der Polizei zu einem solchen Verfahren besteht nicht, ein Verfahren, das übrigens selbst am liebsten von dem lebenswichtigen Verhalten gegen dieselben Anarchisten zur Zeit der sog. Unabhängigkeitsbewegung, als man noch hoffte, daß von dieser Seite die Sozialdemokratie geschädigt werden könnte.

Wir sind aber der Meinung, daß das Verhalten der Polizei nicht von zeitlichen Stimmungen abhängen darf, sondern von den gesetzlichen Bestimmungen. Und zu dem obigen Verfahren giebt das Gesetz keine Berechtigung.

Eine Aenderung des Krankenkassen-Gesetzes

wird jetzt mit vielem Eifer von den Ärzten angestrebt. Im Allgemeinen gehen die Forderungen der Ärzte dahin, die Verwaltungsrechte der Mitglieder der Krankenkassen einzuziehen und die freie Arztwahl gesetzlich festzulegen. Ein solcher Antrag liegt z. B. der Brandenburgischen Kammer zur Verantw. vor, ebenso ist man ostwärts bemüht, die ärztlichen Ständevertretungen diesem Projekt dienlich zu machen.

Bei der Wiener Versammlung des königlich sächsischen Medizinalkollegiums ist ein Antrag eingereicht worden, die Versammlung wolle erklären: „Eine baldige Revision des Krankenversicherungsgesetzes ist erforderlich in der Richtung, daß Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen werden zum Schutze gegen Maßnahmen der Krankenkassen, die geeignet sind, die Existenzbedingungen für den ärztlichen Stand zu gefährden. Die Wiener Versammlung bittet die königliche Staatsregierung, im Bundesrathe eine Revision des Krankenversicherungsgesetzes im vorstehenden Sinne anzuregen und die hierauf gerichteten Bestrebungen der Ärzte unterstützen zu wollen.“ Im „**Kerzil-Bereinsbl.**“, dem Organ des Deutschen Ärztevereinsbundes, werden die ärztlichen Ständevertretungen der anderen Staaten aufgefordert, auch bei ihren Regierungen im gleichen Sinne vorstellig zu werden.

Wir halten es für das Beste, wenn in diesen Fragen die Mitglieder der Krankenkassen selbst zu bestimmen haben. Die Absichten der Ärzte müssen jeden Arbeiter schon deshalb stetig machen, weil die Herren ihre Propaganda in einer leineswegs einwand-

freien Weise betreiben. Ihren Hauptangriff richten sie gegen die Kassenverwaltungen der Orts-Krankenkassen, und ohne Beweise schleudern sie die Behauptung in die Welt, diese Verwaltungen, die sich vielfach in Händen von sozialdemokratischen Arbeitern befinden, arbeiteten dem Interesse des ärztlichen Standes entgegen. Wir weisen sehr zu der Ansicht, daß bei den Verantwortlichen der erwähnten Maßnahmen politische Tendenzen mitspielen. Denn soviel in der bürgerlichen Presse die Kassenverwaltungen auch beschimpft wurden, stichhaltige Gründe für eine Aenderung des Krankenkassen-Gesetzes nach der gewünschten Seite sind nicht vorgebracht worden. Die Einführung der freien Arztwahl würden die Ärzte beschleunigen, wenn sie sich für ihre Agitation nicht solcher Mittel bedienen wollten, die sie in den Verdacht bringen, das Verwaltungsrecht der Arbeiter in ihren Kassen anzulassen und reaktionären Strömungen Vorschub zu leisten.

Gewichtige Stimmen. Ein konservativer Parteitag der Provinz Brandenburg hat durch Herrn v. Löbell die große Acht über die durchaus nicht gemauerte Sozialdemokratie ausgesprochen lassen. Man wurde sogar kläglich:

Die konservative Partei in erster Linie hat die Pflicht, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen (lebhafter Beifall) mit aller Schärfe und Schnelligkeit! (Beifall.) Autorität und nicht Majorität soll gelten. (Beifall.) Man soll die Stimmen wagen und nicht zählen! Der Staat muß untergehen früh oder spät, wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet! (lebhafter Beifall.)

Die Junker spenden dem großen Revolutionär Friedrich Schiller, der das Wort gegen die polnischen Junker schleuderte, mit derselben Harnlosigkeit Beifall, mit der einst der französische Adel den gesessenen Wohlthäter Beaumarchais jubelte.

Wir haben gar nichts dagegen, wenn man die Stimmen unserer edlen Junker wiegt, auf der einzigen Waage, die nicht trägt, auf der Waage der Vernunft, der Wissenschaft, des Kulturwissens. Wir möchten aber dringen, der Herren von diesem Versuch abzuhalten; denn das Ergebnis würde sein: Gewogen und zu leicht befunden.

Die Stimme einer Kull wird nicht dadurch gewichtig, daß sie einzeln ist, und nicht wahr, Herr v. Löbell, im Vertrauen: Auch ein Minister ist gelegentlich — 0?

Auch der bekannte Banmeister Felisch ließ seine Stimme wiegen und er kam zu der Ansicht, daß nach dem, was die Konservativen meinen, kein Mensch was fragt:

„Es fällt mir auf, daß man in den Kreisen der Regierung mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt, was z. B. der „**Wortworts**“ sagt, und wegen mancher seiner Versicherungen die ganze Regierungsmaschine in Bewegung setzt. Die konservativenblätter können schreiben, was sie wollen, da fragt kein Mensch nach.“

Die Anwesenden begrüßten es mit lebhaftem Beifall, daß kein Mensch nach ihnen fragt. Sie wissen es also selbst, was dabei herauskommt, wenn man ihre Stimme wiegt. Da fragt kein Mensch nach! —

Kleine Trinkgelder. Die Regierung erweist dem allmächtigen Zentrum aller Liebenswürdigkeiten. Wie das „**Echo der Gegenwart**“ meldet, ist dem Provinzial der Redemptoristen vom Oberpräsidenten von Westfalen die amtliche Mitteilung zugegangen, daß der Kultusminister und der Minister des Innern am 12. d. M. die Genehmigung zu einer neuen Niederlassung der Redemptoristen in Bommum erteilt haben. — 26 000 Soldaten sind schon ein paar Redemptoristen werth. —

Ueber den einjährig-freiwilligen Militärdienst der Volksschullehrer hat der Reichsanwalt entschieden, daß den nicht in staatlichen Lehrerseminaren vorgebildeten Lehramtskandidaten, welche zur Seminarentlassungsprüfung zugelassen werden und sie bestehen, die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst nicht zuzuerkennen ist. Warum diese Ausnahme angeordnet wird, ist unbekannt.

Die Sachfengängererei wird, wie der „**Voss. Jtg.**“ aus Posen geschrieben wird, voransichtlich in diesem Jahre einer Umformung wie noch nie zuvor gewürdigt. Ein einziges Arbeitervermittlungsbüreau in Oberschlesien hat bisher schon nahezu 20 000 Galizier gemietet. Andere Büreaus in Schlesien, Posen und Westpreußen, die im vergangenen Jahre nur je 300 bis 500 Arbeitskräfte vermitteln, rechnen dieses Jahr auf eine Unterbringung von je 2000 bis 5000 Arbeitskräften. Und dabei ist die Zahl dieser Büreaus eine ganz gewaltige. Allein in dem unmittelbaren Grenzraum, der sich von Gorbz und Landberg in Oberschlesien über Wilhelmbrunn und Thorn bis nach Soldau und End zieht, befinden sich viele Dutzende, die meist von ehemaligen Wirtschaftsbeamten eingerichtet worden sind. Die Inhaber einiger großen Büreaus dürfen sogar mit Erlaubnis der russischen Regierung auf russischem Gebiete Leute öffentlich anwerben. Dazu kommen noch die vielen hunderte von Winkelagenten im Grenzgebiet, ferner die Vermittlungsbüreaus in den großen und größeren Städten der vier östlichen Provinzen und die Arbeitsnachweis-Büreaus der Landwirtschaftskammern in Breslau, Posen und anderen Orten. Ueberdies durchziehen aus allen Theilen des Reiches Agenten Oberschlesien, Posen, West- und Ostpreußen, um Leute für die diesjährige Feldarbeit zu mieten. Vor allem fehlt es an Frauen und Mädchen, und die sogenannten besseren Arbeitskräfte, d. h. solche aus Oberschlesien, aus der Provinz Posen und allenfalls noch aus Westpreußen, sind etwa nur zur Hälfte zu beschaffen. Der Mangel an Galizianern ist nicht so groß, aber diese sind von den Landwirthen und Arbeitgebern in Mittel- und Westdeutschland bei Weitem nicht so gesucht, wie die preussischen Polen, die als zuverlässiger und fleißiger gelten. Die Arbeitskräfte aus russisch-Polen nehmen hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit eine mittlere Stellung ein. Aber es ist die Frage, ob Rußland den Massenabzug von Arbeitskräften nach Deutschland noch lange gestatten wird. Die polnischen Großgrundbesitzer in Westrußland haben schon vor mehreren Wochen den Ministerium in Petersburg Vorträge über die Leutenoth in den westlichen russisch-polnischen Regierungsbezirken gehalten, und jetzt wollen sie eine große Abordnung an den Kaiser schicken, damit die russische Grenze für Massenabwanderer nach Deutschland geschlossen werde. Im dreimelligen russischen Grenzgebiet erhalten schon jetzt die Leute keine Grenzlegitimationspapiere mehr, um als Sachfengänger für längere Zeit Rußland verlassen zu können. —

Ueber die Waarenhaus-Umsatzsteuer zum Schutze des Kleinhandels und des Kleinvertriebes hat der hauptsächlich aus kleineren Kaufleuten bestehende Bund der Handels- und Gewerbetreibenden in Berlin eine Denkschrift herausgegeben, die den Mitgliedern des Reichstages zugestellt worden ist. Sie schildert die Geschäftszustände der Großhändler und setzt auseinander, wie durch die Großhändler das Kleinvertriebe verdrängt, die Arbeitslosigkeit in den Handelsbetrieben vermehrt und die kleinen Gewerbetreibenden mit unerträglicher Nothwendigkeit einer traurigen Zukunft entgegensehrt werden. Die Flugchrift gipfelt in einem Vorschlage der Umsatzsteuer. Wenn ein Kleinhandels-Geschäft drei Branchen hat, dann soll es, gleichviel welchen Umsatz es hat, steuerfrei bleiben. Erst wenn Waaren einer vierten Branche hinzugenommen werden, soll eine stufenmäßige Umsatzsteuer je nach der Zahl der Branchen und der Höhe des Umsatzes eintreten. —

Im Kampfe gegen Dänemark auf wirtschaftlichem Gebiete fordert die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe die Regierung auf, vorzugehen. Man solle nicht Deutschland forsgelehrt mit dem Bezuge der Produkte der dänischen Landwirtschaft überschütten lassen. Das wäre, so meint die Korrespondenz, eine kraftvolle, nationale Wirtschaftspolitik. — Der Hintergrund dieser „nationalen Gefühnung“ ist das Bestreben, in der Preissteigerung, insbesondere von Blech und Fleisch durch die dänische Einfuhr nicht behindert zu sein. —

Rand! Der konservativ sächsische Landtags-Abgeordnete **Wegner** hatte im vorigen Landtag gegen die 50 000 M. gestimmt,

die für einen Prinzen gefordert wurden. Um dieser Mittelhat willen darf der Mann nicht wieder kandidiren und sein Wahlkreis ist von einem zuverlässigeren Konservativen in Beschlag genommen worden, der auch für die nachbleibenden Prinzen ein warmes Mittelstandsberg hat. Herr Wegner will zwar wieder in den Landtag, aber das „**Vaterland**“ nimmt drohend an, daß von keiner Seite der Versuch einer Gegenkandidatur gewagt wird, die unter den gegebenen Verhältnissen nur mit einem Fiasco endigen würde.

Die Prinzen werden nun, nach dieser politischen Standrechtung einer mißgünstigen Ordnungstüchtigkeit, nicht mehr Nahrungsforgen zu befürchten brauchen. —

Kommunalfreistum. Die Straßenbahn-Frage in Nürnberg, über deren Verlauf wir berichtet haben, ist, wie uns von dort geschrieben wird, „geregelt“ worden. Ohne daß die übliche Verschlingung der Tagesordnung im Amtsblatte der Stadt erfolgt wäre, hat das Gemeindefolgeium sich in seiner letzten Sitzung für den Privatbetrieb der neuen Linien ausgesprochen. Nur vier Gemeindevorsteher haben gegen diesen Beschluß gestimmt, nicht ohne eine scharfe Kritik des Kommunalfreistums daranzusetzen. Dieser Ausgang war vorzuziehen und hat niemanden überrascht; der Kommunalfreistum müht eben nach dem Grundsätze: „Nach uns die Sintfluth“ die Macht aus, so lange er sie noch besitzt. Der Eindruck unserer Agitation gegen diese Sorte von „Freistum“ konnte durch diesen Beschluß nur noch verstärkt werden. —

Aus Hessen, 25. Januar. (Fig. Ver.) Das kürzlich beschlossene Reformplan für die direkten Staatssteuern ist nun auch als Ergänzung einer Regierungsvorlage, die **Reform der Gemeindefreistum** betreffend, gefolgt. In ihr kommt der Geist, der dem ganzen Werke inne wohnt, am unverhülltesten zum Ausdruck. Thut ja den lieben Leuten nicht weh, die von ihren Hüfen und Renten leben, damit sie nicht den Staub von ihren Pantoffeln schütteln und uns schände verlassen! — das ist das Leitmotiv. Die Hauptsteuer soll auch für die Gemeinden die schon seither erhobene allgemeine Einkommensteuer sein. Daneben sollen Grund- und Gewerbesteuer beibehalten werden, denn die Landwirthe und Gewerbetreibenden können ja nicht so leicht fortlaufen. Die Renten aber können das, und darum soll erstens die seitherige Kapital-Rentensteuer aufgehoben, und zweitens eine Vermögenssteuer für die Gemeinden nicht eingeführt werden. Also Steuererleichterung für alle Rentiers und solche, die auf dem Wege sind, es zu werden.

Eine weitere, den Landständen zugegangene Vorlage bringt die überraschende Mitteilung, daß die Regierung gern einen Theil des **Domänenlandes** verkaufen will. Sie bietet rund 1012 Hektare landwirtschaftlich benutztes Gelände, das in 33 Gemarkungen zerstreut liegt, zum Verkauf aus. Je weniger Gelände der Staat besitzt, desto weniger Arbeit und Karger erfordert die Verwallung. Was dürfte der ausschlaggebende Beweggrund für dieses Vorgehen sein? Die beigegebene Begründung spricht allerdings nur von der wohlwollenden Absicht, der Nachfrage nach Land in den betreffenden Gemeinden entgegenzukommen. Ein komischer Zufall ist es, daß just zur selben Zeit die Meldung einläuft, die Bürger der auf dem höchsten Vogelberg gelegenen Gemeinde **Herschedain** hätten der Regierung ihr gesamtes Gelände zum Kauf angetragen. Man will den auf unwirthlicher Höhe gelegenen Ort ganz ausgeben und empfiehlt die Aufforstung der ganzen Gemarkung. —

Industrie- und Gewerbe-Ausstellung für Rheinland und Westfalen. Der vom Wirtschaftlichen Verein für Rheinland und Westfalen, der norddeutschen Gruppe und dem Verein deutscher Eisenhüttenleute eingesehte gemeinsame Ausschuss hat beschloffen, im Jahre 1902 eine Industrie- und Gewerbeausstellung für Rheinland und Westfalen und benachbarte Bezirke in Düsseldorf zu veranstalten und für eine glanzvolle Inszenierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten.

Kerzle-Streit. Man berichtet uns: Die sämtlichen Kaiserärzte der gemeinsamen Orts-Krankenkasse Colmar i. Elz, stellten am Dienstag ihre Funktionen ein. Veranlassung zu diesem Schritte ist die Weigerung des Vorstandes der Orts-Krankenkasse Colmar-Land, mit dem Vorstand der Kerzle-Spitals wegen der Abkündigung von Verträgen in Verhandlungen einzutreten. Die Kerzle verlangen eine Erhöhung ihrer Honorare, die vor der Leitung der genannten Kasse nicht zugelassen wird. —

Der im letzten Spätjahr „verlagte“ Landesdandshof für Elsaß-Lothringen tritt, wie uns geschrieben wird, am 2. Februar wieder zu einer Sitzung zusammen. Sie ist nach der unter den bekannten eigenthümlichen Umständen erfolgten „**Vertagung**“ des Parlamentes an Stelle des sonst üblichen Schlußes der Session nunmehr die 33. Plenarsitzung der 25., statt die 1. der 26. Session. —

Ministerium auf der Pariser Weltausstellung. Ein Erkenntnis des Appellations-Gerichtshofes zu Paris vom 20. Mai d. J., das einem in der Schweiz anässigen Gewerbetreibenden den Schutz für seine in Frankreich eingetragenen Muster verlagte, hatte in den Kreisen derer, die sich für die Beschädigung der bevorstehenden Weltausstellung in Paris entschieden haben, Besorgnisse hervorgerufen. Auf eine aus diesem Anlaß in Paris gestellte Anfrage hat die französische Regierung, nach dem „**Reichsanz.**“, erklären lassen, daß sie demnach beim Parlament einen Gesetzentwurf einbringen werde, der im Hinblick auf die Weltausstellung den bestehenden gesetzlichen Schutz des gewerblichen Eigenthums weiter ausdehnen und insbesondere den im Auslande anässigen Gewerbetreibenden jede Sicherheit gewähren solle.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung ist der Diensthofeud Ewald in Mosk, dänischer Unterthan, verhaftet worden.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde vor der Dortmunder Strafkammer gegen den Handelsmann Wilhelm Bräggerhoff aus Bitterfeld wegen Majestätsbeleidigung verhandelt. Der Angeklagte wurde zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt und sofort abgeführt.

Wegen Majestätsbeleidigung ist am 26. Oktober d. J. von der Strafkammer in Eberswald der Kollerreibeitzer Wilhelm Kullide zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Bei einer Kontrollvernehmung kam das Gespräch darauf, daß im Kreise monomal auch Katten gesehen werden müßten. Kullide machte hierauf eine Bemerkung, in der der Kaiser erwähnt wurde. Er hatte geplatzt, er habe nur einen Scherz gemacht, sagte dann aber, bedenklich geworden, fogleich hinzu, man solle aus seinen Worten keine Majestätsbeleidigung machen. Seine Revision wurde als unbegründet vom Reichsgericht verworfen.

Aus Ostrow (Mecklenburg) wird berichtet: Die kielige Strafkammer verurtheilte den Dachdecker Jürgens zu Penzlin, der sich in zwei Fällen der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht hatte, indem er zu zwei verschiedenen Malen beleidigende Aeußerungen über den deutschen Kaiser ausließ, zu drei Monaten und zwei Wochen Gefängnis, sowie in die Kosten des Verfahrens. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Lage in Wien wird gemeldet: In den parlamentarischen Kommissionen der Reichen erklärte die Czeken, sie seien bereit, auf dem Boden der Gleichberechtigung sich in Ausgleichsverhandlungen mit den Deutschen einzulassen. Die Vertreter der übrigen Parteien begrüßten die Erklärung; hervorgehoben wurde, daß die Ausgleichsverhandlungen nur unter der Vermittelung der Regierung stattfinden können. Der Klub der Italiener beschloß die entschiedenste Opposition gegen die Regierung. Ein Communiqué der katholischen Volkspartei spricht ihr lebhaftes Bedauern und ihre schärfste Verurtheilung aus gegenüber allen Aeußerungen und Demonstrationen, welche die religiösen Gefühle der Katholiken verletzen. Der Klub bedauert die Vorgänge im Abgeordnetenhaus, durch welche die Thätigkeit

desselben seit bald zwei Jahren vollständig lahmgelegt und die staatsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Grundlagen des Reiches erschüttert werden. Er ist der Ansicht, daß die Wenderung dieses Zustandes nur durch die Verständigung zwischen den streitenden Völkern herbeigeführt werden kann und ist bereit, jede Aktion, welche dahin zielt, die nationalen Rechte der Staatsbürger im Wege der Gesetzgebung und auf Grund der Gleichberechtigung der Nationen zu regeln, mit allem Nachdruck zu unterstützen.

Frankreich.

Paris, 25. Januar. (Fig. Ver.) Eine Friedensstudiegebung könnte die zweiseitige Generaldebatte über das Budget des auswärtigen genannt werden. Die Redner aller Parteien stimmten darin überein, daß ein Krieg zwischen Frankreich und England ein Verbrechen gegen die Zivilisation wäre. Die gemäßigten Chauvinisten, die in der Presse in einem fort die Gay gegen England betreiben, hielten sich mündlich. Die Drumont und Cossignac wagten nicht einmal durch eine Unterbrechung zu protestieren.

Was die Regierung betrifft, so hatte sie schon durch die That im Sokhoda-Streit bewiesen, wie sehr sie auf friedliche Beziehungen zu England hält. Die Kammer billigte die Haltung der Regierung, indem sie den betreffenden Ausführungen des Ministers des auswärtigen einmütigen Beifall zollte. Die völkerrrechtlichen Vorbehalte des Ministers, das nachträgliche Betonen der Berechtigung der Marchand-Expedition, bedeuten weiter nichts. Es ist eine unumgängliche Verletzung der bitteren Pille. Der Schwerpunkt der ministeriellen Rede liegt in den Worten: „Der werthvollste Dienst, den ich geleistet habe, besteht darin, einen Konflikt verübt und gewissermaßen unmöglich gemacht zu haben, der für die Welt ein Unglück wäre und eine lange Zeit hindurch auf der Politik der beiden Länder lasten würde.“

Ueber die weiteren zwischen Frankreich und England schwebenden Streitpunkte, die Holtfrage auf Madagaskar und die Reunionsland-Fischerei, hat Delcassé nach bekannten diplomatischen Mustern nur vage Andeutungen gemacht. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß diese untergeordneten Fragen ohne Mühe zur beiderseitigen Verständigung werden geschlichtet werden. In Bezug namentlich auf Madagaskar gewinnt hier die Meinung Oberhand, daß der rabiate Protektionismus die Entwicklung der Insel und die Interessen der französischen Herrschaft selbst schädigt.

Am konsequentesten und radikalsten brachten den Friedensgedanken natürlich die sozialistischen Redner, Vaillant und Bourgeois, zum Ausdruck. Genosse Vaillant wird seinen Militärvorschlag ausführlich gelegentlich der Debatte über das Kriegsbudget begründen. In der anschließenden Debatte legte er insbesondere die Wünsche der sozialistischen Partei bezüglich der Abrüstungskonferenz dar. Er faßte sie in vier Punkte zusammen: 1. Schaffung eines internationalen Schiedsgerichts zur Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den auf der Konferenz vertretenen Staaten. 2. Umwälzung und gleichzeitige Umwandlung der stehenden Armeen in Volksmilitzen. 3. Entsprechende Herabsetzung der Rüstungen und der Militärausgaben als Folge der Einführung der Miliz. 4. Periodische internationale Konferenzen zum Zweck des internationalen Arbeiterschutzes, sowie zur Regelung der internationalen Bedingungen der Produktion, des Handels, des Verkehrs, des Austausches und überhaupt aller internationalen Beziehungen.

Daß diese Vorschläge in der Kammer eine Mehrheit erzielen werden, dachte natürlich der Antragsteller nicht. Das Kammervotum ist aber nicht minder bezeichnend. Während der Militärvorschlag nebst der fortschreitenden Abrüstung 75 gegen 440 Stimmen vereinte, erhielt das Schiedsgericht eine achtungswürdige Minderheit von 216 gegen 282 und der internationale Arbeiterschutz u. s. w. eine solche von 176 gegen 323 Stimmen.

Die große Minderheit für das Schiedsgericht ist allerdings ausser Acht des zarischen Abrüstungsvorschlages zu sehen. Betreffs des letzteren gingen Delcassés Erklärungen nicht über den Rahmen der obligatorischen Komplimente an die „glorreiche Initiative“ hinaus.

Unendlich deutlicher und wahrheitsgemäßer sind die Kommentare der französischen Presse zum neuesten Kundgebungen des Grafen Murawjew. Es werden da die nachdrücklichsten Vorbehalte gemacht. Namentlich wird über den Punkt des Abschreibens über die Nichtverwendung der unterseeischen Torpedoboote. Die neuesten erfolgreichen Versuche der französischen Marine auf diesem Gebiete haben ja hier die Köpfe gewaltig erhitzt. Man erwidert in der neuen Erfindung eine unfehlbare Vertheidigungswaffe gegen die stärkste Flotte der Welt. Ferner wird mit einem deutlichen Wink auf die absolutistische Verfassung Russlands die Unmöglichkeit betont, die willkürliche Durchführung der Konferenzbeschlüsse in allen Ländern zu sichern.

Belgien.

Brüssel, 25. Januar. (Eigener Bericht.) Wegen den König und sein Programm der Wahlrechtsvergleicherung macht sich eine tiefgehende Bewegung bemerkbar. Die Erregung beschränkt sich nicht auf die radikalsten und sozialistischen Kreise, sondern auch die liberale Wählererschaft ist zum Theil sehr unzufrieden. Der König hat durch sein jetziges Vorgehen das bisherige Populärthum, dessen er sich noch erfreute, eingebüßt und man diskutiert ernstlich die Abschaffung des Königthums und Errichtung der Republik. Das antikerale Kartell ist zu einem antioberherrschaftlichen Kartell geworden. Die an demselben beteiligten Parteien richten an ihre Anhängererschaft geharnischte Appelle, die ihre Spitze gegen den König kehren. — In der Kammer und im Senat ist der neue Ministerpräsident den Interpellationen ausgewichen; er hat erklärt, daß das jetzige Kabinett noch nicht wisse, für welches Wahlsystem es sich entscheiden werde. Jedenfalls geht das belgische Volk großen politischen Kämpfen entgegen und diese können manche Ueberraschungen bringen.

Spanien.

Madrid, 26. Januar. Wie der „Liberal“ versichert, wird der Minister des Innern Capdepon in dem Ministerkabinett, der heute Abend stattfinden soll, den Antrag auf Wiedereröffnung der konstitutionellen Garantien stellen.

Schweden.

Große Erbitterung herrscht in Schweden, daß die Thronrede kein Wort über eine Wahlreform enthält. Es wurde ganz kürzlich dem König und der Regierung eine Petition überreicht, die von mehr als 400 000 Personen unterzeichnet war und eine Erweiterung des Stimmrechts verlangte. Es wurde auch eine Deputation an den König geschickt, die ihm das dringende Verlangen des Volkes vortrug, und die er freilich mit leeren Worten absperrte; aber dennoch hatte man erwartet, in der Thronrede ein Gesetz in Aussicht gestellt zu sehen. Da die Wahlreform mit keinem Wort erwähnt ist, werden große Volkskundgebungen zu Gunsten der Wahlreform geplant.

Alien.

Zur Situation auf den Philippinen wird der „Internationalen Korrespondenz“ aus Madrid gemeldet: General Rios berichtet, die Aufständischen hätten seit dem Rückzuge der Spanier so bedeutende Fortschritte gemacht, daß ein erfolgreicher Feldzug der Nordamerikaner gegen Aguinaldo mit dem gegenwärtig auf den Philippinen vorhandenen Truppen unthunbar sei. Die erforderlichen Verstärkungen aber würden bis Ende März, dem Beginn der Regenzeit, nicht zur Stelle sein können. Jedoch bis zum Herbst von einer thätigen Völkergewaltung der Inseln durch die Amerikaner nicht die Rede sein könne. — Aguinaldo behält nach derselben Mittheilung inzwischen die von ihm eingesetzte Verwaltung immer weiter aus, er hat auch bereits als Vertreter der philippinischen Republik für alle Staaten Europas, sowie für die süd- und mittelamerikanischen Republiken besondere Agenten ernannt, welche vorläufig ihr Amt „hoffentlich“ ausüben sollen.

Amerika.

Washington, 25. Januar. Der Senat hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, am 6. Februar um 3 Uhr Nachmittags die

Schlussbestimmung über den Friedensvertrag vorzunehmen. Dergleichen beschloß er, die Verlesung der Verträge in geheimer Sitzung bis dahin fortzusetzen. Im Repräsentantenhaus richtete der Republikaner Johnson einen lebhaften Appell an das Haus, den Philippinen die Unabhängigkeit zu gewähren, und protestirte gegen die Verweigerung, mit der die Regierung gegen ein starkes und freies Volk vorgehe.

Von der Insel Kuba wird berichtet, Gomez beabsichtige, alle kubanischen Streitkräfte in der Provinz Santa Clara zusammenzuführen, um von da in die Nähe von Havana zu rücken. Dort wolle er ein Lager beziehen und die weitere Entwicklung der Dinge abwarten. Die Mehrzahl der kubanischen Offiziere habe Havana verlassen, um ihre Posten unter Gomez zu übernehmen. Die Lage werde höchlich ernst.

Die Zahl der in Kuba gefallenen spanischen Soldaten wird in Madrid auf 80 000 geschätzt.

Militäretat.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde die Verlesung des Extraordinarums des Militäretats fortgesetzt. Eine große Zahl von Titeln passirte ohne wesentliche Debatte. Zu größeren Neubauten auf dem Remontedepots wird eine erste Bauplätze von 178 000 M. gefordert. Wie der Referent Gröber darlegte, haben sich die Entwürfe so gesteigert, daß die Zahl der eigenen, auf dem Depot wohnenden Arbeiter nicht mehr ausreicht. Es müßten sogenannte Fremdarbeiter aus benachbarten Dörfern und kleinen Städten zur Ergänzung herangezogen werden. Das Arbeitsangebot dieser Fremdarbeiter hat bei dem allgemein in der Landwirtschaft herrschenden Arbeitermangel erheblich nachgelassen. Es sei daher nothwendig, durch Errichtung von Familienhäusern einen Nothstand vorzubeugen und seien 14 solche Bauten auf verschiedenen Vorwerken in Aussicht genommen. Abg. Graf Kündowström ist mit dem Zweck einverstanden, glaubt aber, daß sich billiger bauen lasse. 18—20 000 M. für ein solches Haus sei zu theuer, es müßte sich mit 10—12 000 M. herstellen lassen. Geh. Rath Appellus widerspricht dieser Auffassung. Die Kommission habe die Frage in ähnlichen Fällen bereits vor 12 Jahren geprüft und die Baukosten entsprechend gefunden. Die Arbeiten werden submittirt und an den Mindestfordernden gegeben. Abg. Singer hält auch die Baukosten für zu hoch und wünscht Austausch über das Verhältnis der Verwaltung zu den miethenden Arbeitern, ob nicht etwa aus dem Miethsverhältnis sich ein Vorrathshausverhältnis herausbilde. Geh. Rath Appellus verweist darauf, daß die Militärverwaltung nicht theurer, sondern meist billiger baue, als andere Ressorts. Geh. Rath Gadow erklärt, mit den Arbeitern werde ein Dienstvertrag abgeschlossen und die Wohnung als Debitat angedeutet. Müller-Kubla findet den Miethspreis zu hoch. Mit dem angewendeten Gelde müßte etwas Besseres hergestelt werden. Zunächst lehne er die Forderung ab. Abg. v. Tiedemann verweist darauf, daß sich die Anstellungs-Kommission für Posen und Westpreußen davon überzeugt habe, daß die Anstaltler selbst billiger bauen als der Staat. Der Staat baue meist zu theuer. Nach weiterer Debatte resumirt der Referent Gröber: Die Kommission sei einzig in der Anerkennung der Nothwendigkeit der Arbeiterwohnungen und beanstande nur die Höhe der Kosten. Er beantrage, den Titel für dieses Jahr ganz zu streichen. Nach Ablehnung eines Vermittlungsvorschlages des Vorstehenden v. Kardorff, von der Forderung von 178 000 M. die Summe von 38 000 M. abzuziehen und nur 140 000 M. zu bewilligen, wird der ganze Titel abgelehnt. — Für Ergänzungs- und Umbauten beim Kabettenhaus in Oranienstein wird als erste Rate 255 000 M. gefordert (im Ganzen 490 000 M.), von militärischer Seite die unbedingte Nothwendigkeit der Umbauten, vornehmlich aus Gesundheitsrücksichten, betont und die ganze Forderung mit 15 gegen 10 Stimmen bewilligt. — Die Verathungen werden nächsten Dienstag fortgesetzt.

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung vom Donnerstag den Ausführenden über den Entwurf von Vorschriften betreffend die Zulassung zur Fährten von Hochsee-Fischereifahrzeugen in Heimer und in der Inlandfahrt, und dem Ausführenden über den Entwurf von Bestimmungen, betreffend die Beiseilung von Anstaltungsstoffen bei der Beförderung von lebendem Geflügel auf Eisenbahnen die Zustimmung erteilt. Ferner wurde über die Vorlage vom 13. Januar 1899, betreffend die Erweiterung der der Hamburg-America-Linie erteilten Erlaubnis zur Beförderung von Auswanderern und über die Vorlage, betreffend die Beförderung von Auswanderern durch die „Compagnie Générale Transatlantique“ in Havre und Paris, Beschluß gefaßt.

Vollzogen. In der Donnerstagssitzung des Bundesraths ist die Novelle zum Postgesetz nach den Vorschlägen der Ausschüsse angenommen worden und soll morgen dem Reichstage zugehen.

Die VI. Kommission des Reichstages trat heute zur Verlesung des ihr überwiesenen Entwurfs Mintelen (Novelle zur Gerichtsverfassung, Strafprozeß und Strafgesetz) zusammen. Abg. Mintelen führte den Vorsitz. Abg. Lenzmann richtete an den Staatssekretär des Reichsjustizamtes die Frage, ob zu hoffen sei, daß die Regierung demnächst einen analogen Entwurf vorlegen werde, oder ob bei ihr die Meinung bestehe, auf den vorliegenden Antrag einzugehen. Von der Beantwortung dieser Frage werde Art und Umfang der Kommissionsberatung abhängig sein müssen. Staatssekretär Nieberding erwidert in längeren Ausführungen, die in der Hauptsache dahin gehen: Nach dem vorliegenden Verlauf, den die Verlesung der Justiznovelle 1898/97 genommen, sei die Regierung nicht in der Lage, dem Punkte nach einer neuen Vorlage ohne Weiteres zu entsprechen. Das Reichsjustizamt sei infolge Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs mit Arbeit überlastet. Aber auch auf den Antrag Mintelen könne die Regierung in nächster auf die bestehenden bekannten Differenzpunkte nicht eingehen. Insbesondere der Vorschlag des Fünftierkollegiums sei unannehmbar für die verbandelten Regierungen. Doch bestehe die Absicht, im Anschluß an die lex Salsch eine Vorlage zu machen, welche die Eidesfrage im Straf- und Zivilprozeß regelt. Uebrigens werde die Regierung die Verathungen der Kommission genau verfolgen, beziehungsweise ihre Vertreter an denselben teilnehmen lassen, zumal bei ihr selbst die Ueberzeugung bestehe, daß eine Reform der Strafprozeß-Ordnung allerdings nothwendig sei. Vor Ablauf von zwei bis drei Jahren werde jedoch die Vorlage eines bezüglichen Gesetzesentwurfs nicht möglich sein. Abg. Mintelen spricht gleichwohl die Hoffnung aus, daß sich schon früher eine Verständigung zwischen Regierung und Reichstag, zunächst wenigstens in der Frage der Verurteilung, erzielen lassen. — Es wird darauf beschlossen, von einer Generaldebatte abzusehen und zwei Lesungen abzuhalten. Die Kommission wird wöchentlich drei Sitzungen abhalten. Zum Berichterstatter wird Abg. Lenzmann bestellt.

Die §§ 27 und 28 des Entwurfs über die Zuständigkeit der Schöffengerichte wurden ohne Debatte angenommen. Durch dieselben wird die Zuständigkeit der Schöffengerichte insbesondere auf Hausfriedensbruch in Falle des § 123 Abs. 3 St.-G.-B., auf Verletzung mit einem Verbrechen (§ 241 St.-G.-B.), auf strafbaren Eigenthum (§ 266 Abs. 2 und § 260, 261, 268 St.-G.-B.) und auf alle Fälle ausgedehnt, in denen die Verletzung im Wege der Privatklage geschieht. Auf Antrag Weich wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines Theiles des Centrums beschlossen, nachdem der Staatssekretär Dr. Nieberding erklärt hatte, daß die Regierung diese Bestimmungen für unelastisch halte, dem Präsidium des Landgerichts die Befugung auch des stellvertretenden Vorsitzenden in den Strafkammern zu übertragen.

Zu § 62 des Entwurfs beantragte der Abg. Lenzmann die Bestimmung zu streichen, wonach zu Mitgliedern der Strafkammern und Schwurgerichte sowie zu deren Vertretern nur ständig angestellte Richter bestimmt werden dürfen, während der Abg. Dr. Stephan beantragte, statt Vertretern zu sagen „regelmäßigen“ Vertretern. Beide Anträge bezwecken, den Entwurf der Regierung annehmbar zu machen. Die Diskussion und Beschlußfassung über diese Anträge wurden auf Dienstag, 31. Januar vertagt.

Der preussische Kultusetat.

In dem Etat des Kultusministeriums erhöhen sich die dauernden Ausgaben um 7 800 144 M., während das Extraordinarium, das sich auf 14 178 877 M. beläuft, 2 015 405 M. weniger erfordert als im vorigen Jahre.

Die Dotationen für die Universitäten erhöhen sich um 335 746 M. Es ist u. a. vorgesehen für Königsberg ein Extraordinariat für Philosophie und ein Extraordinariat für Kulturtechnik sowie eines in der juristischen Fakultät; für Berlin je ein Extraordinariat für Staatswissenschaft und Archäologie, ein Abtheilungs-Vorsteher beim ersten chemischen Institut, ein neuer Bibliothekar, je ein Assistent für die zoologische Sammlung des Museums für Naturkunde und für den Botanischen Garten; für Greifswald je ein Extraordinariat in der medizinischen und in der philosophischen Fakultät und die Umwandlung einer außerordentlichen Professur für Geographie in eine ordentliche; für Breslau ein Extraordinariat in der katholisch-theologischen Fakultät und eins in der juristischen Fakultät; für Kiel je ein Extraordinariat für Theologie, Hygiene, Ohrenheilkunde und Staatswissenschaft sowie Umwandlung des Extraordinariats für Geschichte in ein Ordinariat; für Göttingen ein Ordinariat in der juristischen und je ein Extra-Ordinariat für Rechts- und für Staatswissenschaften, für Marburg ein Extra-Ordinariat in der juristischen Fakultät.

Bei den höheren Lehranstalten begegnen wir u. a. einem neuen Titel von 10 000 M., aus dem Schulanfängerstellen unterstellt werden sollen bei Benachtheiligung infolge einer vorübergehenden dienstlichen Verwendung, namentlich wenn sie einer sonstigen Erwerbsgelegenheit verlustig gehen. Ebenfalls neu eingestellt sind 7200 M. zur Remunerierung von Oberlehrern für Hilfestellungen behufs Entlastung von Direktoren größerer Staatsanstalten.

Für das Elementar-Unterrichtswesen ist geplant die Schaffung von 20 neuen Kreis-Aufsichtsratsstellen, darunter in Berlin für die Umgebungen von Köpenick und Nixdorf, 12 Stellen entfallen auf den Regierungsbezirk Posen. Der Fonds für nebenamtliche Verwaltung der Schulaufsicht soll um 25 000 M. erhöht werden. Der Fonds zur allgemeinen Erleichterung der Volksschulen erfährt eine Vermehrung um 300 000 M., der Fonds zur Beihilfen an Volksschulverbände wegen Ueberdens für die laufenden Ausgaben eine Vermehrung um 160 816 M., die Zuschüsse für die Alterszulagen erhöhen sich um 340 000 M.; bezugs Errichtung neuer Schulstellen sind 88 190 M. mehr, für Pensionen für Lehrer und Lehrerinnen 260 000 M. mehr und für Relikten von Elementarlehrern 50 000 M. mehr ausgeworfen.

Für Kunst und Wissenschaft beträgt die Forderung des Extra-Ordinariums 138 459 M. mehr, für das technische Unterrichtswesen 61 662 M. mehr, für das Medizinalwesen 87 877 M. mehr als im laufenden Etat. An Zuschüssen an Kirchengemeinden und zur Verbesserung des Dienstleistungsstandes der Geistlichen beider Konfessionen werden auf Grund des in der letzten Session angenommenen Gesetzes 5 233 000 M. mehr verlangt; außerdem noch 25 000 M. zu Beihilfen an Kirchengemeinden, insbesondere der Reformirten und Altkatholiken, auf deren Pfarrstellen jenes Gesetz keine Anwendung findet.

Aus dem Extra-Ordinarium erwähnen wir für Universitätszwecke 4 296 513 M. gegen 4 402 448 M. im vorigen Etat; zur Förderung der Volksbibliotheken, als einer wichtigen sozialen Aufgabe der Gegenwart, 60 000 M., zur Fortführung der Bauarbeiten auf der Museumsinsel in Berlin zur Erweiterung der Kunstmuseen 2 Millionen, zur weiteren Förderung von Unternehmungen mit Nutzen für die Provinzen, insbesondere an der Berliner Universität 15 000 M., zur Beschaffung von wissenschaftlichen Instrumenten und Modellen sowie zur Unterstützung von Industriellen behufs Förderung der Deutschen auf der Pariser Weltausstellung 50 000 M., als erste Rate für den Erweiterungsbau der Technischen Hochschule in Berlin 400 000 M., zur Errichtung eines Fortbildungskurses für Lehrer an höheren Lehranstalten und Seminarien 45 750 M., zur Errichtung eines hygienischen Instituts in Posen 24 000 M., zur Bekämpfung der Lepra, namentlich zur Herstellung eines Lepra-Krankenheims in Memel 80 000 M., zur Untersuchung der Maul- und Klauenseuche 80 000 M., zur Bekämpfung der Granulose 350 000 M. Von dieser Summe sollen einer großen Zahl von Kreisen in Ostpreußen zur geregelten, intensiven Bekämpfung der dort auftretenden gefährlichen Augenkrankheit Beihilfen gewährt werden. Endlich sei aus dem Extraordinarium noch hervorgehoben die geplante Erhöhung des Fonds zur Einrichtung von Fortbildungskursen in der Psychiatrie für Medizinalräthe und Kreisphysiker auf 40 000 M.

Partei-Nachrichten.

Eine Landeskonferenz der Sozialdemokratie Elsaß-Lothringens wurde am verflorenen Sonntag in Straßburg abgehalten. Dieselbe tagte als reunion privée (private Zusammenkunft), da wir im Lande der „wiedergewonnenen Brüder“ immer noch nicht so weit sind, daß die Partei ihre Angelegenheiten öffentlich, mit Genehmigung einer hohen Polizeibehörde, beraten darf. Die Konferenz war von 14 Orten durch 27 Delegirte besetzt; sie wurde von Emel aus Saargemünd geleitet.

Den wichtigsten und zugleich umfangreichsten Theil der Verhandlungen bildete die Diskussion über das seit 1. Dezember v. J. im Parteiverlag in Straßburg täglich erscheinende neue reichsdeutsche Parteiorgan, die „Freie Presse für Elsaß-Lothringen“. Gegenüber den Ansprüchen der Straßburger Parteigenossen machte besonders Mühlhausen mit seiner zahlreichen Arbeitererschaft, das der Druck- und Erziehungsort der von Köllner im Jahre 1894 verbotenen „Elsaß-Lothring. Volksztg.“ war, seine Rechte auf eine weitergehende Berücksichtigung der dortigen lokalen Verhältnisse im neuen Partei-Organ geltend, während andererseits die Vertreter von Metz, der Hauptstadt Lothringens, auf die für die Verbreitung der „Fr. Presse“ so außerordentlich ungünstigen Verhältnisse hinwiesen, die sich dort auf dem Vorherrschenden des militärischen Elementes (Metz hat bei einer Zivilbevölkerung von ca. 50 000 Seelen eine Besatzung von gegen 22 000 Mann), aus der nur schwach entwickelte Industrie und der Zweisprachigkeit der Bevölkerung ergäben. Man werde aus diesen Gründen nicht umhin können, dem Gedanken der Schaffung einer besonderen parteigenösslichen Wochenchrift in französischer Sprache für die lothringischen Grenzbezirke näher zu treten.

Der Vorsitzende glaubt, dem Wunsche der Mühlhäuser Genossen dadurch am besten entsprechen zu können, daß der bisher in Straßburg bestehenden Pressekommision nur der Charakter eines geschäftsführenden Ausschusses beigelegt wird; dieser Ausschuss müsse dann durch weitere Vertreter aus der Provinz ergänzt werden; über derartige Konflikte zwischen den Ansprüchen einzelner Orte habe dann die gesamte Pressekommision zu entscheiden. Der Antrag der Metz-Delegirten sei — darin sei wohl die Konferenz einig — als limine abzulehnen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Colmars, der eine möglichst frühzeitige Abendung der nach auswärts bestimmten Zeitungen fordert, einstimmig angenommen. Eine Resolution, die sich für die Anstellung eines bewährten technischen Leiters der Druckerei der „Fr. Presse“ ausspricht, fand ebenfalls Annahme. In der Frage der Kompetenz der Pressekommision einigte sich die Konferenz einmütig auf folgenden Beschluß:

Soziales.

Die Strahburger Prehlonmission hat die Funktionen des geschäftsführenden Ausschusses wahrzunehmen; dazu werden noch fünf auswärtige Parteigenossen gewählt, die in Vertretung der Parteien anderer Partei-Orte und in Konsulten zwischen Drucker und Redaktion mit der Strahburger Prehlonmission zu entscheiden haben. Gemeinsame Sitzungen finden nach Bedarf statt.

Zur Ausführung dieses Beschlusses wurden als Mitglieder der erweiterten Prehlonmission gewählt: Weingorn, Mülhausen, Saug, Willhausen, Emel, Saargemünd, Meyer, Colmar und Pruchinski, Mey.

Zum Vorort der Landesorganisation bestimmte man für das laufende Jahr wieder Strahburg. Die Neuwahl des Landeskomitees ergab folgendes Resultat: Böhle Vorsitzender, Hoffmann Kassierer, Martin Schriftführer, Emel, Saargemünd und Weingorn, Mülhausen Kontrollenre.

Nach einem kurzen Referat Böhle's diskutierte man über die bestehenden vereinsgesetzlichen Zustände in Elsaß-Lothringen. Zum Schluss macht der Parteikassierer Hoffmann eine Reihe von geschäftlichen Mitteilungen über Aushände des früheren Parteivorstandes, der reichsständischen Ausgabe der Mannheimer „Vollstimme“, worauf die Verhandlungen mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen werden.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— Wegen Verleumdung des preussischen Staatsministeriums wurde dem Landgericht in Königsberg i. Pr. der verantwortliche Redakteur der „Königsberger Volksstimme“, Genosse Kalutt, der zur Zeit eine sechsmonatige Freiheitsstrafe verbüßt, einschließlich derselben zu einer Gesamtstrafe von zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte einen Artikel über die Freischützerbewegung veröffentlicht, worin der Regierung u. a. vorgeworfen ist, sie wolle ihre Macht dazu aus, den Agrariern durch die Grenzsperrung Extraprofite zu sichern.

— Aus Magdeburg. Wie die „Volksstimme“ mitteilt, steht das Ermittlungsverfahren, bei welchem ihr Geschäftsführer Fabian als Zeuge vernommen wurde, mit dem Majestätsbeleidigungs-Prozess gegen den Redakteur Müller in Verbindung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In der Glashleiferei von A. Melcher, Berlin, Oranienstraße 21, waren zwei Glashleifer wegen Differenzen über die Arbeit entlassen worden. Die übrigen Glashleifer betrachteten die Entlassung als eine Maßregelung und legten zur selben Zeit die Arbeit ebenfalls nieder. Sie bitten um Fernhaltung des Zugangs.

Deutsches Reich.

Der Verband der Berg- und Hüttenarbeiter beruft seine Generalversammlung am 1. April nach Halle ein. Die Tagesordnung lautet: 1. Wahl des Bureau's und der Kommissionen. 2. Bericht des Vorstandes über den Stand des Verbandes. 3. Bericht der Kontrollkommission. 4. Der Stand unserer Presse. 5. Der Ausbau des Verbandes. a) Auszahlung eines Sterbegeldes; b) Festsetzung der Agitationsbezirke. 6. Der deutsche Gewerkschaftskongress. 7. Neuwahl des Vorstandes, der Prehleitung und Bestimmung des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Der Rheinisch-Westfälische Verband evangelischer Arbeitervereine weist im verflochtenen Jahre eine Einnahme von 5898,29 M. und eine Ausgabe von 5409,08 M. auf. Die Ausgaben verteilen sich folgendermaßen: Rißher, Gehalt 2100 M., Bureaukosten 200 M., Rentenversicherung 300 M., Reisevergütung 356,05 M., Fahrgehalt an Vorstand, Ausschuß, Delegierte, Rechnungsprüfer 713,65 M., Porto und Verwaltungskosten 323,89 M., Druckkosten, Papier 291,65 M., In die Sparkasse gelegt 400 M., an den Gesamtverband Deutschlands 783,84 M. Auffallend ist die hohe Ausgabe für Verwaltungskosten und die sehr geringe Anwendung von Mitteln für eigentliche Aufgaben einer Arbeiterorganisation.

In der Bronzwaaren- und Kronleuchterfabrik von A. M. Seifert in Dresden haben 68 Mann wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.

In der Zuckerraffinerie in Halle haben 250 Personen, darunter 30–40 Mädchen, die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter verlangten bei dem geringen Stundenlohn von 23 Pf. eine kleine Zulage und die Einstellung derjenigen Arbeiter, die bei einer früheren Differenz gemahregelt wurden. Die Vorstellungen wurden von der Direktion kurz zurückgewiesen, worauf mit wenigen Ausnahmen sämtliche dort Beschäftigten die Arbeit niedergelegten.

In Schönebeck legten 18 Mälzer der Kaiserbrauerei von A. und W. Allendorf die Arbeit nieder, weil sie von dem Braumeister einer Behandlung ausgesetzt waren, die ein Fortsetzen der Arbeit fast unmöglich machte.

Ausland.

Die drohende Aussperrung von 30 000–40 000 Arbeitern in Dänemark und das Verfahren des Arbeitgebervereins erregt nicht nur die Empörung unserer Parteigenossen, selbst die liberalen Bourgeoisblätter geben ihrer Meinung deutlichen Ausdruck. So schreibt die „Folter's Avis“: „Das das Auftreten der Arbeitgeber bei dieser Gelegenheit ein Bruch von Treu und Glauben ist, zu dem man ein Pendant lange wird suchen können“. Und zum Schluss wird gesagt: „Selbst wenn die Arbeitgeber siegen, das Resultat würde solcher Haß und solche Ruch der Besiegten sein, daß ein dauernder Frieden daraus nicht erwachsen könnte“.

Ein zweiter großer Streik ist in Kopenhagen ausgebrochen, indem der weibliche Fachverein für Herrenschneider den Beschluß gefaßt hat, die Arbeit einzustellen, da der „Herrenschneider-Fabrikantenverein“ den neuen Lohnvertrag erst zum 1. April, statt, wie vereinbart, zum 1. Februar einführen will und außerdem an dem Tarif unannehmbare Änderungen vorgenommen hat. Die Zahl der streikenden Arbeiterinnen beträgt ca. 1000.

Unternehmer-Verbände.

Ein Spiritus-Monopol ist in der Gründung begriffen. So viel aus den bis jetzt an die Öffentlichkeit gelangten Mitteilungen zu entnehmen ist, will die Gesellschaft den Verkauf des Spiritus leiten, aber auch Spiritus rektifizieren. Die Gesellschaft erhält nur gewisse Prozentanteile aus dem Verkauf, die in einer Skala so abgestuft sind, daß bei verlustbringenden Preisen für Brenner auch die Spiritusfabrikanten keinen Nutzen mehr haben, bei höheren Preisen der Gewinn der Letzteren sich entsprechend erhöht.

Ein Kartell in der Filzwarenbranche. Aus Wien wird geschrieben: Zwischen der Alliengeellschaft der österreichischen Filzfabriken und der Alliengeellschaft für Wollindustrie in Wien ist eine Vereinbarung dahin zu Stande gekommen, daß künftighin für die von diesen Fabriken erzeugten Filzwaren ein gemeinsames Verkaufsbureau in Wien und unter einheitlicher Leitung errichtet und für den Verkauf dieser Artikel einheitliche Bedingungen festgesetzt werden. Die beiden Gesellschaften haben sich hierzu aus dem Grunde veranlaßt gesehen, weil infolge der bisher unregelmäßigen Produktion und der Konkurrenz eine Unterbietung der Waare unter die Produktionskosten stattfand, welche die Fabriken in ihrer Existenz zu gefährden geeignet war.

Neue Betriebsbeschränkung in der österreichischen Baumwollspinnerei. Die Spinnerektion des Verbandes der Baumwollindustriellen Oesterreichs stellt in einem Zirkular den Verbandsangehörigen mit, daß das Komitee der Spinnerektion die Aktion zur gemeinsamen Betriebsbeschränkung fallen gelassen hat, da sich im Laufe der letzten Wochen die Absatzverhältnisse in der Baumwollspinnerei gebessert haben und die meisten Fabriken auf einige Monate kontraktlich zu Lieferungen verpflichtet sind.

Auswärtiger Handel Deutschlands im Jahre 1898. Nach dem Dezember-Heft der „Monatlichen Nachweise“ des Kaiserlichen Statistischen Amtes, das die Summen für das Jahr 1898 bringt, sind die Werte noch nach den für 1897 festgestellten Einheitswerten berechnet mit Ausnahme derjenigen der Haupt-Groß- und -Wehlarten, für die besondere Verwertungen im Laufe des Jahres 1898 stattfanden.

Worth der Einfuhr in 1000 Mark: 5 477 648 gegen 4 864 644 im Jahre 1897, daher mehr 613 004. Hierunter Edelmetalle 350 119 gegen 183 947, übrige Artikel 5 118 529 gegen 4 680 697.

Gestiegen ist hauptsächlich der Einfuhrwert von Baumwolle und Baumwollwaren, Getreide und anderen Landbau-Erzeugnissen (151 Millionen Mark), Holz u. s., sowie Waaren daraus, Material- u. Waaren, Del und Fetten, Wolle und Wollwaren.

Worth der Ausfuhr in 1000 M.: 4 001 746 gegen 3 786 241 im Jahre 1897, daher mehr 215 505. Hierunter Edelmetalle 255 118 gegen 151 266, übrige Artikel 3 746 628 gegen 3 634 975.

Gestiegen ist hauptsächlich der Ausfuhrwert von Droguerie-, Apotheker- und Farbewaaren, Eisen und Eisenwaaren, Instrumenten, Maschinen und Fahrzeugen — der Einfuhrwert der Instrumente u. s. ist gleichfalls erheblich gestiegen —, Seide und Seidenwaaren, Kohlen, während der Worth der ausgeführten Material- u. Waaren und Wolle und Wollwaren erheblich zurückgegangen ist.

Ueberbürdung der Eisenbahn-Bediensteten. Auf den preussischen Staatsbahnen betrug nach offiziellen Angaben des Ministeriums im Etatsjahre 1897/98 die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes bei

11 403 Bediensteten mehr als 12–13 Stunden
7473 „ „ „ 13–14 „
3032 „ „ „ 14–15 „
2295 „ „ „ 15–16 „

Den mehr als elfstündigen Dienst hatten hauptsächlich zu leisten das Zugbegleitpersonal, das Lokomotivpersonal, die Bahnwärter, die Weichensteller und die Stationsbeamten, also der Theil des Eisenbahnpersonals, von dessen Leistungsfähigkeit die Sicherheit des Bahnbetriebes abhängt.

Jedenfalls zeigt die Tabelle, daß, vom Standpunkte der Arbeiterfürsorge aus betrachtet, die preussischen Staatsbahnen noch weit davon entfernt sind, Musterbetriebe zu sein.

Arbeiter-Risiko. Bei den Vorarbeiten zum Bau des Tunnels bei Pöster-Harz wurden durch einfallende Erdmassen drei Arbeiter verschüttet. Der eine ist bereits infolge der erlittenen Verletzungen gestorben. Die beiden anderen kamen mit leichteren Verwundungen davon.

Armenpflege in Erfurt. In Erfurt mußten auf Anzeige der Armendirektion zwei alte Leute, die bei dem Gehalt um Armenunterstützung ihr Einkommen zu gering angegeben hatten, vom Schöffengericht verurteilt werden. In der Verhandlung soll festgestellt worden sein, daß ein allein stehendes Ehepaar, das noch im Stande ist, wöchentlich sechs Mark zu verdienen, keinen Anspruch auf Armenunterstützung habe. Diese „Regel“ scheint doch so unglücklich, daß man an einen Irrthum des Richters glaubend möchte. Ist die Nachricht wirklich zutreffend, dann werden sich die Erfurter Gemeindevertretungen hoffentlich der Pflicht nicht entschlagen, die Grundzüge ihrer Armenverwaltung vom Standpunkte einer wirklichen Armenfürsorge aus recht bald der notwendigen Reform zu unterziehen.

Krankenkassen-Wesen. Aus Sachsen wird berichtet:

Die bei Durchführung des Krankenversicherungs-Gesetzes gemachten Erfahrungen haben gezeigt, wie das Entstehen von Jungungs-Krankenkassen häufig den Bestand der Orts-Krankenkassen in Frage gestellt und zu einer Zersplitterung der Kräfte geführt hat, die für beide Theile unerwünscht und der allgemeinen Entwicklung der Krankenversicherung nicht förderlich war. Infolge erhobener Beschwerden hat das Ministerium des Inneren deshalb neuerdings verordnet, daß vor der Genehmigung zur Einrichtung von Jungungs-Krankenkassen eingehend zu prüfen ist, ob hierdurch nicht die im Jungungsbezirke befindlichen Orts-Krankenkassen in ihrer Lebensfähigkeit oder doch ihrem Leistungsvermögen gefährdet werden, und ob die Leistungen der geplanten Jungungs-Krankenkasse der dort bereits vorhandenen Orts-Krankenkassen wenigstens gleichkommt.

Es wäre sehr vernünftig, wenn die sächsische Regierung wirklich eine solche Verordnung erlassen hätte. Aber nicht nur die Jungungs-Krankenkassen, sondern auch die Fabrik-Krankenkassen schädigen die Orts-Krankenkassen.

Der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (E. S.) zu Dresden ist vom Reichsanwalt von Reum die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügt.

Gewerkschafts-Beitrag.

Wie man in Berlin zu einem Messerstück kommen kann, zeigte eine Verhandlung, welche gestern vor der 130. Abtheilung des Schöffengerichts unter dem Vorsitz des Amtsrichters Dr. Frey stattfand. An einem Sonntag-Nachmittage im Oktober v. J. standen vier unter sich bekannte Personen, der Tischlermeister Wertens, seine Ehefrau und noch zwei andere Personen, an einer Gaststube in der Brenzlauer Allee und warteten auf die Herbediener. Wüßlich kam ein Mensch aus einer in der Nähe gelegenen Restauration herauf gestürzt und ver setzte dem ihm zunächst stehenden, dem Tischlermeister Wertens mit den Worten: „Was wollt Ihr denn noch?“ einen Messerstich in den Oberarm. Der so ahnungslos Ueberfallene wollte dem Angreifer mit seinem Stoch über den Kopf schlagen, der Letztere fiel ihm aber in den Arm und bemächtigte sich des Stoches. Bei dem Hin- und Hergerren kam Wertens zu Falle und nun holte der Angreifer zum zweiten Male mit gezähmtem Messer zum Schlagen aus. Er würde diesmal den Kopf des am Boden liegenden Wertens getroffen haben, wenn nicht ein Herr aus dem Publikum den Stoch aufgefangen hätte, wobei er selbst eine Verletzung an der Hand erhielt. Nun ergriff der Messerstecher die Flucht, eilte wieder in die Restauration hinein und suchte von dort durch den hinteren Ausgang zu entkommen. Das empörte Publikum hatte ihn aber verfolgt und seine Verhaftung bewirkt. Es war der Former Albert Dietrich, welcher sich gestern wegen des brutalen Ueberfalls vor Gericht zu verantworten hatte. Er behauptete im Termin, daß er zuerst angegriffen worden sei und sich im Zustande der Rothwehr befunden habe. Sämtliche Zeugen stellten dies entschieden in Abrede. Ohne irgend eine Veranlassung sei der Angeklagte auf den Verletzten zugefallen und habe ihm den Messerstich versetzt. Der Staatsanwalt konnte keinen anderen Beweggrund als wüste Rauflust zu der Handlung des Angeklagten finden, er beantragte gegen ihn ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof ging mit der Begründung, daß ruhige Bürger vor dergleichen brutalen Ueberfällen geschützt werden müßten, weit über den Antrag hinaus, indem auf 2 Jahre Gefängnis bei sofortiger Verhaftung erkannt wurde.

Ein Schanzmann erhielt eines Tages nach der Wache einen Brief ohne Unterschrift, worin ihm mitgeteilt wurde, daß seine Ehefrau in seiner Abwesenheit Herrenbesuche empfangen. Der Schanzmann eilte sofort nach Hause, hielt seiner Ehefrau den Brief vor und fragte, ob der Inhalt auf Wahrheit beruhe. Die Frau gab ausweichende Antworten, woraus der Eifersüchtige auf ihr Schuld bewußtsein schloß. Er verließ die Wache, nahm seinen Kavalleriehelm und verprügelte sie damit in barbarischer Weise. Er wurde wegen schwerer Körperverletzung angeklagt und da vor dem Schöffengerichte nicht erwiesen wurde, daß seine Eifersucht begründet war, beantragte der Staatsanwalt gegen

den Angeklagten 1 Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Der Gerichtshof billigte ihm indessen mildernde Umstände zu und erlaubte auf 60 M. Geldstrafe. Hergegen legte der Staatsanwalt Berufung ein und beantragte im gestrigen Termine vor der Berufungsenzang einen Monat Gefängnis. Der Gerichtshof verwarf nicht nur die Berufung des Staatsanwalts, sondern setzte sogar auf den Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Weder, die Strafe auf 10 M. herab, da sich inzwischen herausgestellt hat, daß die Ehefrau handelte keineswegs einen vorwurfsfreien Lebenswandel führte, sodas der Angeklagte die Scheidungsklage angestrengt hat.

Uebertretung des Vereinsgesetzes wurde dem Kupferschmied W. H. Klopff zur Last gelegt. Dieser war eine Zeit lang Vorsitzender der hiesigen Filiale des Unterstützungsvereins der Kupferschmiede Deutschlands. Die Polizei hatte ihn aufgefordert, ein Verzeichnis der sämtlichen Mitglieder einzureichen. Er war aber dieser Aufforderung nicht nachgekommen. In der Hauptverhandlung sagte Rechtsanwalt Heine als sein Verteidiger aus, daß der Verein überhaupt nicht zu den sogenannten öffentlichen Vereinen gehöre, die nach § 2 des Vereinsgesetzes zur Einreichung der Mitgliederliste verpflichtet wären. Nach dem Wortlaut der Statuten erstreckte der Verein die Lohnverhältnisse und Förderung der geistigen und materiellen Interessen nur für seine Mitglieder. Außerdem sei der Angeklagte nicht verpflichtet, die Mitgliederliste einzureichen; das brauche bloß der Vorsitzende, der bei der Gründung des Vereins dabei gewesen sei. Der Angeklagte habe dies Amt aber mehr als zehn Jahre nach der Gründung für einige Monate übernommen, ihn treffe deshalb diese Verpflichtung nicht. Der Amtsanwalt schloß sich diesen Ausführungen an und beantragte Freisprechung; das Gericht verurtheilte aber den Angeklagten zu 3 M. Geldstrafe. Aus der Begründung war nur zu ersehen, daß es dem Verein für einen öffentlichen hielt, weil es in § 1 der Statuten heißt, daß erstrebt wird, die Erzielung eines solchen Arbeitslohnes, der jedem Arbeiter eine menschliche Existenz sichert. Damit sei der Verein über die Grenzen seiner Mitglieder hinausgegangen. Zu bestehen ist dies Urtheil nicht, denn wenn der Verein für seine Mitglieder etwas erstrebt, was an allgemeinen Gesichtspunkten gemessen wird, so bleibt er doch immer mit seiner Thätigkeit auf die Mitglieder beschränkt. Ueber die andere Frage, die schon häufig im Sinne des Angeklagten vom Kammergericht entschieden worden ist, ließ das Amtsgericht sich überhaupt nicht aus. Die Sache dürfte noch die höheren Instanzen beschäftigen.

In Hamburg hat gestern das Schwurgericht den Hafnarbeiter Ignaz Kobal wegen Ermordung seiner Ehefrau zum Tode verurtheilt. Kobal war jener Mann, den die „Hamburger Nachrichten“ Ende vorigen Jahres herbeizumischen an ihren Büfen geschlossen haben, weil er als einer der angeblich Großen beim Hafnarbeiterstreik gewirkt und nun, wie das Blatt glänzend strahlend verlobete, gemordet hatte. Leider mußte das hantelische Organ für Kautenwirtschaft erleben, daß ihm vom „Hamburger Echo“ am nächsten Tage die Lügenhaftigkeit seiner Heilsbotschaft nachgewiesen wurde.

In Wiedernahmeverfahren wurde am Dienstag von der Strafkammer in Königsberg i. Pr. der Volksschullehrer Heinrich Lindena freigesprochen, der am 25. Juli 1896 von der Strafkammer wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einem Mädchen unter 14 Jahren, zu 8 Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, wovon ein Monat auf die erlittene Untersuchungshaft in Anrechnung kam. Die Strafe hat Lindena verbüßt. Das gegen ihn eingeleitete Disziplinarverfahren, in dem die letzte Entscheidung vom Staatsministerium getroffen wurde, endete mit der Freisprechung des Beschuldigten. Derselbe wurde wieder als Lehrer auf dem Rasthof Garten angestellt. Lange Zeit waren die Bemühungen der Rechtsanwältin A. Fischer und Haase, ein Wiedernahmeverfahren herbeizuführen, vergeblich. Bekanntlich wies Reichstags-Abgeordneter Haase im vorigen Jahre im Reichstage auch auf diesen Fall hin, als er die Einführung der Verurteilung bei Strafkammer-Urtheilen forderte. Endlich am 7. Dezember 1898 wurde das Wiedernahmeverfahren angeordnet. Die Verhandlung fand am Dienstag unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die damalige Verlesungszeugin, ein jetzt 16jähriges Mädchen, hat zugegeben, daß ihre Aussagen, welche zur Verurteilung des Lehrers führten, von Anfang bis zu Ende erlogen waren. Ihre Stiefmutter habe ihr alles eingegeben. Der Gerichtshof hob das frühere Urtheil auf, sprach den Angeklagten frei, weil kein genügender Verdacht vorliege. Die Kosten, einschließlich der dem Angeklagten erwachsenen persönlichen Ausgaben, wurden der Staatskasse auferlegt. — Wird der Mann, der fast ein Jahr unschuldig hinter Gefängnismauern gefessen hat, nun auch, soweit wie das möglich ist, entschädigt werden?

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 26. Januar. (Telegraph des Telegr.-Korrespondenz-Bureau's.) Eine Petersburger Zuschrift der „Politischen Korrespondenz“ erachtet die Meinung, eine Einladung zur Abrüstungs-Konferenz werde auch an den Vatican ergehen, als irrig, da eine Einladung an den Papst als weltliche Souveränität nicht ergehen könne, ohne daß Rußland damit offiziell das Bestehen einer römischen Frage anerkenne; daß dagegen einer Einladung des Papstes als Oberhauptes der katholischen Kirche das Bedenken entgegenstehe, daß auch die Häupter anderer Kirchen eingeladen werden müßten.

Paris, 26. Januar. (V. G.) Zum Schutze der Zeugen, welche in dem morgen zur Verhandlung stehenden Prozeß Henry-Reinach vernommen werden sollen, hat die Polizei umfassende Sicherheitsmaßregeln getroffen. Die Offiziere und Beamten, welche in diesem Prozeß Henry-Reinach als Zeugen vernommen werden sollen, sind von ihrem Dienst nicht dispensirt worden, weil es sich nur um einen Privatprozeß handelt. Sie werden demgemäß in Bezug auf Dienstgeheimnisse ihre Aufsage verweigern.

London, 26. Januar. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Manila unter dem 21. d. M. gemeldet: Das Amtsblatt „Republica“ theilt mit, daß der Kongreß in Malolos die Verfassung genehmigt und ein Vertrauensvotum für Aguinaldo angenommen habe; er habe letzteren ermächtigt, den Amerikanern den Krieg zu erklären, wenn immer er es für rathsam halte.

Rom, 26. Januar. (V. G.) Die Kammer setzte heute zunächst die Verathung des italienisch-französischen Handelsabkommens fort. Sämtliche Redner sprachen sich für dasselbe aus. Guffo fordert die Regierung auf, auch einen Handelsvertrag mit Rußland und einen solchen mit den Vereinigten Staaten abzuschließen.

Rom, 26. Januar. (V. G.) Kammer. (Bei Schluß der Sitzung stellt Dr. Nicolo eine Anfrage wegen der anarchischen Verbindung in Alexandria. Canevaro erklärt, nicht darauf antworten zu können, da der deswegen eingeleitete Prozeß noch im Gange sei.)

Madrid, 26. Januar. (Melbung der „Agencia Fabra“.) Im Ministerrath erklärte der Ministerpräsident Sagasta, er glaube, daß die Annexionspolitik der Amerikaner Angesichts der auf den Philippinen einen Mißerfolg haben werden. Der Kriegsminister Correa bestätigte, daß General Jaudenes, welcher seiner Zeit Manila übergab, sich seit gestern auf Befehl des obersten Kriegesgerichtes in Haft befindet.

Washington, 26. Januar. (Melbung des „Reuter'schen Bureau's“.) Aus Manila wird gemeldet, daß am 22. d. M. die Philippinische Republik ausgerufen worden ist und daß die Mächte hieron benachrichtigt werden.

Reichstag.

10. Sitzung, Donnerstag, 26. Januar 1899, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Staatsberatung (Reichsamt des Innern). Zur Erörterung kommt zunächst der zu dem bereits bewilligten Titel Staatssekretär eingebrachte Antrag des Prinzen Schönau-Carolath, nach welchem noch in diesem Etatsjahre im Nachtragsetat ein Beitrag des Reichs zu dem Straßburger Goethe-Denkmal in Höhe von 50 000 Mark bewilligt werden soll.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (Hosp. bei den Nationallib.): Straßburg, die wunderschöne Stadt, deren Straßen sonnendurchflutet dem Besucher entgegenlachen, ist wie kein anderer Punkt im Deutschen Reich geeignet, ein Denkmal unseres Goethe zu beherbergen. In Straßburg stehen die Denkmäler der tapfersten Heerführer Napoleons I.; da soll auch das Denkmal eines Deutschen stehen, als Sinnbild der festen Zusammengehörigkeit der Reichsländer mit dem deutschen Volk. Dieses Denkmal soll gewissermaßen ein Zeichen sein, daß wir den Geist dieses Jahrhunderts, der so viele Ideale, auch politische Ideale, verworfen hat, hinüberretten in das neue Jahrhundert, an dessen Schwelle leider — aber nur scheinbar, hoffe ich — der Materialismus steht. Ich bin überzeugt, daß der Reichstag diese Guldigung den Mägen des großen Dichters nicht verjagen wird. (Bravo.)

Abg. Riff (Hosp. d. fr. Sp.) spricht für den Antrag. Abg. Schäfer (B.) hat Bedenken gegen denselben. Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen des Zentrums der Budgetkommission überwiesen.

Zum Titel „Kommission für Arbeiterstatistik“ erhält das Wort der

Abg. Peine (Soz.):

Ich möchte die Aufmerksamkeit des Hauses auf eine Eingabe lenken, die vor einer Reihe von Jahren von den Bureau-Angestellten der Rechtsanwält, Gerichtsvolkzieher u. s. w., kurz vor dem sogenannten Schreiberrstande an den Reichstag gerichtet wurde und auch an die Reichskommission für Arbeiterstatistik gegangen ist. Die Sache ist dann auch so weit gediehen, daß seiner Zeit in der letzten Sitzung, der Herr v. Böttner präsidierte, beschlossen wurde, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Frage zu setzen, ob die Kommission für diese Sache zuständig sei. Seit der Zeit ist dann nichts weiter in der Sache geschehen. Ich möchte daher die Anregung geben, daß man sich wieder in erhöhtem Maße dieser Angelegenheit zuwenden möge. Es handelt sich hier um einen erheblichen Kreis von Personen, die sich in einer ganz außerordentlich großen rechtlichen und wirtschaftlichen Notlage befinden. Es gehören dazu die Bureaugehilfen der Rechtsanwält, Notare, Krankenlaffen, Berufsgehilfen, Versicherungs-gesellschaften, sowie auch Buchhalter, die bei landwirtschaftlichen Unternehmern thätig sind.

Am besten stehen sich zur Zeit noch die betreffenden Angestellten der Berufsgehilfen und einiger Krankenlaffen, merkwürdiger Weise gerade solcher, die — horribile dicta (schrecklich, es zu sagen!) — unter sozialdemokratischer Leitung stehen. Am schlimmsten sieht es dagegen mit den Schreibern, was sich auch daraus erklärt, daß zum Teil Personen, die es sonst zu nichts bringen konnten, in diesem Stand hineingedrängt werden. Im übrigen aber herrscht vor allem in den Bureau der Rechtsanwält eine über alles Raas gehende Kinderausbeutung. So standen nach einer Enquete von 1845 in Berlin versicherten Schreibern 785, also über die Hälfte, im Alter von 14 bis 18 Jahren (hört! hört! links); 412 Personen waren 18 bis 26 Jahre alt, und nur 348 über 26 Jahre alt, woraus hervorgeht, daß man hier meistens junge Leute einstellt und sie abhört, wenn man sie nicht mehr braucht. Die Gehaltsverhältnisse dieser Leute sind natürlich gleichfalls außerordentlich schlecht, wie die Petitionen der Angestellten dieser Berufsgruppe beweisen, die seiner Zeit an den Reichstag kamen. Der Berliner Anwalt-Verein hat sich vor ein paar Jahren die Mühe genommen, eine Privat-enquete zu veranstalten, um die Angaben der Angestellten zu prüfen. Die Zahlen sollen zwar vertraulich bleiben, aber das eine ist allgemein bekannt geworden, daß die Verhältnisse sich als noch schlechter herausgestellt haben, als nach den Angaben der Schreiber zu erwarten war. Noch schlimmer sind die Verhältnisse in den Bureau der Gerichtsvolkzieher. Die Arbeitszeit ist eine überaus lange, sie dauert meist von 8 Uhr Morgens bis 1/10 Uhr Abends. Das ein so langes Sitzen in der Schreibstube den jugendlichen Körper ruinieren muß, ist selbstverständlich. Die moralischen Folgen sind naturgemäß auch nicht besser, denn ein Kind, das tagsüber der Familie entzogen ist, geht schließlich zu Grunde, zumal das, was es im Bureau lernen lernt, nicht gerade geeignet ist, seine Moral zu heben.

Die Behörden haben zur Besserung dieser Verhältnisse bisher nichts getan. Erst neuerdings erließ der preussische Justizminister ein Rundschreiben, um sich über die Lage dieser Angestellten zu informieren. Natürlich hielt es in diesem amtlichen Schreiben: „wenn auch die Klagen vielfach übertrieben sein werden“. Der Herr Minister wußte also schon im voraus, wonach er fragte. Die Klagen waren jedoch nicht übertrieben, denn ein Jahr darauf erließ der Justizminister einen neuen Erlass, durch den wenigstens die Gerichtsvolkzieher gezwungen werden sollten, ihre Angestellten nicht mehr so auszubenten und zu diesem Zwecke jährlich verschiedene Schemata ausfüllen sollten. Nun, erstens werden die Verhältnisse der Angestellten durch Ausfüllen von Schematen um nichts gebessert, und außerdem ist auch der Justizminister gar nicht in der Lage, auf die Rechtsanwält einen Einfluß auszuüben. Ebenso ist die Selbsthilfe der Prinzipale außer Stande, hier Abhilfe zu schaffen. Der Berliner Anwaltverein hat das versucht, indem er seine Mitglieder aufforderte, sich zu verpflichten, ihren Leuten einen anständigen Minimallohn zu zahlen; die große Majorität der Mitglieder aber sprach sich dagegen aus, natürlich im Interesse der „Freiheit“ des Einzelnen. Vielleicht wäre es auch gar nicht zu den genaueren Untersuchungen des Anwaltvereins gekommen, wenn nicht seiner Zeit der ehrenwürdige Vorsitzende desselben, Justizrath Levy, von seinem Schreiber ermordet wäre, dessen gänzliche Verleugung sich durch diese That traurig genug offenbarte. Vor allem also ist es dringend notwendig, daß sich die Kommission für Arbeiterstatistik über ihre Zuständigkeit klar wird, eine Enquete aufnimmt und daß dann diese Zustände gezielte geregelt werden. Man hat gesagt, diese Kommission sei gegründet, um die Ueberreibungen der Sozialdemokraten als solche zurückzuweisen. Da ist es doch merkwürdig, daß gerade die Sozialdemokratie immer Befürwortung ihrer Angaben durch diese Kommission verlangt. (Sehr richtig! und Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Veibel (Soz.):

Der Etat für die Kommission für Arbeiterstatistik ist vielleicht der einzige, der stets Ueberbillsse ergibt. Die 39 000 M. sind bei Weitem nicht aufgebraucht worden, sondern lediglich 5985 M.; also ein Ueberbills von 33 015 M. Woher kommt diese seltene Etats-Ersparnis? Im Jahre 1897/98 haben nur wenig Sitzungen stattgefunden; und das vor bereits im Jahre vorher der Fall.

Wenn wir uns nun fragen: Warum kommt denn die Kommission so selten zusammen? Die nächstliegende Antwort wäre da: Sie hat keine Arbeit, keine Gelegenheit, sich zu betätigen. Aber das scheint wenig plausibel. Vor etwa 4—5 Jahren prüfte die Kommission die Arbeiterverhältnisse und hat sie dann in den vier folgenden Jahren nicht weiter geprüft. Es würde also schwer zu verstehen sein, daß die Kommission wirklich so wenig Gelegenheit gehabt hat, zusammenzukommen, wenn man nicht wüßte,

daß inzwischen, namentlich vor zwei bis drei Jahren, ein förmlicher Sturm gegen die Kommission unternommen wurde, zu dem Zweck, ihre Thätigkeit lahm zu legen. Es hieß da, die Kommission sei nicht dazu da, um Thatsachen über die Beschäftigung der Arbeiter mitzuteilen, sondern lediglich, um statistische Berechnungen anzustellen. Eine Erklärung in diesem Sinne hat auch vor einigen Tagen der Abgeordnete Möller hier abgegeben. Diese Auffassung der Thätigkeit der Kommission ist aber eine durchaus irrtümliche. Als wir 1891—92 die verädelten Verhältnisse, namentlich im Vädereibetriebe, behandelten, da hat das damals vorgebrachte wesentlich dazu beigetragen, daß die Gründung der Kommission für Arbeiter-Statistik erfolgte. Wir haben dem natürlich zugestimmt und gesagt, daß wir so etwas stets unterstützen werden, weil uns immer daran gelegen ist, die Wahrheit über die Zustände in den einzelnen Gewerben zu erfahren. Ich hatte damals in einer Broschüre über das Vädereigewerbe eine Anzahl von Thatsachen angeführt, die ein außerordentliches Aufsehen erregten und dazu führten, daß eine Reihe von Polizeibehörden angewiesen wurden, die Vädereiverhältnisse zu untersuchen. Und da ergab sich denn, daß wir auch nicht in einem einzigen Falle eine Ueberreibung nachgewiesen werden konnte. Im Gegenteil: die Zustände waren zum Teil viel schlimmer, als ich sie in meiner Broschüre dargestellt hatte. Und was dann aus den Untersuchungen der Kommission herauskam, das sprach nur für das, was ich bereits ausgeführt, und dies Material gab dann dem Bundesrat die Veranlassung, eine Vädereiverordnung zu erlassen.

Diese Vädereiverordnung — und das will ich gerade den neuerlichen Ausführungen der Herren Dertel und Veibel gegenüber betonen — hat sich als nicht ausreichend erwiesen, so daß sich einzelne Behörden noch zu besonderen ergänzenden Vorschriften veranlaßt haben. So z. B. der Senat von Hamburg und die Dresdener Amtshauptmannschaft. Glauben Sie mir, meine Herren, keine dieser Behörden hätte sich entschlossen, so weit zu gehen, wenn nicht durch amtliche Berichte die geradezu skandalösen Zustände zu Tage getreten wären.

Es besteht nun die wunderbare Thatsache, daß der Bundesrat auf Grund genauer Untersuchungen der Kommission für Arbeiterstatistik zu der Vädereiverordnung geschritten ist, und daß diese heute nur noch auf dem Papier steht. Die Vädere sagen: Wir können diese Verordnung nicht halten, sie schädigt uns in unserer Existenz. Es ist aber nicht nachgewiesen, was diese Behauptung rechtfertigen könnte. Und der beste Gegenbeweis liegt in der Thatsache, daß ein Teil der Vädere diese Verordnung tatsächlich streng hält. Also müßten sie doch auch die anderen halten können, und sie würden es auch thun, wenn die Polizeibehörden mit aller Strenge darauf drängen würden. Es wäre auch absurd, anzunehmen, daß der Bundesrat so leichtsinnig eine Verordnung erlassen könnte, die den Unternehmern schadet! Aber trotz der erwiesenen Durchführbarkeit der Vädereiverordnung sorgen die Behörden nicht im Mindesten dafür, daß sie respektiert wird. Der Verband der sächsischen Vädereimmungen hat offen erklärt: daß seit Erlass jener Verordnung kein Väderemeister mehr inhaftet sein würde, wenn die Polizei auf ihre genaue Einhaltung drängen würde. Wie würden die Behörden sich wohl verhalten haben, wenn auf einem sozialdemokratischen Parteitag so etwas in Bezug auf ein Gesetz gegen die Arbeiter erklärt werden würde! Mit welcher Energie sie da eingegriffen hätten!

Das ist ein unheilbarer Zustand; es sind nur zwei Fälle möglich: entweder die Verordnung wird ordentlich eingehalten oder man kauft sie ab. (Sehr richtig.) Ich bin allerdings der Ansicht, daß sie entschieden durchgeführt werden kann. Es ist bekannt, daß man in anderen Ländern viel weiter gegangen ist als bei uns. Gehen Sie nach England, gehen Sie nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, gehen Sie nach der Schweiz, gehen Sie nach Dänemark, gehen Sie nach Australien (Greiferzeit) Ueberall bestehen weit strengere Verordnungen, ohne daß das Vädereigewerbe darüber zu Grunde gegangen ist. Wir können daher mit Recht darauf dringen, daß von Seiten des Reichsamts des Innern Schritte darauf gesehen werden, daß die Polizeibehörden eingehalten werden, für die Durchführung der Verordnung Sorge zu tragen. In dieser Hinsicht hat die Stuttgarter Polizeibehörde mich erfreut. Sie hat sich veranlaßt gesehen, eine Verordnung zu veröffentlichen, die eine strenge Bestrafung für die Uebertretung der Vädereiverordnung in Aussicht stellt, mit dem ausdrücklichen Bemerkten: die Nachsichtigkeit in der Einhaltung derselben ist eine hoher zu führen, daß die Hoffnung auf Abänderung derselben vorhanden sei; die Polizei werde sie aber so lange streng durchführen, als sie eben besteht! (Bravo!) So gehört es sich. Bei uns in Preußen aber büßigt man ganz anderen Grundgesetzen. Das geht nicht so fort! Was ist denn die Folge dieser steten Uebertretungen? Ein beständiger Krieg zwischen den Meistern und ihren Angestellten, beständige Denunziationen. Die Arbeiter können sich eben nicht anders helfen, sie müssen Anzeige erstatten.

Wir Sozialdemokraten sind gegenüber der Vädereiverordnung in einer ganz merkwürdigen Lage. Sie geht uns auch nicht anerkennend weit genug. Und doch sind wir die einzige Partei im Reichstage, welche für sie eintreten muß, weil alle übrigen Parteien ihre Aenderung oder gänzliche Aufhebung wünschen. Wir sind also die einzigen Vertheidiger dieses Regierungsgesetzes!

Um nochmals auf die Thätigkeit der Kommission für Arbeiterstatistik zu kommen, so kann ich nur dringend wünschen, daß ein anderes Tempo in ihren Verhandlungen eintrete. Die Kommission soll die Regierung und den Reichstag über alle Arbeiterverhältnisse aufklären. Sie hat nicht bloss statistische Arbeiten herzustellen, sondern vor allem auch Thatsachen über die Lebensweise der Arbeiter zu bringen. Was jetzt ist aber nur für die Väderei und Konfektion etwas Greifbares herausgekommen. Und in vielen Gewerben sind sie eben so notwendig, so im Verleugegewerbe, in der chemischen Industrie, in gewissen Hausindustrien, z. B. in der Tabak- und Hausindustrie. Wenn die Kommission das alles thun wollte, dann müßte sie Wochen und Wochen zusammensitzen: Arbeit hätte sie in Hülle und Fülle! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky

erwidert, daß von der Kommission für Arbeiterstatistik erbrachte Material werde gegenwärtig bearbeitet. Sobald die Vorarbeiten abgeschlossen sein werden, würden die Vorschläge zur Abschaffung vorhandenen Verordnungen der Kommission mitgeteilt werden. Was die mangelhafte Ausführung der Vädereiverordnung anlangt, so müssen diese Beschwerden bei den Einzelanlagen vorgebracht werden; der Reichsanwalt hat keine Exekutivbefugnis in den Einzelstaaten. Wo das Reichsamt des Innern die Exekutivbefugnis hat, ist es auch kraftig aus. Ueber das Gastwirths-Gewerbe sind bereits über 70 Verordnungen erlassen worden; die Protokolle werden in den nächsten Tagen dem Referenten der Kommission, Herrn Vollenbush, zugehen. Erhebungen über andere Gewerbe: Glasbleichereien, Metallbleichereien, Thomashäute-Fabrikten, Blei- und Zinnbetrieben u. s. w. sind in Aussicht genommen.

Abg. Dertel (L.):

Wenn der Bundesrat der Vater der Vädereiverordnung ist, so könnte man Herrn Veibel als ihren Großvater bezeichnen. (Heiterkeit.) Herr Veibel weist auf den Beschluß der sächsischen Vädere-Immungen hin; das ist doch kein Beschluß, das ist einfach eine Thatsache; die Vädere lügen eben die Vädereiverordnung nicht halten. Die Vädereiverordnung hat ein völliges Priorität- und Denunziation-System gezeugt. Sie ist nach jeder Richtung hin unheilbar und muß aufgehoben werden. Herr Veibel glaubt, die Ausführungen seiner Schrift seien nicht widerlegt. Aber die Gegnerschaft des germanischen Hauses, abgesehen vom Zentrum, hätte ihn eines Besseren belehren sollen. Und auch das Zentrum scheint jetzt zu einer anderen Ansicht

gelangt zu sein. (Abgeordneter Heye schüttelt den Kopf.) Dringend geboten ist, daß man in der zu erwartenden Vädereiverordnung nicht dieselben Bahnen wandelt. In einem hat Herr Veibel recht, es gibt noch viele Vertriebe, in denen man Erhebungen über allzu große Beschäftigungszeit anstellen sollte: z. B. über die in den sozialdemokratischen Konsumvereinen, in denen eine Arbeitszeit von 16 Stunden vorkommt und die Angestellten gezwungen werden, von der Feier des 1. Mai abzugehen! Redner ersucht sodann nochmals die Regierung, bei all ihren sozialen Reformen vor allem das Interesse des Mittelstandes zu wahren.

Abg. Möller (natl.)

erklärt, der Kommission dürfe überhaupt nie die Initiative überlassen werden; sie dürfe nur als Sachverständigen-Rath verstanden werden. Mit der Vädereiverordnung sei die Regierung zu überreicht vorgegangen. In großen Betrieben könne sie durchgeführt werden, in kleinen und mittleren schwerlich. Die Kommission für Arbeiterstatistik solle mit Erhebungen darüber betraut werden, wie man am besten den Konsequenzen dieser Verordnung begegnen könne. In anderen Ländern nehme man bei dem Erlass solcher Verordnungen auf die in Frage kommenden Berufsgruppen ganz anders Rücksicht als bei uns.

Abg. Veibel (Soz.):

Ich halte das Reichsamt des Innern für verpflichtet, die Handhabung der Reichsgesetze und Verordnungen zu überwachen. Möge Graf Posadowsky doch im Bundesrathe reden: Das wird schon wirksam sein. Im Reichsamt des Innern sind so heterogene Gegenstände mit einander vereint, daß es das Begriffsvermögen eines Mannes weit übersteigt, auf all diesen Gebieten gleichmäßig befaßt zu sein. Vielleicht ist der Herr Staatssekretär aus diesen Erfahrungen heraus heute geneigt, die alte Forderung nach einem Reichs-Arbeitsamt, die wir schon im Jahre 1884 erhoben haben, auch seinerseits zu unterstützen. Das wäre eine wesentliche Verbesserung in der Lage unserer ganzen Sozialpolitik. Wenn Herr Graf Posadowsky uns auf die einzelnen Landtage beruht, in denen wir, wie er genau weiß, so gut wie gar nicht vertreten waren, vor allem in Preußen nicht, so klingt das etwas nach Ironie. Vieles würde gebessert werden, wenn das Haus sich entschließen könnte, einem allgemeinen Normal-Arbeitsstag für die Gewerbe seine Zustimmung zu geben.

Mit dem Abg. Dertel und den Herren Brüben werden wir uns nicht verständigen können. Unsere Anschauungen über das, was der Arbeiter als Mensch braucht, sind himmelweit von den übrigen verschieden. Sie wollen dem Arbeiter nur so weit entgegenkommen, als geschehen kann, ohne daß der Unternehmer den geringsten Schaden erleidet. Wir meinen, daß der Staat in erster Linie zum Schutz der Schwachen und Schwächsten da ist und daß er diese Pflicht erfüllen muß, selbst auf die Gefahr hin, den Unternehmern wehe zu thun. Der Abg. Dertel hat mit besonderer Empfindung darauf hingewiesen, wie notwendig die Erhaltung des Mittelstandes ist. Da möchte ich den Herren Agrariern doch zu ermahnen geben, daß sie auf ihren Kongressen thätig zu Gründungen von Vädereigenossenschaften, Schlächtereigenossenschaften und Molkereigenossenschaften auffordern, die den Mittelstand besonders schädigen müssen. Wer untergräbt ihn also? Ich erinnere auch an die Käden, die hier in der Potsdamerstraße Rittergutsbesitzer aus Pommeren und Böhmen mit ihren Produkten aufmachen und dadurch den Kaufleuten dieser Branche tödliche Konkurrenz machen. Und ist das ja recht. Und ist es natürlich ganz gleich, auf welche Weise die kapitalistische Wirtschaft ihren Höhepunkt erreicht, Sie arbeiten ja doch nur der Sozialdemokratie in die Hände.

Weiter hat Herr Dertel von sozialdemokratischen Konsumvereinen gesprochen. Zunächst muß ich es leugnen, daß es sozialdemokratische Konsumvereine überhaupt gibt. (Widerspruch rechts.) Gewiß, es gibt Konsumvereine, in denen nur Sozialdemokraten thätig sind, aber die Sozialdemokratie selbst hat es bisher stets abgelehnt, sich an diesen Gründungsgeschäften zu beteiligen, ein Parteitag hat sich klar und deutlich darüber ausgesprochen. Dagegen ist es allerdings den Sozialdemokraten zu verbanen, wenn Existenz, die in Konsumvereinen bestanden, abgestellt wurden. So wird neuerdings in den sächsischen Konsumvereinen die Sonntagruhe streng eingehalten, der 8 Uhr-Abendsschlaf wird trotz der Konkurrenz der anderen Kaufleute durchgeführt, die Arbeitszeit beträgt jetzt höchstens elf Stunden und außerdem haben die Arbeiter in jeder Woche einen Nachmittags frei. Und sollten die Behörden von den Konsumvereinen noch mehr, etwa den zehnstündigen Arbeitstag und den 7 Uhr-Abendsschlaf verlangen, so werden wir Sozialdemokraten sicher nichts dagegen haben.

Herr Dertel hat mich den Großvater der Vädereiverordnung genannt. Nun, es ist wahr, daß von dem Augenblick an, wo meine Broschüre erschien, man überall in Deutschland auf die Lage dieser Arbeiterkategorie aufmerksam wurde, und ich rechne mir dies als ein Verdienst an, denn die angestellten Untersuchungen haben ergeben, daß die Verhältnisse in den Vädereien noch weit schlechter waren, als ich sie dargestellt hatte. So lauge die Herren von der Rechten nicht beweisen, daß die Vädereien durch die erlassenen Verordnungen geschädigt sind, sind offenbar ihre Amentationen über die Vädereiverordnung nur dadurch veranlaßt, daß den Vädereimmern einzelne Bestimmungen derselben unheimlich sind. In anderen Ländern bestehen noch viel weitgehendere Bestimmungen.

Ferner hat Herr Dertel gemeint, die neuen Verordnungen erzeugten eine Denunziationsthum unter den Arbeitern. Demgegenüber möchte ich doch darauf hinweisen, daß die Arbeiter das gute Recht haben müssen, darauf zu achten, daß die minimalen Wohlthaten, die ihnen durch das Gesetz eingeräumt werden, ihnen von den Unternehmern auch gewährt werden. Denn die Vädereimmern können sehr wohl die Bestimmungen einhalten, wenn sie es nur wollen, das hat seiner Zeit in den Fragebogen auch ein Teil der Vädereimmern erklärt. Und wenn trotzdem ein Teil der Arbeitgeber systematisch die Bestimmungen übertreut, so haben die Arbeiter wohl das Recht, dies den Behörden zur Anzeige zu bringen.

Die Thätigkeit der Kommission für Arbeiterstatistik ist durchaus forrett und segensreich. Zunächst muß es sich für sie darum handeln, Material zu schaffen für den § 120c, der von dem hygienischen Normal-Arbeitsstag handelt. Auch hier werden die Untersuchungen noch viel Mithstände an den Tag bringen. So z. B. in den hausindustriellen Zweigen der Tabakindustrie, deren Abschaffung sogar die Tabakindustrie selbst fordern, allerdings nur aus dem Grunde, weil sie unter der Schmutzkonkurrenz dieser Hausindustrie zu leiden haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dertel (L.)

Ich gebe zu, eine Verständigung zwischen mir und Herrn Veibel ist unmöglich. Ich bin auch seiner Ansicht, daß die Rücksicht auf die wirtschaftlich Schwächsten das Tempo der Sozialreform bestimmen muß; aber das sind neben den Lohnarbeitern die kleinen Gewerbetreibenden. (Sehr richtig! rechts.) Herr Veibel hat uns Agrarier als Mittelstandstödter bezeichnet, weil wir angeblich Väderei und andere Genossenschaften gründeten. Wir nehmen aber stets dagegen Stellung. Unsere Sozialpolitik soll die Gegenstände verfeinern. Die Erhaltung des Mittelstandes ist notwendig. Da die Väderei-Verordnung einen großen Teil dieses Standes schädigt, fordern wir ihre Aufhebung. (Beifall rechts.)

Abg. Schwarz (wildlib.) wundert sich, daß schon seit einem Jahre Erhebungen gepflogen werden, ohne daß ein Resultat, betr. die Vädereiverordnung, zu sehen sei.

Abg. Freiherr von Stumm (Rp.):

Die Kommission für Arbeiterstatistik sollte sich damit begnügen, nur Material zu sammeln. Das Vädereigewerbe ist das gesundeste im ganzen Reich. (Lachen links.) Eine Verlängerung der Arbeitszeit

Es war mir interessant, daß gerade Herr v. Stumm den Hauptgrund der Vätermeiſter gegen die bekannte Verordnung verleiht. Er wies darauf hin, daß die allmähliche Ueberwachung der Polizei — wie er ſich ausdrückt — ſo große Bitterkeit in den Kreiſen der Vätermeiſter hervorgerufen hat. Gewiß, die Ueberwachung der Betriebe war es vor allem, die die Vätermeiſter nicht wollten, und weshalb der Sturm auf gegen die ganze Verordnung aus ihren Kreiſen hervorging.

Abg. Molkendörfer (Soz.):

Es war mir interessant, daß gerade Herr v. Stumm den Hauptgrund der Vätermeiſter gegen die bekannte Verordnung verleiht. Er wies darauf hin, daß die allmähliche Ueberwachung der Polizei — wie er ſich ausdrückt — ſo große Bitterkeit in den Kreiſen der Vätermeiſter hervorgerufen hat. Gewiß, die Ueberwachung der Betriebe war es vor allem, die die Vätermeiſter nicht wollten, und weshalb der Sturm auf gegen die ganze Verordnung aus ihren Kreiſen hervorging.

Die Vätermeiſter ſagen immer, ſie ſeien in einer ſchlechten Lage, ſie ſeien die Gedrückten, diejenigen, die ihre Arbeiter beneiden. Warum begeben ſich denn die Meiſter nicht ſelbſt in die beneidenswerthe Stellung eines Geſellen zurück; das müßte ihnen doch ſehr leicht werden, vorausgeſetzt, daß ſie etwas von ihrem Handwerk verſtehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Arbeiterſchutz in dieſem Gewerbe iſt auch deshalb ſo beſonders nöthig, weil in ihm unter 114 022 Arbeitern 42 855 unter 15 Jahren alt ſind.

Ferner ſagen Sie, eine ganze Maſſe Meiſter gehen an der Verordnung zu Grunde, und auf einem Zünfftage wurde einmal behauptet, daß in einem einzigen Jahre 240 Vätermeiſter in Berlin allein wegen dieſer Verordnung banterot gemacht hätten. Als ich aber die amtliche Kontraktſtatistik nachſah, mußte ich zu meinem Erſtaunen ſehen, daß, wenn alle Kontrakte, die im Laufe des beſagten Jahres in Berlin vorgekommen ſind, von Vätermeiſtern gemacht worden wären, dann die angegebene Zahl immer noch zu groß war. Aber die Herren Vätermeiſter operiren gern mit derartigen Ueberzählungen. 13 1/2 Stunden haben die Vätergeſellen früher durchſchnittlich gearbeitet. Jetzt iſt dieſe übermäßige Arbeitszeit reduziert worden, und wenn die Meiſter über ſchwere Schädigung irren, ſo können Sie erweiſen, wie ſchwer die Ausbeutung vorher war, denn die ganze Schädigung beſteht für ſie nur in der Verkürzung der Arbeitszeit der Geſellen.

Herr Schwarz hat heute dieſelben Einwendungen erhoben, die die Vätermeiſter ſeiner Zeit vor der Kommiſſion erhoben haben. Die Geſellen, die gleichfalls vernommen wurden, bereiteten den Meiſtern einige Widerlegen durch Widerlegung ihrer Einwände. Sie ſagten den Meiſtern über die techniſche Seite des Handwerks Verſcheid, ſagten ihnen, wie manche Schwierigkeiten zu umgehen ſeien, belehrten ſie über den Einfluß der Bitterkeit auf die Geſe etc. Herr Schwarz meinte, der Meiſter könne doch nicht hinter jedem Geſellen ſtehen und ſeine Arbeit kontrolliren. Es iſt allerdings eine ſchwere Zumuthung, daß der Meiſter in die Waſche gehen und ſeine Leute überwachen ſoll. Das iſt ſchon etwas viel verlangt. Die Herren lieben es natürlich mehr, daß die Arbeiter ganz für ſich arbeiten, ohne Ueberwachung, und daß am Morgen alles fertig iſt, ſonſt wird er ſofort entlaſſen. Ob der Arbeiter ſeine Arbeit hinlänglich iſt, kann man in jedem Arbeitszweig am fertigen Produkt erkennen. Es iſt da nicht nöthig, daß hinter jedem Arbeiter ein Aufpaſſer ſteht. Wenn die Vätergeſellen vielleicht von geringerer moraliſcher Qualität als die anderen Arbeiter ſind, ſo liegt das darin, daß ſie durch die unmerkliche lange Arbeitszeit bereits geiſtig und körperlich degenerirt ſind. Jedenfalls wird die Qualität der Geſellen ſich heben, wenn ſie beſſer geſtellt werden. Noch kein Gewerbe iſt daran zu Grunde gegangen, daß ſeine Arbeiter gut geſtellt ſind.

Herr Dr. Dertel hat behauptet, daß die Herren vom Bund der Landwirthe ſich dem Genoffenſchaftswesen gegenüber immer ablehnend verhalten hätten. Doch nicht in allen Fällen! Sind Ihre Einkaufsgenoffenſchaften, Ihre Thomadſchlade-Bezugsgeſellſchaften etwa keine Genoffenſchaften?

Ich bin ganz ſicher, ihre Mittelſtandsfreundlichkeit geht nicht ſoweit, daß Sie in der Genoffenſchaftsbildung Halt machen, wenn Sie ſich ſagen müſſen: dadurch werden wir die Vätermeiſter nützen. Nein, meine Herren, wenn Sie den Verdienſt der Vätermeiſter den Landwirthen zuführen können, werden ſie ſich ebenſo wenig bedenken, wie unſere Großindutriellen, wenn es durch Einführung neuer techniſcher Erfindungen den Profit zu verbeſſern geht. Herr Dr. Dertel hob hervor, daß die Müller ſo ſchlecht geſtellt ſind. Iſt es ihm unbekant, daß die Verſchleuderung in der Lage der Mültereien zum großen Theil dadurch herbeigeführt iſt, daß in den Genoffenſchaftsmültereien, wo man Dampftrieb hat, dieſer Dampftrieb gleichzeitig ausgenützt wird, um irgend eine Maſchine in Bewegung zu ſetzen zum Mahlen des Viehfutters? So gut wie Sie da ſagen haben, werden Sie auch ſagen, und weiter in der Genoffenſchaftsbildung fortfahren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hitze (Z.):

Eine fruchtbarere Diſkuſſion wird eſt möglich ſein, wenn das Material der Enquete vorliegt, die die Regierung über die Wirkungen der Verordnungen veranſtaltet hat. Die Kommiſſion für Arbeiterſtatistik hat ihre Kompetenz durchaus nicht überdrückt und ſich ganz in dem Rahmen ihrer Befugniſſe gehalten. Die Vätermeiſter beſchweren ſich ſehr zu Unrecht über die polizeiliche Kontrolle. Wenn eine Verordnung erlaſſen iſt, muß ſie auch durchgeführt werden. In den polizeilichen Reviſionen liegt nichts Entwürdigendes. Alle die, die gegen die Väterverordnung geſprochen, haben nicht ein Wort gegen die enormen Mißstände im Lehrungsweſen im Väterbetriebe geſagt. Die Vätermeiſter müßten ſich doch wenigſtens bereit erklären, die offenhandigen Mißstände abzuſtellen. Aber nichts von alledem. Hätten ſie das gethan, würden wir viel eher bereit ſein, in weitere Erörterungen darüber einzutreten, als wir es jetzt ſind. Die Verordnung ſelbſt enthält ja wirklich eine Menge Ausnahmbefimmungen, die den Vätermeiſtern entgegenkommen. In der Kommiſſion ſind ja auch Meiſter vernommen worden, die ſich gar nicht ſo ſtarr ablehnend verhalten haben. Immerhin kann man ja heute auch manche Beſtimmungen der Verordnung noch diſkutiren, aber der Schutz der Vätermeiſter darf nicht aus dem Auge verloren werden. Man kann doch Herrn Vebel keinen Vorwurf machen, daß er die Mißstände aufgedeckt hat. Der Vorwurf iſt den Zünften und Verbänden zu machen, die ſeit Jahren beſtehen, aber nie etwas gethan haben, um die Mißstände zu beſeitigen. (Sehr richtig, links.)

Abg. Seifert (Soz.):

Kein Menſch beſtreitet, daß es auch in den Konſumvereinen Uebelſtände giebt, die noch beſeitigt werden müſſen. Die politiſche Partei hat mit Konſumvereinen, auch wenn ſie unter Leitung von Genoffen ſtehen, an ſich nichts zu ſchaffen. Ich ſelber habe die Ehre, der Verwaltung eines Konſumvereins anzugehören. Da will ich aber doch auf die Fortſchritte hinweiſen, die wir im Verhältniß zu anderen Geſchäften im Handelsgewerbe aufzuweiſen haben: Achtstündentag, einſtündige, auch anberthalbstündige Mittagspausen, vollſtändige Sonntagruhe, ein freier Tag im Monat, achttägiger Sommerurlaub für das Perſonal unter voller Bezahlung. Von all dieſen Fortſchritten iſt in andern Geſchäften keine Rede. Remen Sie uns doch einen Fall der Abregelung eines Lagerhalters, einer Verkäuferin, eines Markthelfers bei und wegen freier Rechnungsabgrenzung, oder einen Fall der Verweigerung des Koalitionſtreikes! Sie können es nicht. Wir werden immer mit gutem Beiſpiel vorangehen. Wir ſind bereit, wenn der Achtstündentag eingeführt wird, um 7 oder 1/2 zu ſchließen! In der Vätervereins Konſumvereins Leipzig-Plagwitz iſt die achtstündige Arbeitszeit eingeführt, und Sie wettern gegen die zwölfstündige Arbeitszeit der Väterverordnung! Wir empfehlen

das Beiſpiel der Konſumvereine Ihrer Koſcheierung! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Poſition: Kommiſſion für Arbeiterſtatistik, wird hierauf beſchloſſen.

Dem Kapitel: Statiſtiſches Amt entſpricht ſich ein kleines Schamkittel zwischen den Abgg. Köſſe (Bund der Landwirthe), Frh. v. Stumm (Reichsp.) und Graf Poſadowſky über das Bild der Handelsbilanz.

Das Kapitel wird hierauf beſchloſſen. Der Titel: Kanzeleiſekretär des ſtatiſtiſchen Amtes wird nach einer Bemerkung des Abg. Köſſe (wildliberal) an die Budgetkommiſſion zurückverwieſen.

Die Weiterberatung wird auf Sonnabend 1 Uhr vertagt. (Anſtatt der zweiten Sitzung des Marine-, Kaufmanns- und Forſt-Etats.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Kommunales.

Stadterordneten-Verſammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 26. Januar 1899, Nachmittags 5 Uhr.

Auf der heutigen Tagesordnung ſtehen die Ausſchußberichte über eine Reihe von Schul-, Brücken-, Badeanſtalt- und Krankenhaus-Bauten.

Der ſpezielle Entwurf zum Neubau der Gemeinde-Doppelschule nebst Straßenreinigung-Depot in der Chriſtianiaſtraße (Koſtenanſchlag 622 000 M.) und der inſolge Errichtung einer Leichehalle neu aufgeſtellte ſpezielle Entwurf für das Turnhallegebäude auf dem Schulgrundſtück in der Glogauerſtraße (Koſtenanſchlag 68 700 M.) werden ohne Debatte genehmigt.

Mit 6 gegen 2 Stimmen hat der Ausſchuß auch den ſpeziellen Entwurf, ſowie den mit 754 000 M. abſchließenden Koſtenanſchlag für den Neubau der II. Handwerkerschule Stralauerplatz 24 genehmigt. Dem Wunſche der Verſammlung, auch die Direktorwohnung in das Gebäude hineinzuverlegen, hat der Magiſtrat nicht entgegenſprechen zu können geſagt.

Stadtv. Ulrich beantragt die Ablehnung der Vorlage. Er bedauert lebhaft, daß der vom Kuratorium wie von der Verſammlung einſtimmig ausgeſprochene Wunſch nicht erfüllt ſei. Es handle ſich dabei nicht um die Reklamirung des Direktors, ſondern um das Interſſe der Schule ſelbſt, die des feſten Lehrplanms entbehre, viel mehr Schüler als eine Gemeindegemeinde zähle und daher einer ſtändigen Veranſtaltung durch den Leiter im Interſſe der Disziplin und der Sicherheit des Inventars (auch an werthvollen Zeichnungen u. dergl.) durchaus bedürfe.

Stadtbaurath Hoffmann weist auf die unverhältnißmäßig hohen Koſten der Wohnungsanlage in dem monumental geplanten Gebäude und auf die unpraktiſche Geſtaltung hin, die man ihr würde geben müſſen. Auch habe ſich gezeigt, daß der Betrieb der I. Handwerkerschule, obwohl auch deren Direktor nicht in der Anſtalt wohne, trotzdem ſehr gut von ſtatten gehe.

Stadtv. Kleefeld ſchließt ſich dem Stadtv. Ulrich an; auch Stadtv. Dr. Schwalbe hält die Direktorwohnung im Gebäude ſelbſt aus Gründen der Schuldiſziplin für nöthig.

Für den Ausſchußantrag auf unveränderte Annahme der Vorlage erklären ſich die Stadtv. Esmann, Ermer, Spinola und Dinje.

Unter Ablehnung des Antrags Ulrich wird der Entwurf nach der Vorlage genehmigt und eine erſte Baubate von 250 000 M. zur Verfügung geſtellt.

Mit dem Entwurf für den Umbau der Koſtſtraßen-Brücke iſt der Ausſchuß einverſtanden geweſen; es ſoll jedoch die Verſchlüſſung über die Errichtung der Säule mit dem ſpringenden Koſſe ſo lange angeſetzt werden, bis der Magiſtrat durch ein Modell in natürlicher Größe, auf der Brücke ſelbſt errichtet, die architektoniſche Wirkung derſelben veranſchaulicht hat.

Ohne Debatte tritt die Verſammlung den Ausſchußanträgen bei. Auch der umgeänderte ſpezielle Entwurf zum Neubau des Wohnhauſes auf dem Grundſtück der Volks-Badeanſtalt in der Demewiſſtraße (Koſtenanſchlag 188 000 M.) wird genehmigt, deſgleichen der Entwurf und der mit 819 000 M. abſchließende Koſtenanſchlag zum Neubau der Volks-Badeanſtalt Odebergerſtraße 67/69. Die erſte Baubate wird zur Verfügung geſtellt. Endlich werden auch die ſpeziellen Entwürfe für mehrere Neubauten auf dem Krankenhaus-Grundſtück No. 11 genehmigt.

Die vom Grundſtück Wallſtraße 60/61 zur Straßenverbreiterung erforderliche Fläche ſoll nach einem Magiſtratsantrage enteignet werden.

Stadtv. Wallach iſt erfreut, daß mit der Regulirung der Wallſtraße endlich Einſt gemacht werden ſoll und wünſcht, daß auch mit den Beſitzern der Grundſtücke Wallſtr. 15 und 16a Verhandlungen wegen Abtretung des erforderlichen Straßenlandes getreten werde.

Die Vorlage und der Antrag Wallach werden angenommen. Schluß 7 Uhr.

Der von der Stadterordneten-Verſammlung eingesezte Ausſchuß, der mit der Aufgabe betraut war, zu prüfen, ob die Richtbeſtätigung der Wahl des Stadterordneten Singer in die Schuldeputation gültig ſei, hat am Dienſtag eine Sitzung abgehalten, in der Stadtv. Dr. Preuß referirte.

Nach einem anderthalb Stunden währenden Vortrage, der durch ſeinen auf genaues Studium der Akten gegriündeten Inhalt überaus werthvoll war, beſchloß der Ausſchuß, das Referat des Stadtv. Preuß vervielfältigen zu laſſen und bis zur Fertigſtellung der Druckſchrift die Verhandlungen auszuſehen. Der Referent hatte folgenden Antrag eingebracht:

In Erwägung:

1. daß das dem Magiſtrat durch die Verordnung vom 20. Juni 1829 beigelegte Beſtätigungsrecht ſeine geſetzliche Begründung lediglich in § 175 der Städte-Ordnung vom 19. November 1808 fand; daß dieſe geſetzliche Grundlage aber durch die Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 aufgehoben iſt;

2. daß an den Beſtimmungen des Grundgeſetzes unſerer Gemeindeverfaſſung Verordnungen und Miniſterialreſcripte nichts zu ändern vermögen;

3. daß daher der Erloß des Herrn Kultusministers Dr. Voſſe vom 29. Auguſt 1898 — ebenſo wie die auf das gleiche Ziel gerichteten Erlaſſe ſeiner Herren Amtsvorgänger von Raumer vom 17. Februar und 8. September 1854 und von Müller vom 10. September 1868 — dem Geſetze widerſprechen und demgemäß für die ſtädtiſchen Behörden unverbindlich ſind, lehnt die Stadterordneten-Verſammlung den Antrag des Magiſtrats auf Vornahme einer anderweitigen Wahl in die Schuldeputation ab, erklärt vielmehr, daß die am 17. Juni 1898 vollzogene Wahl des Stadterordneten Singer rechtsgültig iſt, ohne einer Beſtätigung zu bedürfen und erſucht den Magiſtrat, nunmehr baldigt die Einſetzung des Gewählten in ſein Amt zu veranlaſſen.

Lokales.

In einer Volksverſammlung für Männer und Frauen, die am 6. Februar in Keller's Feſthallen, Koppentſtr. 29, ſtatifindet, ſpricht Genoffe Auguſt Vebel über die neue Militär-vorlage und das Friedensmaniſteſt des Jaren. Die Vertrauensperſon.

Den Mitgliedern des Wahlvereins für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis die Mittheilung, daß von Sonnabend ab

in allen Zahlſtellen, ſowie beim Koſtner Otto Franke, Ballſadenſtraße 9, die Broſchüre „Der Kampf gegen die Arbeiterkoalition“ von Paul Hirsch unentgeltlich verabfolgt wird. Ferner werden die Mitglieder erſucht, beim Bezahlen der Beiträge ihre Wohnung anzugeben. Der Empfang der Broſchüre bedingt ſelbſtverſtändlich, daß auch die Beiträge für Dezember bezahlt ſind. — Der Vorſtand.

Achtung, zweiter Wahlkreis. Bei Jubel, Lindenſtr. 108, findet am Sonntag Abend 6 1/2 Uhr eine öffentliche Verſammlung für Männer und Frauen ſtatt, in der Genoffe Reiman über: „Kataſtrophen im Weltraum“ ſprechen wird. Nach dem Vortrage gemüthliches Beſammenſein.

Das vierzigste Lebensjahr des deutschen Kaisers.

Heute, am Geburtsſtage des deutſchen Kaiſers, geziemt es ſich wohl, von einigen Teden und Thaten deſſelben Kenntnis zu nehmen, ſoweit die Preſſe von ihnen ſeit dem 27. Januar vorigen Jahres zu berichten wußte. Wir führen die Geſchehnisse aus dem 40. Lebensjahre des Monarchen in möglichſt chronologiſcher Reihenfolge auf:

Am 10. Februar berichtet die „Berl. Ztg.“, daß der Kaiſer dem Herzog von Cambridge ein Spiel Karten geſchenkt habe, zu dem der Kaiſer die Zeichnungen, die Bildniſſe lebender Herrſcher darſtellen, ſelbſt entworfen hätte.

Am 28. Februar hält der Kaiſer an die Marinerekruten eine Rede, in der er ſagt, daß Schwarz die Arbeit, Weiß Feiertag und Roth das Blut bedeute, das die Vorfahren vergoſſen haben.

Am 6. Mai hält der Kaiſer zum Abſchied des Reichstages eine Thronrede, in der er erklärt, für die Erwerbsloſigkeit der arbeitenden Klaſſen zu ſorgen. Bei dem Feſtmahl am Abend ſagt er zu den anweſenden Reichsboten, daß jeder von ihnen, er möge ſein, wer er wolle, ſeine Aufgabe ſo auffaſſen möge, daß er dereinſt beim himmliſchen Appell mit gutem Gewiſſen vor ſeinen alten Gott und ſeinen Kaiſer treten könne.

Zum zehnjährigen Regierungsjubiläum des Kaiſers am 15. Juni trifft die Firma Bong u. Ko. zeitig Vorbereitungen, indem ſie eine Lebensbeſchreibung Wilhelms II. anpreiſt, an der 2. Pletſch und Prediger Mitgearbeitet haben. Das Verzeichniß der Beſteller dieſes Buches werde der Kaiſerin unterbreitet werden.

Am 14. Juni hält der Kaiſer zum Jubiläum der Berliner Schützmannſchaft eine Rede, in der er ſagt, daß die Schützleute der ſtarke Arm ſeien, den er brauche, um ſich Gehorſam zu erzipen. Bei dem Feſtmahl am Abend ſagt der Kaiſer: „Berlin wird doch noch einmal die ſchönſte Stadt der Welt.“

Am 16. Juni, dem Tage der Reichstagswahlen, ſagt der Kaiſer in einer Anſprache an das Kunſtpersonal der Kgl. Schauſpiele, daß das königliche Theater ein Werkzeug des Monarchen ſein ſolle; das Theater ſei auch eine ſeiner Waffen.

Am 17. Juni ſchickt der Kaiſer dem Grafen Regenten zu Lippe ein Telegramm: Dem Regenten was dem Regenten zukommt, weiter nichts. Im Uebrigen will ich mir den Ton, in welchem Sie an mich zu ſchreiben für gut befunden haben, ein für alle Male verbeten haben.

Am 30. Juni berichtet ein hieſiges Blatt, daß Sarah Bernhardt geſagt habe, der deutſche Kaiſer ſei in ſeiner Genialität der hervorragendſte Herrſcher auf einem europäiſchen Thron.

Am 6. Juli erhält die „Krenz-Zeitung“ auf das anläßlich ihres 50jährigen Jubiläums an den Kaiſer abgeſandte Guldigungs-telegramm eine ganz kurze Danthagung.

Am 11. Juli berichtet die „Staats-Ztg.“, daß auf der Kieler Regatta ein Engländer das Mißfallen des Kaiſers erregt habe, weil er die Matroſen aus dem von ihm gewonnenen Kaiſer-pokal trinken ließ.

Am 27. Juli wird gemeldet, daß die in Eſenach verſammelten Vertreter der Burſchenschaftler die Abſendung eines Guldigungs-telegramms abgelehnt haben, nachdem der Kaiſer frühere Telegramme dieſer Art unbeantwortet geſaſſen habe.

Am 2. September ſpricht der Kaiſer in Hannover und lobt, daß die Stadt ſich ihm zu Ehren in einem Gewande gezeigt habe, wie keine andere Stadt. Am folgenden Tage trinkt der Kaiſer auf die Waffenbrüderſchaft der Engländer und Deutſchen.

In Oehnhauſen hält der Kaiſer am 8. September eine Rede, in der er ſagt, daß das Geſetz ſich ſeiner Vollendung nahe, nach welchem jeder, der zu einem Streik anreizt, mit Zucht-haus beſtraft werden ſoll.

Am 7. September ſpricht Wilhelm II. gegenüber dem Beſt-fälſchen Bauernverein von den Pfaffen und höflichen Redensarten, mit denen man der Landwirtschaft zu dienen glaubt.

Am 20. September bringen „Kordb. Allg. Ztg.“ und andere volkſeindliche Blätter anläßlich der Paſſafina-Reiſe des Kaiſers Grufſeſchichten von dem in Alexandria entdeckten Bomben-attentat. Im Dezember erklärt Freiherr v. Mirbach die ganze Attentatgeſchichte für ſchwindel.

Am 31. Oktober veröffentlicht die „Wiener Arbeiter-Ztg.“ den Text der Urkunde, die der Kaiſer bei der Kircheneinweihung in Jeruſalem hinterlegt.

Am 7. November feiert der Kaiſer in Damaskus den Sultan Saladin. Ende November wird bekannt, daß der Kaiſer in Bethlehẽm erkrankt habe, er ſei von den Einbrüden der letzten Tage ſehr entkräftigt geweſen.

Am 11. November wird in Wien die Denkschrift des Grafen regenten von Lippe veröffentlicht.

Am 1. Dezember hält der Kaiſer ſeinen Einzug durchs Brandenburger Thor und redet den unbeſtätigten Herrn Kirchner „Mein lieber Bürgermeiſter“ an.

Am 1. Dezember wird bekannt, daß der Militär-Schriftſteller Oberſt Reim von Paſafina aus zur Einreichung ſeines Abſchiedsgeſuchs veranlaßt worden ſei.

Am 21. Dezember nimmt der Kaiſer das Protektorat über die Kriegervereine an.

Am 30. Dezember wird berichtet, daß der Kaiſer ein Predigt-buch für die Marine herſtellen laſſe.

Am 24. Januar 1899 ehet der Kaiſer die Hannover-Regimenter in der geſtern berichteten Weiſe.

Am 26. Januar Abends bringen viele Blätter Glückwunſch-Artikel. Die „Deutſche Tageszeitung“ ſchreibt zum Geburtsſtage: „Vor allen Dingen aber wünſchen wir dem Kaiſer in dieſer erſten entſcheidenden Zeit Rathgeber, die von dem Ernſte ihrer Stellung, von der Schwere ihrer Verantwortung tief durchdrungen ſind, — Männer, die ohne Scheu und Schminke den reinen Wein der Wahrheit ihrem Herrn einſchenken, die ihm die alte deutſche, freie und feſte Mannentreue wahren und beweifen!“

Au dem Feſtmahl, das heute zu Ehren Kaiſer Wilhelms II. aus Anlaß ſeines Geburtsſtages im Feſtſaale des Rathhauſes ſtatifindet, werden auch fünf Stadterordnete Theilnehmen.

Vom Kaiſer Wilhelm II. berichtet das „Berliner Tageblatt“ das Reueſte wie folgt: „Belamiſch trug vor einiger Zeit der öſt-preußiſche Dialektſchreiber Robert Johannes dem Kaiſer einige ſeiner Muſenlieder vor. Bei dieſer Gelegenheit hat er auch erfahren, wodurch der Kaiſer bei ſolchen Anläſſen ſeinen Beiſatz zu erſeimen zu geben pflegt. Der Oberhofmarſchall Graf zu Gulemburg gab dem Dichter vor dem Vortrage einige Inſtruktionen und erklärte ihm hierbei: „Wenn der Kaiſer ſich mit der rechten Hand auf den Schenkel ſchlägt, dann ſind Sie durch, das iſt nämlich das Zeichen des Beiſatzes Er. Majeſtät.“ Und ſchon bei der erſten Vortragnummer lachte der Kaiſer und gab das erwünſchte Beiſatzzeichen. — Bei luſtigen Stücken im Theater kam man häufig beim Kaiſer dasſelbe Symptom einer heiteren Stimmung beobachten.“

Polizeiſpoſie. Die Beamten der vierten Polizeiſchutzmannſchaft feierten geſtern den Geburtsſtag des Kaiſers und ſangen dabei ein Lied mit folgendem Refrain: „Die Schutzmannſchaft, die Schutzmannſchaft — Iſt immer auf dem Damme, — Ein jeder war ein Unter-offizier, — Drum ſind wir auch ſo ſtramm, — Die Ruhe iſt bald hergeſtellt, — Das weiß ein jedermann, — Wenn ſo im ſtrammen Schritt — Die Schutzmannſchaft tritt an.“ — Die Begabung mancher

Schulleute für gefangliche und poetische Leistungen ist ja nicht ganz unbekannt. Im Montreprophet Städtchen z. B. sind Zeugen aufgetreten, die, wenn auch nicht wirklich, so doch dem Sinne nach erlaubt haben, es wäre ihnen bei den auf Polizeiwachen erlebten Abenteuern gewesen, als hätten sie die Engel im Himmel singen gehört.

Eine schwere Anschuldigung erhebt Dr. Hans Wagner-Charlottenburg in der „Egl. Rundschau“ gegen Dr. Max Esser, der bekanntlich vor Kurzem vom deutschen Kaiser einen Orden erhielt. Dr. Wagner behauptet, daß Dr. Esser in dem Vortrag, in welchem er am 6. Februar 1897 vor der hiesigen Gesellschaft für Erdkunde über seine Reise nach dem Äquator im nördlichen Gebiet von Deutsch-Südwest-Afrika berichtete, „einen wahrheitswidrigen Bericht gegeben“ habe. Dr. Esser, so behauptet Dr. Wagner auf Grund von, wie er erklärt, „unerschöpflichen“ Daten, hätte die etwa 1000 Kilometer lange Reiseroute in 10 Tagen zurücklegen müssen, wenn er die Reise hauptsächlich ausgeführt hätte.

Ein neuer Rettungsapparat, welcher das höchste Interesse auch weiterer Kreise für sich in Anspruch nehmen darf, gelangte in der Generalversammlung der Rixdorfer freiwilligen Feuerwehrgesellschaft zur Vorführung und zugleich zur praktischen Beschäftigung. Besagter Apparat ist dazu bestimmt, vom Feuer ergriffene Menschen zu retten und besteht aus einem großen, viereckigen Stück Tuch, welches, mit Seideln z. versehen, nach Art eines gerollten Militärmantels vom Feuerwehrmann über die rechte Schulter gehängt getragen wird. Der Träger vermag das Tuch in wenigen Sekunden sich von der Schulter zu reißen, dasselbe zu entfalten und der brennenden Person um den Körper zu schlingen, worauf er dieselbe zur Erde wirft und das Feuer vollends erstickt. Eine an Ort und Stelle ausgeführte praktische Probe erwies die vorzügliche Brauchbarkeit dieses Rettungsapparates.

Die Errichtung einer neuen Fuhrer-Zunft für Personen- und Lohnfuhrer wird von dem „Rachverein Berliner Droschkentreiber“ und der „Berliner Droschkentreiber-Vereinigung“ (eingetragene Genossenschaft) geplant.

Gegen die neue Polizeiverordnung, durch welche das Befahren der Leipzigerstraße, der Friedrichstraße und der Weidenbammer Brücke, sowie der Straße unter den Linden während der Stunden von 10 Uhr Vormittags bis 9 Uhr Abends vom 1. Februar dieses Jahres ab verboten werden soll, wurde in der am Dienstag stattgehabten Generalversammlung des „Rachvereins Berliner Droschkentreiber“ energisch Protest erhoben. Es wurde erklärt, daß jede Einschränkung der Bewegungsfreiheit für das Droschkentreiber-Gewerbe, welches durch die heutige Ausdehnung des Straßenbahnwesens ohnehin schon schwer zu kämpfen habe, von großem Nachteil sein würde. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, in einer an das Polizeipräsidium und den Magistrat zu richtenden Petition um Nichterlassung bezw. Aufhebung dieser Verordnung vorstellig zu werden.

Durch ein Brandunglück ist der greise Historienmaler Friedrich Schaller, Hafenplatz 9, zu Tode gekommen. Schaller, der aus Königsberg stammt und 86 Jahre alt war, lebte seit Jahren ziemlich einsam. Eine Wirtschaftlerin führte ihm den Haushalt. Am Donnerstag voriger Woche um 6 1/2 Uhr abends, wollte sich der Greis auf einem Spirituslöffel Kaffee machen. In seiner Unbeholfenheit stieß er den auf dem Tische in seinem Zimmer stehenden Kocher um, der brennende Spiritus ergoß sich über den Tisch und setzte die Decke in Brand, an der wiederum sich die Kleider des alten Herrn entzündeten. Schaller zog sich schwere Wunden am Hals, an der Brust und an den Händen zu. Obwohl ihm zwei Ärzte gleich zu Hilfe kamen, so war sein Leben doch nicht mehr zu retten. Gestern Nachmittag wurde die Leiche des Verunglückten auf dem Matthäikirchhofe zur letzten Ruhe bestattet.

Der Waffenhändler als Lebensretter. Gestern Mittag verfuhr die Reichshofverwaltung Ludgarius C., auf dem Fluß eines Kanals der Alexanderstraße sich durch drei Revolverkugeln in den Kopf zu tödten; er verletzte sich jedoch nur verhältnismäßig leicht, da die Patronen nur eine sehr schwache Ladung hatten. Auf ärztliche Anordnung erfolgte seine Ueberführung in das Krankenhaus am Friedrichshain. Die erwähnten Selbstmörderpatronen pflegen die hiesigen Waffenhändler solchen Personen zu verabfolgen, die beim Einkauf durch aufgeregtes Wesen u. s. w. die Befürchtung erwecken, daß sie sich ein Leid anthun wollen.

Eine kasseler ereigende Angelegenheit dürfte demnächst die Gerichte beschäftigen. Gegen den Inhaber eines bekannten Berliner Lotteriegewerks schreibt ein Ermittlungsverfahren. Derselbe wird beschuldigt, das große Loos einer auswärtigen Lotterie durch Betrug an sich gebracht zu haben, wobei die Angestellten der Firma ihrem Chef beihilflich gewesen sein sollen. Gegenwärtig finden dieselben in Schwerin Vernehmungen statt.

Brandstiftung. Verhaftet wurde der Pelzwarenhandwerker F. Trinzfel, bei dem es in der Nacht zum vorigen Sonntag brannte, wobei der Inhalt des Ladens an Pelzwaren in Flammen aufging. Wie die Kriminalpolizei annimmt, hat Trinzfel das Feuer vorzüglich angelegt. Sie wird darin durch die Wahrnehmungen der Feuerwehr und die Vorfragen des Trinzfel bestätigt. — Die Voruntersuchung gegen das Kaufmann Wölffliche Ehepaar, das sich unter dem Verdacht der vorläufigen Brandstiftung seit geraumer Zeit in Untersuchungshaft befindet, ist jetzt abgeschlossen. Die Verduldigten bestreiten nach wie vor die ihnen zur Last gelegte That und beschuldigen andere, ihren Laden angezündet zu haben.

Seinen Verlehnungen erlegen ist jener Willy Krause aus der Gerichtstraße 63, der vor einigen Tagen von einem Pferdebohrwagen überfahren wurde. Er hatte einen doppelten Beckenbruch und innerliche Verletzungen erlitten und starb im Paul Gerhardtstift.

Feuerbericht. Mittwoch Abend gegen 12 Uhr wurde die Feuerwehrgesellschaft zur Hilfe gerufen, wo in der Kartonsfabrik von Günther Regale und Juchboden brannten. Die Feuerwehrmänner mußten wegen großer Verqualmung auf Steklatern zum Feuerherde vordringen, worauf das Feuer mit einem Kolke abgelöscht werden konnte. Donnerstag früh ging Holzmarktstraße 21 ein Posten Raummwolle und Garn in Flammen auf. Am Ostbahnhofe 2 war ein kleiner Zimmerbrand abzulösen. Nach Mitternacht 66 erfolgte ein Alarm, weil dort der Inhalt einer Wabestelle brannte. Feuer im Märkischen Museum. Donnerstag Abend gegen 7 Uhr wurde die Wehr nach der Dreikönigstraße gerufen, weil angeblich durch Unvorsichtigkeit im großen Sitzungsaal eine hinter dem Ofen befindliche Partie Brennholz in Brand gerathen war. Jedenfalls hatte das Holz schon stundenlang gealmt, denn als das Feuer bemerkt wurde, war bereits eine starke Verqualmung der Mauer eingetreten. Der Feuerwehrgesellschaft gelang es leicht, die Gefahr zu beseitigen. Der verursachte Schaden ist unbedeutend; Akten oder andere Schriftstücke sind nicht zerstört.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die Genossen werden ersucht, sich recht rege an der am Sonntag früh 8 Uhr stattfindenden Flugblattverbreitung zu beteiligen und pünktlich an den hier bezeichneten Stellen anwesend zu sein: Steppuhn, Hohenhausenstr. 83; Schilling, Kyffhäuserstr. 16; Dohst, Grunewaldstr. 110; Klein, Verlebnerstr. 7; Schönecke, Bahustr. 10; Grimm, Siegfriedstraße 8; Hauser, Sedanstr. 31; Püschel, Geylowstr. 9; Röll, Sponhofstr. 34. Der Vertrauensmann.

Dalensee. Die in Dalensee wohnenden Parteigenossen, welche keine Zeit haben, die Wahlzettel zur Gemeindevahl einzuschicken, werden ersucht, sich behufs Abgabe ihrer Adresse am Sonntag, den 29., Vormittags 11 Uhr, im Lokal von Franz Schieffer, Ringbahnstr. 116, einzufinden. Der Vertrauensmann.

Charlottenburg. Die Stadtverordneten-Versammlung beriet in ihrer Sitzung vom Mittwoch zunächst den Antrag des Magistrats betr. Vertheilung an der Ausbringung der Kosten des Mittel-Land-Kanals. Der Referent befragte die Annahme des von uns bereits mitgetheilten Antrages des Ausschusses, der auch allgemeine Zustimmung fand. Doch wurde auf Antrag Ströhrer an die Uebernahme der Gewähr für die Ausbringung von 1,7 Vst. die Bedingung geknüpft, den Stichkanal zu erweitern. Bürgermeister Matting und Stadtbaurath Bredischneider widersprachen dem Antrag Ströhrer, indem sie der Befürchtung Ausdruck gaben, daß durch die Annahme dieser Bedingungen das ganze Kanalprojekt gefährdet werden könnte. Das Ergebnis der Debatte war die Annahme des Antrags Ströhrer in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 23 Stimmen.

Sodann trat die Versammlung in die Berathung der Vorlage betreffend den Bau einer elektrischen Untergrundbahn. Der Antrag des Ausschusses ging dahin, den Magistrat zu ermächtigen, die städtischen Straßen nach Maßgabe der Vorlage zum Bau einer Unterpflasterbahn der Firma Siemens u. Halske zur Verfügung zu stellen und mit der Firma einen Vertrag abzuschließen, der nicht wie der vorliegende Entwurf als ein Nachtrag zu dem am 23. Juni 1896 abgeschlossenen Vertrage anzusehen sei, sondern mit diesem ein einheitliches Ganzes darstelle. Der Ausschuss hatte ferner beschlossen, die Firma beim Bau weiterer Unterpflasterbahnlinsen zu einer prozentualen Abgabe von dem Gewinne zu veranlassen. Ein weiterer Beschluß des Ausschusses, die Redaktion des Vertrages einem Ausschusse zu überweisen, wurde von dem Referenten nicht befohlen. Dagegen trat Stadtverordneter Dr. Jastrow für diesen Beschluß ein. Er und seine Freunde wünschten eine besondere Verantwortlichkeit des Schutzes der Handwerker und Arbeiter, die von der Gesellschaft bei dem geplanten Unternehmen werden beschäftigt werden. In diesem Sinne beantragte er, die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, zu erwägen, in wie weit Bestimmungen über den Schutz der bei dem Unternehmen beschäftigten Handwerker und Arbeiter in den Vertrag aufgenommen werden können. Stadtverordneter sprach sich gegen den Antrag aus, die Redaktion des Vertrages einem Ausschusse zu überweisen. Diese Versammlung solle vielmehr den Magistrat ersuchen, ihr einen fertigen Entwurf vorzulegen, und die etwa erforderliche Redaktion selbst vornehmen. Stadtverordneter sprach seine Zustimmung zu dem Antrage Jastrow aus, über den er sich um so mehr freute, als er die Hoffnung auf Annahme zulasse. Wäre der Antrag von seiner Seite gestellt worden, so würde er wahrscheinlich abgelehnt werden. Im Gegentheil zu Herrn Behr wandte sich Herr Hoppe gegen den Antrag Jastrow, der durch die staatliche Beschaffung bereits überholt sei. Die Versammlung ertheilte den Anträgen des Ausschusses die Zustimmung, lehnte jedoch den Antrag Jastrow in namentlicher Abstimmung mit 17 gegen 16 Stimmen ab. Der nächste Punkt der Tagesordnung, die Vorlage betreffend den Bau der beiden städtischen Lehranstalten am Sabingplatz wurde verlegt, ebenso die Vorlage betreffend die Errichtung von Schulklassen für Schiffertinder.

Die Untersuchung gegen den Mörder Basse in Charlottenburg, welcher am zweiten Weihnachtstage die Kellnerin Sidonie Herrmann erwürgte, ist bereits geschlossen; gegenwärtig wird die Anklageurkunde, die auf Mord lautet, ausgearbeitet. Von der Vertheidigung sind Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Basse erhoben worden.

Ein gebildeter Handwerkermeister. Recht bezeichnend für die Anschauungen unserer Herren Zunftmeister ist ein Ausspruch des stellvertretenden Obermeisters der Stiegliger Tischler-Zunft. In einem Vortrage über Fortbildungsschulen legte er die Wünsche der Meister über den weiteren Ausbau dieser Schulen dar. Vor allen Dingen, so erklärte er, wünsche man die Abschaffung eines Uebelstandes, der mehr sittlicher Natur sei. Das Jubiläum der Schüler werde für das Winterhalbjahr nummiert und dem Gemeindevorstand zur Anzeige gebracht. Zahl der Meister der Straße von 8 M. nicht, weil er an dem Jubiläum keine Schuld trage, so müsse der Lehrling seine Strafe „abkuppen“. Im Gefängnis komme er aber oft mit Menschen zusammen, die gekloppt hätten. Eine solche Verührung könne unmöglich erzieherisch wirken. Einige wohlgezielte Jagdhiebe würden hier von ungleich besserer Wirkung sein. Heiterkeit und Weisheit sollte diesen Worten in der Versammlung. Hierzu erscheint wohl jeder Kommentar überflüssig.

Der Kleinhandel wird durch die Bedrängnis, in der er sich überall befindet, zuweilen zu verzweifeltsten Maßnahmen getrieben. Gegen die Schädigung des Milchhandels durch die Kerzte hat am Dienstag der „Verein der Milchhändler von Schöneberg und Umgegend“ Stellung zu nehmen beschlossen. Es wurde von vielen Seiten erklärt, daß seitens der Kerzte bei Erkrankung kleiner Kinder in den meisten Fällen der Milch die Schuld beigemessen werde, sobald die Kerzte erkranken, daß die Milch von einem kleineren Händler bezogen werde. Hieraus werde dann stets eine der großen Milchfabriken empfohlen. (???) Ferner wurde beschlossen, an den Schöneberger Magistrat eine Petition zu richten, in der erneut um den Erlass eines Verbots des Auslassens beim Verkauf von Milch ersucht wird, wie dies auch in Rixdorf geschehen ist.

Treptow-Baumschulweg geht schon seit Langem nach besseren Verlehnungsverbindungen und hat — bis jetzt leider vergeblich — bei der im Zeichen des Verlehnens brennenden Eisenbahn-Direktion immerfort um das Halten sämtlicher Sonntagszüge petitionirt. Die Bahnverwaltung, die derartige Gesuche stets „aus betriebs-technischen Gründen“ abgelehnt hat, muß nun erleben, daß ihr von privater Seite mit gutem Beispiel vorangegangen wird. Die Radetzki-Gesellschaft will eine ständige Periodeverbesserung derart einrichten, daß man alle anderthalb Stunden für 20 Pf. entweder nach Bahnhof Rixdorf oder nach der ersten Haltestelle der elektrischen Bahn fahren kann. Der angelegte Preis erscheint etwas hoch, und wie wir meinen, daß 10 Pf. für die Fahrt auch genügen würden. Ob nun die private Konkurrenz die Eisenbahn-Direktion ansprechen wird, endlich ihrer Pflicht zu gedenken?

Aus Rixdorf. Ein bemerkenswerther Unglücksfall ereignete sich Donnerstag Vormittag in der 12. Stunde auf dem Grundstück Hermannstr. 206. Im zweiten Stockwerk des Seitensüßels wohnt dajelbst die Arbeiterfamilie Czarnotta. Der Mann ist krank und war zum Arzt gegangen, während die Frau sich nach der Krankenkasse begeben hatte, um Krankengeld abzuholen. Inzwischen waren die Kinder der Cz.schen Eheleute im Alter von 6 und 8 Jahren allein in der Wohnung. Das achtjährige Mädchen wollte Feuer im Herd machen, wobei ihr jedoch unglücklicherweise das brennende Streichholz auf das wolkene Hemd fiel, und im Moment stand das Kind in hellen Flammen. Auf das Hilfeschrei herbeieilende Nachbarn erstickten das Feuer, doch hatte das Mädchen schon am ganzen Körper so schwere Brandwunden erlitten, daß es kaum mit dem Leben davonkommen wird. Nach Anlegung von Koffverbänden wurde die Verletzte nach dem Prieger Kreis-Krankenhaus transportirt.

Die Gemeindevertretung von Zehlendorf hatte sich in ihrer vorgestrigen Sitzung mit dem Erlass einer Ordnung zur Erhebung von Frau- und Biersteuer zu befassen. Nach lebhafter Debatte wurde die vom Gemeindevorstande ausgearbeitete Ordnung mit unwesentlichen Änderungen angenommen. — Nachdem die staatliche Anerkennung des Prognymasiums erfolgt ist, hatte sich die Gemeindevertretung weiter mit dem Voranschlag für dasselbe zu beschäftigen. Hierzu wurde der Antrag gestellt, das Schulgeld für anwärtige Schüler zu erhöhen, doch fand dieser Antrag nicht die Billigung der Versammlung. Beschlossen wurde dagegen, Freistellen und Schulgeld-Ermäßigungen nur einheimischen Schülern zu gewähren. Das Kuratorium für das Prognymasium ist vom Provinzial-Schulkollegium beauftragt worden, der Voranschlag bedarf noch dessen Bestätigung. — Zur Pflasterung der Berliner Chaussee von der Gartenstraße bis zum östlichen Ausgange des Dorfes wurden 5500 M. bewilligt.

Unter der „Leutenoth“. Die „Staatsb. Jg.“ berichtet: Des Hungertodes gestorben ist in einer Schenke bei Steinhöfel nahe Fürstentum das unverschämte Dienstmädchen A. Das Mädchen war seit Oktober v. J. außer Stellung.

Ein Garde-Mann, der vorgestern einen mit Stroh hochbeladenen Wagen von Moabit nach Dalldorf fuhr, verunglückte auf eigenartige Weise. Der Wagen schlug nämlich in Dalldorf um, und der Mann wurde über eine Mauer in den Hof eines anstehenden Geschäfts geschleudert, wo er, aus einer tiefen Kopfwunde blutend, liegen blieb. Man brachte ihn nach Anlegung eines Koffverbandes nach Berlin in das Garnisonlazareth.

Aus der besten der Welten. Nahe beim Denkmal des Wendensfürsten auf der Schildhorupitze hatte seit einiger Zeit ein unglücklicher, mit der Welt zerfallener Mann unter einem Laubenschiff sein Lager aufgeschlagen; hier fand er sich allabendlich ein, um zu schlafen. Am Dienstag hat sich der Lebensmüde vor den Augen vorbeifahrender Schiffer von dem steilen Ufer in der Gattower See gestürzt und ist nicht wieder zum Vorschein gekommen.

Soziale Rechtspflege.

Aus dem Kellnerleben. Anfang Dezember eröffnete der Restaurateur Wischkan in der Straße An der Stadtbahn eine „Weihnachtsausstellung“, bei der natürlich das Restaurant nicht wenig bedeutete. Der Buffettier Ahlert erhielt von dem Geschäftsführer des Wirtshauses den Auftrag, etwa 12 Kellner zu engagieren. Ahlert überließ dies dem Kommissionshelfer. Der Agent suchte darauf mit einem ganzen Heer dienstfertiger Leute heran, und that so, als sei er in dem Restaurant zu Hause; zum Beispiel kommandierte er die mitgebrachten Kellner zu gewissen Vorbereitungen, die eigentlich den Buffettiers obgelegen hätten. Als Ahlert ihn darauf hinwies, daß er 22 statt 12 Kellner besorgt habe und daß so viel nicht beschäftigt werden könnten, meinte Mielke, Ahlert solle es nur gut sein lassen, die Leute wären fleißig und bekämen immer noch Arbeit. Die überzähligen 10 Kellner „drückten sich“ dann auch vom 2. bis zum 8. Dezember in und bei dem Lokal herum, ohne zu wissen, was denn eigentlich aus ihnen werden sollte, bis schließlich der Oberkellner feststellte, daß sie nicht beschäftigt werden könnten. Jetzt strengten die arg Enttäuschten beim Gewerbegericht eine Klage gegen Wischkan an. Sie verlangten eine Entschädigung für die Zeit vom 2. bis zum 8. Dezember und außerdem eine solche wegen unredlicher Entlassung. Vor der Kammer VI wandte der Beklagte ein, daß Mielke gar kein Recht gehabt habe, mehr als 12 Kellner zu engagieren. Wie die Verhandlung ergab, hat Mielke sogar einen Theil der Kellner auf seinen Namen bei der Krankenkasse angemeldet. Seine vorläufige Vermittlungsgelbst betrug 3 Mark. Der Oberkellner A. sprach als Zeuge die Ansicht aus, daß es Mielke nur um die Gebühr zu thun gewesen wäre. Der Agent sollte als Zeuge geladen werden; er war aber nicht zu ermitteln. — Die Kammer verurtheilte den Beklagten Wischkan, die Kläger für die Tage vom 2. bis zum 8. Dezember zu entschädigen, weil sie sich ihm während dieser Zeit, ohne daß er widersprach, zur Verfügung gehalten hätten. Die Verträge schwanken zwischen 15 und 22 M. Mit dem wegen unredlicher Entlassung ergehenden Mehranspruch wurden die Kläger abgewiesen. Gewerbegerichtspräsident bemerzte hierzu, diesen Anspruch könnten sie höchstens gegen Mielke geltend machen, da er mit ihrer Annahme seinen Auftrag eigenmächtig überschritten und sie in einen Irrthum verjagt habe.

Versammlungen.

Stadtkonferenz. In der am 16. Januar abgehaltenen Generalversammlung erhaltete zum 1. Punkt: Abrechnung vom IV. Quartal, R. O. R. B. als Revisor folgenden Bericht: Die Einnahme für die Hauptkasse betrug abzüglich einer Ausgabe von 21,70 M., 370,85 M. Der Bestand der Hilfskassen vom vorigen Quartal 110,46 M. Einnahmen 85,70 M., Beiträge in diesem Quartal 108,90 M. Sonstige Einnahmen 85,70 M., macht in Summa 300,06 M., die Ausgabe betrug 169,80 M., bleibt als Bilanzvermögen 220,26 M. In der Fortsetzung der Diskussion über den Verbandsrat kamen folgende Anträge zur Abstimmung: Der erste von Grünberg unterzeichnet, lautet folgendermaßen: Nach Bericht der Delegirten über den auf dem Verbandstag gezeichneten Modus zur Erhebung der Beiträge für den Streikfonds stellen die Berliner Kollegen den Antrag, gemäß der Berliner Konvention, in allen Filialen eine gleiche Beitragssteuer pro Woche festzusetzen, ebenso die gleiche Unterstufungshöhe durchzuführen. Der zweite Antrag lautet: „Die Berliner Kollegen protestiren entschieden dagegen, daß die Nr. 17 des Streikreglements in Geltung kommt und fordert den Hauptvorstand auf, diese Bestimmung entweder selbst oder durch Abstimmung zu streichen.“ Beide Anträge wurden einstimmig angenommen. Den streikenden Webern in Krefeld wurden 100 M. überwiesen.

Die freie Vereinigung selbständiger Barbier nahm in ihrer Sitzung am 16. Januar den Jahresbericht entgegen. Derselbe wies in Einnahme 311,37 M. und in Ausgabe 209,09 M. auf. Der Arbeitsnachweis hatte im letzten Quartal eine Einnahme von 85,45 M. und eine Ausgabe von 45,60 M. Zur Verpredung kam sodann die Veränderung in der Krankenkasse, deren Sitz nach Köln verlegt worden ist. Das Eintrittsgeld in den Verein wurde von 0,75 M. auf 1,50 M. erhöht.

Der Textilarbeiter-Verband (Filiale II) beschäftigte sich in der Versammlung am 17. Januar mit der Regelung einiger geschäftlicher Angelegenheiten. Die Abrechnung wurde von der Versammlung ohne Anstößigkeiten entgegen genommen. Den Arbeitsnachweis nahmen im letzten Quartal 100 Personen in Anspruch. 58 Arbeitssuchende erhielten Stellung. Angebote von Arbeitgebern waren 122 vorhanden, 60 in Berlin, 32 von außerhalb. Bei der Rennwahl des Vorstandes wurde Wille zum 2. Vorsitzenden, Schütz zum Kassierer und Falke zum Schriftführer gewählt.

Die Stickerarbeiter tagten am 19. Januar bei Keller, Koppenstraße 20. Nachdem die Anwesenden die verstorbenen Mitglieder Kober und Winkel durch Erheben von den Vätern geehrt, wurde an Stelle Steinicke's Cifler zum Schriftführer gewählt.

Hierauf referirte Genosse Link über die Ausgaben der Gewerkschaften. Redner wies die Anschuldigungen gewisser bürgerlicher Kreise und Zeitungen, als wären die Gewerkschaften (nur Streikvereine, entschieden zurück. Im Gegentheil, führte er an, betrachten die Gewerkschaften es als ihre erste Aufgabe, ihre Mitglieder auf ein höheres geistiges und sittliches Niveau zu heben und in desommern Weise bei günstiger Konjunktur die Vorteile für die Arbeiter herbeizuführen, hingegen bei schlechtem Geschäftsgang die drohende Verelendung der Existenz nach Möglichkeit abzuwehren. Lambert gab dann den Bericht über den Ludwigischen Streik. Eine lebhaft debattirte er sich über das Verhalten einzelner Kollegen in der Gewerkschaften, wobei einige der Vorwurf traf, nicht mit der Mehrzahl solidarisch gehandelt zu haben. Im dem späterhin vorzubringen, wurde folgende Resolution vorgeschlagen und angenommen:

„In Erwägung, daß bei mangelnder Arbeit einzelne Arbeiter durch Entlassung schwer geschädigt werden, daß es hingegen vielfach möglich ist, durch vorübergehende Verkürzung der Arbeitszeit oder anderweitige Eintheilung der Arbeit die betreffenden Kollegen in ihrer Arbeit zu erhalten, spricht die heutige Versammlung die Erwartung aus, daß in Zukunft diese Taktik strikte befolgt wird.“

Zum Schluß machte der Vorsitzende auf den am 11. Februar stattfindenden Maskenball aufmerksam.

Der Zentralverein der Bureau-Angestellten hielt am 19. d. M. eine Versammlung ab. In derselben referirte Herr Brille über: „Die Kunst im Dienste der Volksbewegung.“ Der Vortrag fand allgemeinen Beifall. Der Bericht über den Arbeitsnachweis zeitigte, mit Rücksicht auf sein halbjähriges Bestehen, ein

ziemlich erfreuliches Resultat. Nachdem noch die Bibliotheks-Kommission Bericht erstattet hatte und verschiedene Internas erliebig waren, erfolgte Schluss der Versammlung. Gleichzeitig sei an dieser Stelle noch bemerkt, daß die Vorlesungen über das Bürgerliche Gesetzbuch am Sonntag, den 20. d. M., Vormittags 9 1/2 Uhr präzis beginnen und jeden Sonntag fortgesetzt werden, und zwar in der Aula des Friedrich-Realgymnasiums, Albrechtstraße.

Die freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen beschäftigte sich am 20. Januar mit der Regelung geschäftlicher Angelegenheiten. Der Kassierbericht weist im letzten Quartal 84,95 M. Einnahmen und 68,45 M. Ausgaben auf. Vom Weihnachts-Vergütigen ist ein Ueberschuß von 25 M. zu verzeichnen. Zum Schluss wurde auf die Versammlung, die am 27. Januar im Englischen Garten stattfindet, hingewiesen.

Der Verband der Tapezierer (Hilfsale Nord) nahm in seiner letzten Versammlung den Bericht des Vorstandes entgegen. Danach haben im vergangenen Quartal 7 Versammlungen und 6 Sitzungen der Ortsverwaltung stattgefunden. Gegenwärtig beträgt die Mitgliederzahl 834. Der Kassenbestand beziffert sich auf 403,24 M. Es wurden vereinnahmt 382,35 M., ferner 279,35 M. örtliche Beiträge; die Ausgabe betrug 148,06 M. Die Jahresrechnung beläuft sich auf 929,27 M. und die Ausgabe auf 612,03 M. Die Rentwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Pape und Wolff, Bevollmächtigte; Mooslopp und Müller, Kassierer; Girsch, Schriftführer; Warklow und Feul, Revisoren. Der Bevollmächtigte macht darauf aufmerksam, daß die Tapezierer in Dortmund streiken. Am 12. Februar veranstaltet der Verband bei Grindel einen Familienabend.

Zentralverband der Maurer. Die Jahrsliste IV. Branche der Zementierer, hatte am 22. Januar ihre erste Versammlung anberaumt. Zunächst wurden die Wahlen vollzogen. Gewählt wurden: zu Bevollmächtigten Heidemann und Brandt, zu Kassieren Hinton und Haeje, zum Schriftführer Kliege. Für die Brandenburger Konferenz entsendet die Jahrsliste Karl Kliege als Delegierten. Die Mitgliederzahl ist von 82 auf 123 gestiegen. Zur Morgenprache wurde das Lokal von Schiller, Rosenthalerstraße 57, bestimmt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am 22. Januar seine Generalversammlung ab. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden an die Mitglieder, auch in diesem Jahre recht thätig für den Verein zu sein, gab der Kassier August Dietrich den Kassenbericht vom IV. Quartal 1898. Nach einer kurzen Diskussion folgte der Bericht des Bibliothekars. Danach wurden in der Zeit vom 5. Juli 1898 bis 20. Januar 1899 38 Bücher von der Bibliothek entnommen, und beläuft sich der Kassenbestand auf 20,10 M. Derselbe weist in Einnahme 2991,31 M. und in Ausgabe 2316,49 M. auf. Mit einem alten Bestand verfügt der Verein über 3270,99 M. Die Jahresabrechnung gleicht in Einnahme 9003,76 M. und in Ausgabe 7169,30 M. an. Die Mitgliederzahl beträgt 2554. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit dieser Abrechnung bestätigt, wurde Claud, Gipsstr. 16, wieder zum Bibliothekar gewählt. Nunmehr schritt man zur Wahl sämtlicher Hilfskassierer; aus derselben gingen hervor: Für den Norden: Carl Löwenstein, Oranienburger Vorstadt; August Löwenstein, Wedding; Richard Moabit; Grüner, Westen; Kappel, Süden; Heiderich, Süd-Ost; Dittmann, Ost; Wöhlke, Nord-Ost; Karge, Friedrichsberg; Schaale, Friedrichsfelde; Kobigki, Weißensee; Schilling, Pantow; Niederhöfenhausen; Rippler, Charlottenburg; Albrecht, Rigdorf; Berndt, Kowalew; Schulz.

Die Nordmacher besprachen am Montag, den 23. d. M., die in ihrem Gewerbe zu errichtende Zwangs-Vereinigung. Der Referent Robs vertrat den Standpunkt, man möge sich an den Wahlen zu dem Gesellenausschuß und Schiedsgericht beteiligen. Die Diskussion bewegte sich in zustimmendem Sinne. Nach Bekanntgabe der Abrechnung gelangten die Verstatistiker bei Hofmann, Bräudenstr. 18, und Robert Schmidt, Krautstraße, zur Besprechung. Es wird empfohlen, man möge sich in nächster Versammlung mit der Arbeitszeit im Beruf beschäftigen, da in nächster Zeit wieder eine Kommission Gesellschafter vergeben werde.

Die Maurer der lokalen Richtung hatten am Dienstag eine öffentliche Versammlung bei Siebert, Andreasstraße, einberufen, in der der Reichstags-Abgeordnete Seifert, Waidan über: „Sozialpolitische Fragen unserer Zeit“ referierte. In eingehender Weise erörterte der Redner die Einrichtungen und Wirkungen der sozialen Gesetzgebung und wies nach, daß es mit der, von der herrschenden Klasse so sehr gerühmten Arbeiterfürsorge auch in Deutschland sehr schlecht bestellt ist, daß die ganze sogenannte Sozialreform, mit der man die Arbeiter der Sozialdemokratie abwendig zu machen glaubte, in allen Zweigen völlig unzulänglich ist und besonders deshalb, weil man angeblich für diesen Zweck wie für alle anderen Kulturaufgaben keine Mittel zur Verfügung hat, während andererseits die Ausgaben für den Militarismus fortwährend um viele Millionen gesteigert werden. Der 12stündige interessante Vortrag, in dem der Redner noch auf die geplante Beschränkung des Koalitionsrechts hinwies, die große Bedeutung der Presse hervorhob und zum festen Zusammenschluß in der Organisation aufforderte, wurde von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Im Anschluß hieran beleuchtete die Rede die Notwendigkeit der obligatorischen Errichtung von Gewerbegerichten, wobei er gleichzeitig an einige dramatische Beispiele erinnerte, die in letzter Zeit von ordentlichen Gerichten auch ohne Richterhaus-Gesetz gefällt wurden. Later leitete die mangelhafte Beaufsichtigung der Unfallverhütungsmittel und weist darauf hin, daß bei dem Bau der Hochbahn in der Salpeterminerale genügende Schutzvorrichtungen nicht vorhanden seien und die dortselbst beschäftigten Arbeiter bei dem Hantieren der schweren Eisenstücke ständig der Gefahr ausgesetzt sind, zwei Stod hoch abzufrühen und von den schweren Eisenballen zum Krüppel geschlagen zu werden.

Dem nächsten Punkt der Tagesordnung schildert Later die Ursachen des Ausstandes in der Druckeret des „Berliner Lokal-Anzeiger“, wobei er das Verhalten der im Verbands organisierten Buchdrucker, weil sie den bekannten Reders unterschrieben haben, um nur in dieser Offizin beschäftigt zu werden und nach den eigenen Angaben sogar 14 bis 18 Stunden arbeiteten, einer herben Kritik unterzog. Es gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme, in der die Versammlung das Vorgehen des Herrn Scherl, Inhaber des „Berliner Lokal-Anzeiger“ auf das Entschiedenste verurteilt, aber auch das Verhalten der Buchdrucker mißbilligt. Des Weiteren verpflichten sich die Versammelten dahin zu wirken, daß der „Lokal-Anzeiger“ in Arbeiterkreisen keine Verbreitung mehr findet. Bekannt gegeben wurde, daß der Termin zur Abkündigung der Sammelkarten mit dem Schlüsselfempel am nächsten Sonnabend, den 23. Januar abläuft. Das Sammeln zum Fonds beginnt mit der nächsten Woche und sind die Listen für die neuen Sammelkarten in allen Jahrestellen zu haben. Ferner wurde mitgeteilt, daß am Sonntag, den 29. Januar, bei Cohn, Weichstr., eine Mitglieder-Versammlung der Krankenkasse „Gesundheit zur Einigkeit“ und am 5. Februar im Englischen Garten eine Versammlung der Bauhandwerker-Krankenkasse stattfinden und zur regen Beteiligung eingeladen.

Die Puger hielten am Mittwoch bei Cohn, Weichstr., eine öffentliche Versammlung ab, in der über die Gestaltung der Lohnbewegung in diesem Jahre diskutiert wurde. Nach dem einleitenden Referat von Aug. Dähme, der eine eingehende Schilderung von den früheren und jetzigen Zuständen im Baugewerbe gab, sind bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Puger seit Bestehen dieser Spezialbranche ganz erhebliche Schwankungen zu verzeichnen. Immer noch den jeweiligen guten oder schlechten Organisationsverhältnissen, gestalteten sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen, wobei allerdings auch die Geschäftskonjunktur ihren Einfluß ausübte. Der Redner schilderte sodann den Verlauf der Lohnbewegung im verfloffenen Jahre, deren Resultat er als nicht zufriedenstellend

bezeichnete. Allerdings werde der geforderte Lohn von 7 M. täglich, allgemein bezahlt, sowie die wöchentliche Lohnauszahlung des Sonnabends, abgesehen von etwaigen wenigen Ausnahmen, innegehalten. Auch die neunständige Arbeitszeit ist als feststehend zu betrachten und die Ueberstundenarbeit kann mit Leichtigkeit vermieden werden, wenn es die in Betracht kommenden Puger an der notwendigen Energie und dem guten Willen, die Ueberstundenarbeit zu befeitigen, nicht fehlen lassen. Aber andererseits ist es nicht gelungen, den geforderten Marktpreis aufrecht zu erhalten, beziehungsweise durchzuführen, so daß nach wie vor die gegenseitigen Unterbietungen bei der Annahme von Arbeiten vorherrschen. Auch die Durchführung einer der Hauptforderungen, Beseitigung der Pugermeister, war nicht möglich, da sich für diejenigen, die dieses Zwischenmeistergewerbe aufgaben, wieder andere gefunden haben, die dem Unternehmer Rüstungen u. s. w. liefern. Der Redner kommt zu dem Schluss, daß eine andere Taktik als bisher in der Bewegung der Puger Platz greifen müsse, um bessere Zustände herbeizuführen. Die weiteren Ausführungen und die diesbezüglichen Vorschläge des Referenten sind in nachfolgender Resolution zusammengefaßt. In der hierauf folgenden längeren Diskussion, an der sich unter anderem Dietrich, Irmer, Lenner, Kempfuhl, Fr. Schulz und Silberchmidt beteiligten, äußerten sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden. Sie hält es angeht die Puger, die Vorklage und des Zusammenstufes aller Arbeitgeber Berlins zu einem Arbeitgeber-Verband, sowie angeht die schwereren Bestrafungen, welche diejenigen Kollegen treffen, welche die Sämnigen auf den Bauten an ihre Pflichten mahnen, für unumgänglich notwendig, daß sofort alle Kollegen, welche sich mit Pugarbeiten beschäftigen, dem Verband der Maurer Deutschlands, Jahrsliste Berlin I (Puger) beitreten, und daß seitens dieser Organisation in Zukunft energisch die Rechte der Kollegen vertreten werden. Zur Organisation sind alle diejenigen Kollegen zugelassen, welche sich verpflichten, nicht unter 7 M. pro Tag bei wöchentlichem Lohnzahlung zu arbeiten, die 9stündige Arbeitszeit innehalten und den Lohn dementsprechend vereinbaren. Allediejenigen, welche Rüstung liefern, auf Mätern arbeiten oder sich weigern, den Kollegen den Vertrag oder die abgeschlossenen Arbeitsbedingungen mitzutheilen, oder Progenie beziehen, sind als Unternehmern zu betrachten und demgemäß zu behandeln. — Die Lohnkommission wird beauftragt, entsprechend obigen Beschlüssen, weitere Vorschläge für die Lohnbewegung zu machen.

Als Delegierter der Puger zu dem in nächster Zeit stattfindenden Bauarbeiter-Kongress wurde mit großer Majorität Aug. Dähme gewählt. Nachdem Dietrich noch über den Verlauf der verschiedenen Differenzen auf den einzelnen Bauten, welche die Lohnkommission beschäftigten, Bericht erstattet hatte, erfolgte der Schluss der Versammlung.

Die Handels-Hilfsarbeiter setzten am 24. Januar die Debatte über die Einigung beider Organisationen fort. Zunächst wurde ein Antrag des Vorstandes, erst den Bericht der Statuten-Kommission entgegenzunehmen, angenommen. Darsüber erstattete Rein Bericht. Redner gab einen kurzen Uebersicht über die Einigungskongress vom 11. Dezember. Die Statuten seien von der Kommission sorgfältig geprüft und alles eingehend erörtert worden, damit man bei dem Kongress auch klipp und klar dasstehe und die in die Wege geleitete Einigungsfrage der Organisation zum Besten gereichen möge. Kräder ist der Meinung, daß eine derartige Belämpfung unmöglich weiter gehen kann, und erucht, den Kongress zu beschiden, um dort die Bedingungen zu stellen. Straube empfiehlt, den Kongress von beiden Theilen gleichmäßig zu beschiden. Nachdem sich noch einige Redner für und gegen eine Einigung gewandt, werden die beiden Resolutionen von Alboldt und Lihes noch einmal verlesen und ergab die Abstimmung die Annahme der Resolution Alboldts mit allen gegen 2 Stimmen. Die Resolution lautet: Die Generalversammlung der Berliner Organisation erklärt sich mit Haltung und Thätigkeit ihrer Mitglieder auf der Konferenz vom 11. Dez. 1898 einverstanden und vertritt, auf Grund der nun einmal bestehenden Verhältnisse mit aller Energie dahin wirken zu wollen, daß in kürzester Zeit, spätestens am 1. Juli 1899, eine Verschmelzung sämtlicher im Handels-, Transport- und Verkehrsgebiete bestehenden Organisationen Deutschlands zu Stande kommt. Um nun diesen Zweck zu erreichen, ist es nothwendig, daß auch der jetzige bestehende Zentralverband unseres Berufes resp. dessen Organe den lokal-organisierten Kollegen in jeder Weise fentgegenkommt; vor allen Dingen müssen, und zwar unter allen Umständen, den größeren Organisationen (Jahrslisten) die weitgehendste Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit gewährleistet werden. An das seit vielen Jahren in der Berliner Vereinigung zum Wohle ihrer Mitglieder bestehende Unterstützungsweesen, gleichviel welcher Art, darf nicht gerüttelt werden, eventuell kann eine Erweiterung erfolgen. Das Vermögen sowie Bibliothek des Verbandes aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter verbleibt als dauerndes Eigentum im Besitz der Berliner Vereinigung (Ortsverwaltung) und darf an die Hauptmasse des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands nicht ausgeliefert werden. Die Berliner Organisation ist demzufolge damit einverstanden, daß zu Ostern 1899 beidseits Einigung beider Gruppen ein gemeinsamer Kongress mit den Zentralorganisierten Kollegen stattfindet und beauftragt den Berliner Vertrauensmann, zwecks Vornahme der Delegiertenwahlen und Aussprache über die einzelnen Punkte der Tagesordnung dieses Kongresses, baldmöglichst eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Der Vertrauensmann für Deutschland wird ebenfalls beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die in der heutigen sowie in späteren Versammlungen angenommenen Resolutionen, Anträge und Wünsche der Mitglieder, gleichviel, ob dieselben für das Statut bestimmt sind oder nicht, in den beiden Organen, dem „Handels-Hilfsarbeiter“ und „Kourier“, zum Abdruck gebracht werden.

Friedrichsberg. In der hier am 17. Januar abgehaltenen Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins sprach Genosse Kiesel über das Thema: Friedrich Schiller, ein deutscher Dichter. Ueber den mit Beifall aufgenommenen Vortrag wurde eine Diskussion nicht beliebt. Nach der Abrechnung vom IV. Quartal hatte der Verein eine Einnahme von 45,60 M. und eine Ausgabe von 19 M., sodas inclusive der Ueberträge von den vorigen 3 Quartalen im Betrage von 94 M. ein Bestand von 120,60 M. verbleibt. Ein Antrag des Vorstandes, die seiner Zeit an Kopp veräußerte Bibliothek, wenn möglich, wieder für den Verein zu erwerben, wurde angenommen. Die Bücher sollen im Restaurant von Bernhard Lange, Wartenbergstraße, aufgestellt werden und findet Wächerwechsel Montags Abends von 8—10 Uhr statt. Als Bibliothekar wurde Liepe gewählt. Des Ferneren fand der Antrag, den Arbeiter-Bildungsverein in: Sozialdemokratischer Wahlverein für Lichtenberg-Friedrichsberg umzutauschen, einstimmige Annahme, in der Voraussetzung, daß für den Verein infolge der bestimmteren Betonung seiner Thätigkeit unliebsame Verwechslung mit anderen sogenannten Bildungsvereinen am Orte vermieden werden.

Vermischtes.

Ueber einen großen Scandalprozess, an dem auch viele Elberfelder beteiligt sind, berichtet die „Elberf. Ztg.“: Unter dem dringenden Verdacht, junge Leute vom Militärdienst durch allerlei Manipulationen befreit zu haben, wurde vor einigen Wochen der in der Wondelstraße in Köln wohnende Kaufmann Otto Straußberg auf Requisition der Staatsanwaltschaft zu Elberfeld verhaftet und hierher gebracht. In derselben Affäre ist auch der Witz Lustig B. zu Holz vor den Untersuchungsrichter zu Elberfeld geladen und verhaftet worden. Freitag nun wurde ebenfalls auf Requisition der Elberfelder Staatsanwaltschaft ein Kölner Arzt, der in der Poststraße wohnende Dr. A. Aug. Ziel, unter dem Verdachte der Verschleife zu dem Verbrechen aus § 141 und 143 des Strafgesetzbuches (Versuch der Befreiung vom Militärdienst) festgenommen.

Der Verhaftete ist Spezialarzt für Gicht und rheumatische Leiden. Auch er sitzt bereits in Elberfeld hinter Schloß und Riegel.

In Hamburg hat am 24. ds. Mts. der Maurergeselle Oertel, der seit Jahren in Verhättniß mit der verheirateten Beherbergerin Garm unterhielt, in einer Wirtshaus seine Geliebte durch einen Revolveranschlag getödtet und sich sodann selbst durch einen Schuß eine tödtliche Verletzung beigebracht. Die Garm hatte ihrem Geliebten den Abschied geben wollen.

In der Nacht zum 20. ds. Mts. besuchte der Eigentümersohn Klatt aus Schneidemühlchen im Kreise Pilsene seine Schwester aus Borwert Schneidemühlchen. Auf dem Rückwege ist Klatt, der „Ost. Presse“ zufolge, durch einen Schuß durch Arm und Brust getödtet worden. Der Vater fand seinen Sohn am nächsten Morgen als Leiche auf dem besagten Wege vor.

Die Braunschweiger Kriminalpolizei hat den Wärschen, der auf der Steinhörpromeade eine Dame gestochen hatte, in der Person des Sattlers Karl Römer aus Holzwickede, Kreis Hörde in Westfalen, dingfest gemacht. Auf die Spur des Thäters wurde die Polizei durch ein junges Mädchen gelenkt, das von R. mit Liebesanträgen behelligt wurde, und als es sich ablehnend verhielt, einen Drohbrief mit der Aufforderung empfing, daß ihm R. den Leib aufschlitten werde. Die Bedrohte erstattete Anzeige, und der Polizei gelang es, den Briefschreiber festzunehmen. Es wurde festgestellt, daß die Ueberfallene mit dem bedrohten Mädchen eine auflösende Bekanntschaft besitzt, und ferner bezeichnete bei einer Gegenüberstellung die Ueberfallene den Römer bestimmt als den Thäter.

Benzin-Explosion. In dem zu ebener Erde gelegenen Probierraum der Gasölfabrik von Böhm, Person u. Potenthal in Wien, welche sich in einem neu erbauten Hause des vierten Bezirks befindet, fand eine Benzin-Explosion statt. Drei Personen wurden getödtet, der Probierraum ist gänzlich demolirt, im ganzen Hause sind die Fenster gesprungen. Der entstandene Brand konnte bald gelöscht werden. Die Ursache der Explosion ist nicht bekannt.

In der Nacht zum 26. Januar brannte in M. Gladbach das große Lapeten-, Linoleum- und Parquetgeschäft von Wilhelm Brader ab. Sämtliche Vorräthe wurden zerstört, der Schaden ist bedeutend.

Der internationale Eisenbahnzug Ostende—Wien entgleiste Mittwoch Nachmittag auf dem Bahnhof Verschem bei Brüssel. Die Lokomotive und zwei Wagen kamen aus dem Geleise. Der Lokomotivführer, der Heizer sowie einige Reisende erlitten leichte Verletzungen.

In Paris ist der Romanschriftsteller und dramatische Dichter Adolphe Demery im Alter von 88 Jahren gestorben. Nachdem er Maler und Journalist gewesen, wandte er sich 1831 der dramatischen Dichtung zu, auf welchem Gebiet er eine ungemeine Fruchtbarkeit entwickelte. Theils allein, theils mit anderen Dramatikern schrieb er eine große Zahl von Volksstücken, Lustspielen, Vaudevilles u. c., von denen mehrere auch ins Deutsche übersezt wurden, so „Ranchon, das Leiermädchen“, „Marie Anne, eine Mutter aus dem Volke“.

In Mexiko fand Dienstag Nachmittag ein Erdbeben statt, durch welches eine größere Anzahl Häuser beschädigt wurde; mehrere sind ganz eingestürzt. Viele Personen sind verletzt.

Admiral-Zigaretten. Herr v. Koscielski hat, wie die „Berl. N. Nachr.“ melden, das am Markt zu Mikolaw belagene Kaplan'sche Grundstück für 32 000 M. erworben und errichtet darauf in Gemeinschaft mit den Herren Smobilowitsch-Breslau und v. Janbrzycki-Mikolaw eine mit den modernsten Einrichtungen versehene Zigarettenfabrik.

Die Tochter der Lola Montez. In New-Orleans starb im größten Glend die 70jährige Frau Alice Deuwez, die infolge zahlloser Entbehrungen zu einem wahren Skelet abgemagert war. Sie war die einzige Tochter der Lola Montez, jener „berühmten“ Tänzerin, deren Name einst die ganze Welt erfüllte, als sie durch ihre Extravaganzen ihren Liebhaber, den König Ludwig von Bayern, um den Thron brachte.

In Wladon, Northumberland, ist ein alter Mann gestorben, welcher 130 lebende Nachkommen hinterlassen hat. Er hatte 5 Söhne, 2 Töchter, 60 Enkelkinder und 69 Urenkelkinder.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

Kirche. Um Ihre Fragen zu beantworten, müssen wir einen langen Artikel schreiben. Falls die Angelegenheit für Sie von großer Wichtigkeit ist, so sollten Sie z. B. in der Städtischen Bibliothek in der Mohrenstr. 41 das statistische Jahrbuch der Stadt Berlin nachschlagen, das Ihnen zum großen Theil die nöthigen Daten liefern wird.

N. 2. Hat der Monat 31 Tage, muß er so lange auch sein.

S. 31. Die Adresse ist: Lindenstr. 44.

Kenntnisstest. Inss. Oesterreich noch nicht 1000.

S. 7. Kirchhain. Wenden Sie sich an Dr. Friedberg, Bräudenstr. 10 a.

N. M. 80. Sie erhalten nähere Auskunft im Arbeitsnachweis der Metallarbeiter, Amneststraße 39.

Balkender. Es liegt im Ermessen des Richters, ob er einen solchen Kontrakt für zulässig hält. Beschränkt kann der Kontraktbruch nicht werden, wohl aber kann vom Fabrikanten eine Konventionalstrafe, wenn sie im Kontrakt anbedungen ist, eingefordert werden.

G. S. R. 3a. — **P. S. 100.** 1. Rein. 2. Vier Jahre. — **J. S.** Der Securiteit hat die vollen Kosten zu tragen. — **G. S. 3.** Dagegen läßt sich nichts thun. — **J. S. 3.** Brechov. 1. Von dem Zeitpunkt der Theilzahlung an läuft eine neue Verjährungsfrist. 2. Ja, nicht aber wenn die Waare für den Gewerbetreibenden des Betreffenden geliefert ist. — **S. G. 47.** Ja. — **W. C. 42.** Ja. — **M. 1.** Entschieden entgültig. — **S. Z. 444.** Nein. — **F. S. 1.** Polizeiverordn. — **G. S. 1.** Rein. 2. Sie müssen die Entlassungsurkunde beim Amtsgericht I hier abgeben. — **J. G. 99.** Berlin. Ja. — **Lafalle 57.** Es gilt hier an sich schon gesetzlich Gütertrennung.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 18. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Jnes Andruske. — Die Holzspielwaren-Industrie im oberen Erzgebirge. Von Emil Rosenau. — Kolonien. Von H. D. Albrecht. — Kolonien: Das Parteiprogramm und seine Bedeutung. Von Max Pettkou. Die neue Ueberbrückung der Stromschnellen des Niagara. Von J. R. Grunpe. Staatshilfe für die Baumwollplantagenbesitzer in Japan. — Genikotou: Aesthetische Strafsache. Von Franz Weising. (Fortsetzung.)

„Zuiddeutscher Postillon“, Nr. 2, Preis 10 Pf. (Verlag W. Cohn, München). Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aus unireim gottischen Kalender II (Hofrath Kademann) (Münch.). Die Soubas im Reichstag (Illustration). Vor dem Gesetze sind Alle gleich (Münch.). Ausländische Satire (Münch.). Köcker's Triumphzug. Briefe aus Sachien. Uebermann mit der weichen Wehe. Ein Wenzelstreuand (Erzählung). „Mit noode Postillon!“ (Eine Hamburger Skizze). Wie man Anarchisten fängt. Kante. Gedanken eines arbeitslosen Philosophen. Aphorismen a. i. w.

Die nächste Nummer (3) trägt den Charakter einer Fachzeitschrift und wird textlich wie illustrativ besonders reich ausgestattet sein.

Witterungsüberblick vom 26. Januar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand um	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Wetter	Stationen	Barometer hand um	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Wetter
Siebmünde	781 SB	1 heiter	—5	Daparunda	763 SW	—wolfig	—5		
Hamburg	781 ND	1 Nebel	—3	Betersburg	764 SB	4 bedeckt	—1		
Berlin	780 ND	3 wolkenl.	—3	Cort	778 SW	6 wolfig	—7		
Wiesbaden	774 ND	4 3/4 bed.	—0	Aberdeen	780 SW	2 heiter	—2		
München	789 S	5 bedekt	—0	Paris	773 S	3 3/4 bed.	—2		
Wien	773 SW	2 bedekt	1						

Wetter-Prognose für Freitag, den 27. Januar 1899. Theils heiter, theils wolfig. Nachts ziemlich starker Frost, am Tage etwas mäßiger bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Versammlungen.

Der Bund der Landwirthe versteht sich besammllich ausgegnet auf das Bauernweingarten. Das er es, wenn die Gelegen- heit sich bietet, auch nicht verknüpfte, den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand zu fördern und vor seinen Wogen zu krammen, das zeigte sich in einer Versammlung, die der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden am Mittwoch in den Armin-Hallen abhielt. Der Vorsitzende dieses Bundes, Kommerzienrath Lissauer, ein Mann, der als Inhaber eines großen Geschäftsbaues ein Vermögen erworben hat und jetzt keine Ruhezeit als Führer des kaufmännischen Mittelstandes im Kampfe gegen die Waarenhäuser verwendet, trat in seinem Referat für scharfe Besteuerung der Bazare ein und bezeichnete die Resolution, die der Stadtrat zu dieser Sache angenommen hat, als gänzlich unzureichend. Nun trat der Vorstand des Bundes der Landwirthe, vertreten durch die Herren v. Wangen- heim, Dr. Köhde und Diederich Hahn für den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand in die Schranken. Die Vertreter des ostelbischen Agrarierthums erklärten in längeren Reden, daß die Bestrebungen des Bundes der Landwirthe und des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden etwas Gemeinsames hätten, indem beide sich gegen die Umschlingung des Großkapitals wehren, und daß sie, die Vertreter des Bundes der Landwirthe, mit Vergnügen auch die Vertretung der Bestrebungen der Handel- und Gewerbetreibenden im Reichstag und Landtag übernehmen würden. Der Zentrums-Abgeordnete Henze stellte sich der Versammlung gleichfalls als Mittelstandskritiker und Befürworter der Waarenhausbekämpfung vor. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Versammlung über die in der Thronrede verheißene Besteuerung der Waarenhäuser ihre Freude ausdrückt und die Erwartung ausdrückt, die Staatsregierung möge baldigst einen den Wünschen der Handel- und Gewerbetreibenden entsprechenden Gesetzesentwurf einbringen.

Das Verhalten der Metall-Industriellen den Abmachungen gegenüber, welche das Einigungsamt des Gewerbegerichts bei Beendigung des letzten Formerkriegs getroffen hat und welche von beiden Seiten unterschrieben sind, beschäftigte am Dienstag Abend eine zahlreich besuchte Formerverammlung in Raabe's Salon, Kolbergerstraße. Plath führte aus: Was die augenblickliche Lage der Forme anbetreffte, so habe es den Anschein, als sollen die Beschlässe der „Arbeitsnachweis-Kommission“ der Fabrikanten in Leipzig jetzt auf das strikteste durchgeführt werden, indem „Agitatoren“ und „Inbottmänner“ mit der Hungerpeitsche zur Reize gebracht werden müssen. Ihm, Plath, sei vor Kurzem ein Schein zur Arbeit ausgeschrieben worden; im Bureau der Künsmänner jedoch, an welches er sich wenden mußte, habe man ihm die Befähigung zur Arbeit verweigert. Am Gewerbegericht, an das er sich wandte, wurde ihm die Mitteilung, daß hier wohl kaum etwas zu machen sei, jedoch möge er sich noch einmal schriftlich an das Gericht wenden, was auch geschehen ist. Eine Antwort ist bis heute nicht erfolgt. Bei Beendigung des letzten Streiks bei der Firma Grunauer vor dem Gewerbegericht — das als Einigungsamt fungierte — wurde seitens der Unternehmer die Erklärung abgegeben, daß Maßnahmen nicht statifinden und daß für poröse Gußstücke, sofern der Forme an deren Porosität schuldlos ist, der Lohn bezahlt werden soll. Kummehr hat man eine Laskit eingeschlagen, die mit der Maßregelung vollauf sich deckt. Wohl werden poröse Gußstücke bezahlt, doch werden diejenigen, die Bezahlung verlangen, in der Regel entlassen. Redner resumirt, daß mehr denn je allerorts für eine kräftige Organisation gefordert werden müsse, wolle man das Errungene und seit Jahren Verheißene nicht durch einen Gewaltstreik der Fabrikanten mit einem Male verlieren. Die animierte Diskussion, an der sich ein großer Theil der Anwesenden beteiligte, legte dafür Zeugnis ab, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse für Forme in letzter Zeit sich bedeutend verschlechtert haben, so daß ein planmäßiges Vorgehen für Ausschaffung der Mißstände absolut angezeigt erseheine. Eine umfangreiche Debatte entpann sich über die Differenzen bei der Firma Wolter, Müllerstraße 13. Seitens der Kommission, die mit dem Fabrikanten verhandelte, wird berichtet, daß es sich um eine Ausperrung nicht handele, vielmehr um indirekte Maßregelung. Für ein poröses Gußstück wurde am Sonnabend von vier Formern Bezahlung verlangt, nachdem der Meister eine diesbezügliche Frage an Betreffende gerichtet. Kurz nachdem kam die Erklärung seitens der Firma, daß nichts bezahlt werde, worauf in einer Sitzung die Kollegen der betreffenden Firma sich dahin aussprachen, bei Nichtbezahlung des

beauftragten Stüdes sich solidarisch zu erklären und sammt und sonders in den Ausstand zu treten. Sonderbarerweise wurde am kommenden Montag seitens des Meisters erklärt, daß nur ruhig weiter gearbeitet werden möge, es solle auch die beauftragte Zahlung erfolgen.

Der Ausstand ist also jetzt verhüet, jedoch operire man gegen die Unlieb samen so, daß man ihnen Arbeiten zuweise, an denen drei Forme und ein Lehrling in 2 Tagen etwa 9 M. verdienen.

Räther und Müller ergänzen die Ausführungen der Vorredner nach den verschiedenen Richtungen hin, betonend, daß der Fall Wolter ein Fingerzeig für Alle sei, nach welcher Richtung hin nun seitens der Künsmänner „gearbeitet“ werden solle. Charakteristisch sei auch, daß Wolter gelegentlich der Verhandlung den Anspruch that, daß für den Forme Platz in keiner Metall-Werkstelle seitens des Verbaudes ein Platz sei; so gehe es jedoch nicht nur dem einen, vielmehr könne man trotz der Verhandlungen am Gewerbegericht hunderte von gleichen Fällen aufzählen. Die Versammlung nimmt eine Resolution gegen eine Stimme an, in der sie sich verpflichtet, nach jeder Richtung hin für die Stärkung der Organisation zu wirken und allen Anforderungen zu genügen, die von dieser an den Einzelnen gestellt werden.

Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrs-Arbeiter hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Eingangs der Versammlung erstatteten die Delegirten von der Generalversammlung in Kassel Bericht von derselben. In der Diskussion hierüber wurden nur von wenigen Seiten unbedeutende Einwendungen gemacht, im Ganzen zeigte sich eine allgemeine Zufriedenheit. Aus dem hierauf von Dertel gegebenen Bericht über die Thätigkeit der Ortsverwaltung im vergangenen Jahre ist hervorzuheben, daß dieselbe in 48 Sitzungen ihre Geschäfte erledigt hat. Ferner fanden 35 Versammlungen statt, während in den einzelnen Bezirken verhandelt wurde, durch 98 kleinere Versammlungen die fernstehenden Kollegen zum Verbands heranzuziehen. Die im vergangenen Frühjahr stattgefundene Lohnbewegung der Möbeltransportarbeiter, durch welche theilweise Erfolge erzielt wurden, hatte der Ortsverwaltung viel Arbeit gelost. Miße verursachte auch die im Herbst veranstaltete Agitation unter den Straßenbahnern, welche wegen der Eigenthümlichkeit dieser Berufsbranche mit großen Schwierigkeiten verbunden war. Der Erfolg dieser Arbeit ist nicht ausgeblieben und sind im Laufe des vergangenen Jahres dem Verbands 1019 neue Mitglieder beigetreten. Gegenwärtig beträgt die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle 1260 Mann. Um das zahlreichere Auscheiden der gewohnten Mitglieder zu verhindern, ist ein System in Durchführung begriffen, wonach die Beiträge direkt in den Wohnungen der Mitglieder laßt werden. Soweit durchgeführt, hat dieses System bereits gute Erfolge gezeitigt. Laut Bericht des Kassiers wurden im letzten Quartal 3060,02 M. eingenommen und 2755,45 M. ausgegeben. Der Jahresbericht stellt sich recht erfreulich. Hier betragen die Einnahmen 10725,13 M., die Ausgaben 10420,56 M. Unter den Einnahmen sind 29091 Wochenbeiträge à 20 Pf. = 5818,20 M. und außerdem 8804 Extra resp. Agitationsbeiträge in Summe von 496,00 M. zu verzeichnen. An die Hauptkasse konnten 4544,00 M. abgeliefert werden. Für Unterstützungen aus der Ortskasse wurden 1181,80 M. ausgegeben. Der Bestand der Ortskasse beträgt 804,57 M. Dem Kassier wurden 50 M. Monatsgeld bewilligt. Der Bericht über den Arbeitsnachweis im vierten Quartal ergab folgendes Resultat: Gemeldet wurden 288 Stellen, davon direkt durch Chef 228, durch Kollegen 12. Der Branche nach wurden verlangt: 105 Kutscher, 82 Hausdiener, 19 Kohlenarbeiter und 31 Laufburschen. Befestigt wurden für letz 74, zur Anstufte 31 Stellen. 93 Stellen konnten nicht befestigt werden, weil passende Kräfte fehlten. Bei 84 Stellen war der Lohn zu niedrig. Bei den befestigten Stellen betrug der Höchstlohn 24 M., der niedrigste 15 M., der Durchschnittslohn betrug 19,94 M., die Arbeitszeit im Höchstfalle 17 1/2 Stunden, im niedrigsten Falle neun Stunden; Durchschnitts-Arbeitszeit 14 1/2 Stunden. Bei 84 befestigten Stellen wurde Sonntagsarbeit bis zu fünf Stunden verlangt. Dem Zentralvorstand wurde die bisherige Ortsverwaltung zur weiteren Bestätigung vorgeschlagen resp. durch Schiele als II. Bevollmächtigter, Werner als Kassier und Schertel als Bezirkskassier ergänzt. Zu Revisoren wurden Fuchs, Bertmann und Reumann gewählt. In den Zentralvorstand wurden als 2. Vorsitzender Möbeltransport-Arbeiter Bachmann, ferner Karl Schulz, Höselbarth und Rische als Beisitzer delegirt. Als Revisoren der Hauptkasse fungiren Aug. Meyer, Streitner und Wolf. Hoffmann bringt noch die Ausperrung der Buchbinder im „Berliner

„Lokal-Anzeiger“ zur Sprache und forderte die Anwesenden auf, gegen dieses Blatt überall da zu agitiren, wo sie irgend welchen Einfluß haben.

Im Verein der Tischler sprach am 19. Januar Rehlet über das neue Handwerkergesetz. Der Vortrag wurde zustimmend aufgenommen. Den Mitgliedern wurde bekannt gegeben, daß bei Gunde'sch, Manteuffelstr. 31, eine neue Jahrsliste gegründet wurde.

Weissenfee. Eine imposante Demonstration für die gleichmäßige Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes bildete die Festversammlung, welche der „sozialdemokratische Arbeiterverein“ am Dienstag in „Schloß Weissenfee“ abhielt. Bekanntlich ist es hier durch landräthliche und polizeiliche Fürsorge unmöglich, ein Stützungsfest des genannten Vereins, wenn Frauen daran theilnehmen, abzuhalten, es konnte deshalb dieses Fest nur in dieser Weise gefeiert werden. Der Festredner Lieblich führte vor einer Zuhörerschaft von etwa 1000 Personen folgendes aus: Der Verein sei einer derjenigen, welche unter dem Sozialistengesetz, unter des todtlen Bismarck's Herrschaft ins Leben getreten seien; er habe schon seine Geschichte, reich an Erfahrungen mannigfaltigster Art. Die organisierte und gut disziplinierte Sozialdemokratie habe das Sozialistengesetz überwunden, sie sei als Sieger über Bismarck, dem alle Nachmittage zu Gebote standen, hervorgegangen und nehme auch gegenbehaupt und siegesicher den Kampf auf gegen seine Nachfolger. Redner habe gezeigt, daß sie sehr wenig gelernt und sehr wenig vergessen haben. Redner verbreitete sich des Weiteren eingehend über das Gebiet der Sozialreform. Die heutigen Reformen auf diesem Gebiete seien nur als verbesserte Armenpflege zu betrachten. Die Sozialdemokratie sei jeder Zeit eingetreten für wirkliche, durchgreifende Sozialreform. Der heute noch nicht eingetretene habe, daß zwei Klassen unversöhnlich sich gegenüberstehen, sei blind, und dem sei nicht zu helfen. Die Junker und Kapitalisten in ihrer Ueberhebung halten sich als Vertreter aller Wissenschaft und Bildung, leiten hieraus ihre zu gewährenden Sonderrechte her und finden für diese ihre Verdrängungen durch Herrn von Stumm bei der Regierung nur allzu geneigte Ohren. Die Arbeiterklasse habe nur zwei Waffen zu ihrer Verteidigung, das allgemeine gleiche Wahlrecht und das Koalitionsrecht. Beides wolle man uns rauben oder illusorisch machen. Man habe diese Waffen und gegeben, der Gebrauch derselben oder die Aufzucht zum Gebrauch werde bestraft. Redner zeigt durch zahlreiches Eingehen auf einige politische Kämpfe, wie zuletzt immer die Gewaltthäter ihren Frieden mit den Unterdrückten schließen müssen. Zur Vorbereitung des Sieges aber gehöre Organisation. Warum ist es trotz Redner, statt der 800 oder 400 Mitglieder, die der hiesige Verein aufweise, nicht deren 8000? Der Deutsche habe gewiß Tugende und Vortelle, aber er müsse sagen, so bescheiden und so schwer beweglich sei sobald kein zweites Volk. Nicht genüge es, zur Zeit der Wahlen sich hervorzubringen zu lassen zur Abgabe des Stimmzettels, nein, durch immerwährende praktische Mitarbeit erfülle man seine Pflicht. Zum Schluß erinnert Redner daran, auch am heutigen Tage des Vertreters des Reiches, Genossen Stadtrath, zu gedenken, der nicht etwa wegen mehrerer hundert Handlungen, wohl aber für sein Eintreten für die Rechte des Volkes im Gefängnis liege. — Ihr Einverständnis mit den genannten Ausführungen zeigte die Versammlung, die, wie bemerkt werden muß, von sehr viel Gegnern besucht war, durch den äußerst lebhaft gespendeten Beifall am Schluß des Vortrages. Eine begeisterte Erregung bemächtigte sich der Versammlung, als der Vorsitzende bekannt gab, daß, wie ihm mitgetheilt sei, für heute Abend die Volkshaus für das betreffende Lokal auf 10 Uhr festgesetzt sei. War schon vorher der agitatorische Zweck der Versammlung vollkommen erreicht, so forate die Behörde durch diese Maßnahme in ganz auffälliger Weise dafür, daß die Begeisterung für die Organisation und deren Bestrebungen eine anhaltende und dauernde bleibt. — Außerdem gelangte noch eine von Gajewaldt eingebrachte, gegen den „Lokal-Anzeiger“ gerichtete Resolution zur einstimmigen Annahme. Die Arbeiter-Weissenfee werden dafür sorgen, daß dieser Beschluß in die That umgesetzt wird. Nach einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie und nachdem die Arbeiter-Gesangsvereine zwei des Tages entsprechende Gesänge aufgeführt, hatte das Fest sein Ende erreicht.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag: Geschichte (Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Zeitgeit, mit besonderer Berücksichtigung des geistigen Lebens). Schriftföhrer Dr. Rudolph Steiner.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen, gegr. 1862. Neben-Versammlung, Abends 7 Uhr, Saalabend bei Wedowal, Alte Jakobstr. 54/55. — Neue Mitglieder werden dieselbst aufgenommen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer Berlin. 4. Sonntag, den 29. Januar, Vormittags 9 1/2 Uhr, Manteuffelstraße 47, bei Vivaldi: Mitglieder-Versammlung.

Todes-Anzeige. Am Mittwoch früh verstarb plötzlich mein lieber Mann, der Tischler Ernst Skaliks. Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Westhannse-Kirchhofs (Nieder-Schönhausen) aus statt. (1806) Die trauernde Wittwe und Sohn.

Die Festsäle und der Garten werden vom 1. April 1899 wieder an Gewerkschaften, Gesangs-, Theater- und Vergnügungs-Vereine unter künftigen Bedingungen zu festlichen Anlässen vergeben. Rechtzeitige Meldungen erwartet Julius Wernau, 632/24, Gashofstr., Schönebergstr. 23/24.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Heute Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstraße 20-21: Sitzung der Ortsverwaltung. NB. In den Vorstand sind gewählt die Kollegen Stüsch, Martensfeld, Gätz, Ross und Rothke.

Sonabend, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Köhring (Märkischer Hof), Admiralsstraße 18c: Branchen-Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht der Kommission und Neuwahl derselben. 2. Branchen-Angelegenheit und Beschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Schuldenföhrungs-Marken werden an diesem Abend in der Versammlung, nicht bei Jubel, ausgegeben.

Achtung! Einsetzer. Sonntag, den 29. Januar, Vormittags 10 Uhr, bei Zabel, Lindenstr. 106: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Besprechung des Lokaltarifs. 2. Beschiedenes. Es ist Pflicht jedes Verbandsmitgliedes, welches als Einsetzer arbeitet, zu erscheinen.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Achtung! Maurer. Achtung! Montag, den 30. Januar, Abends 8 Uhr, in Keller's Festsaal, Kopenstr. 29: Große Maurer-Versammlung der Filialen Berlins und Umgegend.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und Abrechnung über unsere Lohnbewegung im Jahre 1898. 2. Neuwahl der Lohnkommission. Die Wichtigkeit der Tagesordnung gebietet es, daß alle Kollegen, welche ein Interesse an unserer Lohnbewegung haben, vollständig zu dieser Versammlung zur Stelle sind. Die gedruckte Abrechnung wird dort an die Kollegen verteilt.

Die Lohnkommission. I. A.: W. Fritsch.

Achtung! Genossinnen und Genossen! Sonntag, den 29. Januar, Abends 6 Uhr, im „Köllner Hof“, Köllnerstr. 8: Oeffentl. Versammlung. T. O.: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Emil Rosenow über: Der Kampf der Frau um ihre wirtschaftliche und soziale Befreiung. Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein. Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, ersucht 1/7 Die Vertrauensperson.

Zentral-Krankenkasse der Maurer etc. „Grundstein zur Einigkeit“. (Verwaltungsstelle Berlin.) Sonntag, 29. Januar, Vorm. 10 Uhr, in Cohn's Festsaal (gr. Saal), Benthstraße 20: Oeffentliche Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. 149/1 1. Rassen- und Revisionsbericht vom 4. Quartal 1898. 2. Wohl des ersten Bevollmächtigten, zweiten Kassiers, ersten Schriftföhrers und eines Revisors. 3. Einmalige Besprechung gegen die Verwaltung. 4. Beschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt. Die Verwaltung I. A.: Wilh. Garbe.

Zentral-Krankenkasse der Buchbinder Verwaltungsstelle Berlin. Sonntag, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75: Haupt-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Rassen- und Kontrollbericht. 2. Mitgliedsliste. 3. Beschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zimmerer Zahlstelle Berlin. Sonntag, den 29. Januar 1899, Vormittags 10 Uhr: Versammlung für Westen, Süd-Westen und Schöneberg im „Königs Hof“, Bismarckstraße Nr. 40. Tages-Ordnung: 1. Wie ist es möglich in unserem Beruf, für Berlin und die Vororte feste Lohn- und Arbeits-Bedingungen zu erzielen, mit besonderer Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Referent: H. Kuba. 2. Diskussion. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kameraden. 254/3 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler etc. (Eingeloch. Bismarckstr. 3, Hamburg) Bismarck Berlin O. Sonntag, den 29. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Lokal Werner, Bismarckstraße 59: Mitglieder-Versammlung Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1898. 2. Beschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. 182/1 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler etc. (Eingeloch. Bismarckstr. 3, Hamburg) Bismarck Berlin O. Sonntag, den 29. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Neumann, Brunnenstr. 150: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1898. 2. Beschiedenes. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Kasse von Müller, Bergstraße 10, nach Bergstraße 60 bei Gigenfeld verlegt worden ist. Mitgliedsbuch legitimirt. 183/1 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler etc. (Eingeloch. Bismarckstr. 3, Hamburg) Bismarck Berlin O. Sonntag, den 29. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Neumann, Brunnenstr. 150: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1898. 2. Beschiedenes. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Kasse von Müller, Bergstraße 10, nach Bergstraße 60 bei Gigenfeld verlegt worden ist. Mitgliedsbuch legitimirt. 183/1 Die Ortsverwaltung.

Schylia's Familien-Restaurant Dreßdenerstr. 111. (1723) Jeden Abend Unterhaltungsmusik. Zwei Vereinszimmer zu vergeben.

Achtung! Vereine. Zwei Zimmer, 20 u. 40 Personen fassend, empfiehlt Ernst Lier, Alte Jakobstraße 119.

Schnitzel à Pfd. 1 M., prima Rindfleisch à Pfd. 60 Pf., Gänse à Pfd. 50 Pf. (1906) C. Schubert, Brunnstr. 25.

Fasen, Hirschfleisch, Gänse, Hühner, Enten, Tauben billigst. A. Ritschl, Dreßdenerstraße 61, Wiltz- u. Geflügelhbl.

Masken-Garderobe gr. Auswahl, solide Preise, empfiehlt Stenzel, Ratsufer Damm 8. Der Central-Stenographen-Verein „Stolze“ (Einigungssystem) eröffnet neue Unterrichtskurse in der „Bereinsachen deutsch. Stenographie“ (Syst. Stolze-Schrey) am Montag, den 6. Februar, bei Gleiern, Müllerstr. 7a, am Dienstag, den 7. Februar, im Louisestadt. Clubhaus, Annenstr. 16.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.
Freitag, 27. Januar.
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Danzig. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die drei Weiserherren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. König Heinrich. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reizung. Der Schlafwagen. Komischer Vorber: Zum Einsteiger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Golumb. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die kleinen Mädchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Engeljäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Hofmann's Töchter. Anfang 8 Uhr.
Weiten. Die Engenotten. Anfang 7 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Schiddebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Enken. Und liebe Geld. Anfang 8 Uhr.
Vere. Alliance. Der Schlagbaum. Anfang 8 Uhr.
Odeon. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäutchen. Anfang 8 Uhr.
Nadel. Tom's Hütte oder: Schwestern in Amerika. Anfang 8 Uhr.
Me. anderplan. Berliner Mädel. Anfang 8 Uhr.
Kronen. Taubenstraße 48-49. Anfang 8 Uhr.
Invalidenstraße 57/62. Täglich Abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Lyerniephon.
N. J. Spezialitäten. Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Fest. Vokal. Spezialitäten. Vorstellung.
Vajage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wagner-Theater).
Freitag 8 Uhr:
Hasemann's Töchter.
Sonnabend 8 Uhr:
Othello.
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Abends 8 Uhr:
Die Leibrente.

Insen-Theater
34. Reichenderstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Um's liebe Geld.
Schauspiel mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Johannes Ehner.
Musik von Fritz Krause.
Sonnabend, Nachmittags 3 Uhr:
14. Schüler-Vorstellung zu besonders ermäßigten Preisen:
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr:
Zum Besten des unter dem Protektorat Sr. Maj. des Kaisers stehenden Nationalbundes für Veteranen:
Die berühmte Widerspännige.

Central-Theater
Direktion: José Foranzy.
Jubiläum-Ouverture
von Carl Maria von Weber.
Herauf zum 21. Male:
Die Puppe (La Poupée)
Opérette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau und Struggh.
Musik von Ed. Kaban.
Die Puppen finden nach dem zweiten und dritten Akte statt.
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).
Sonntag Nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Die Puppenmännchen. Musik von Johann Strauß.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schult.
Zum 32. Male:
Die kleinen Mädchen.
Opérette in 3 Akten v. André Messager.
Herauf:
Die Engeljäger.
Langspiel in 14 Akten von F. Regel und F. Bayer.
Morgen und folgende Tage: Die kleinen Mädchen und Die Engeljäger.

Circus Busch
Freitag, den 27. Januar 1899.
Abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Zum 73. Male:
PERSIEN.
Besonders hervorzuheben: Mit über die hundert Fuss hohe Burgmauer, Wärdern: Quadrisse aus der Zeit Friedrich des Großen, geritten von 4 Damen und 4 Herren mit 8 Schützen. Dir. Busch mit seinen neuen Freiheitskämpfern. Kleben-Potpourri der besten, schönsten und bestreift. Weide. Auftreten der vorzüglichsten Künstler und besten Klowns der Welt.
Morgen 7 1/2 Uhr: Persien.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 10.
Heute, Freitag, den 27. Januar:
Wegen
Privat-Festlichkeit
keine Vorstellung.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Dr. Holborn: Das Erwerbsleben der Naturvölker.
(Völkervand. IV.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum.
Im Kaisersaal
nur noch wenige
Tage:
Adrienne
Gaston.
Im Völkersaal
ständig:
40 Krieger
des Mahdi.

Castan's Panopticum.
Die
SIOUX-
INDIANER
sind da!

Opheo-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 34. Male:
Witzliches Wasser! Komisch!
Der Brandstifter
Sensationelles Lustspiel
mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern)
von G. Oskanowski. Musik von L. Fall.
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-
kauer.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Morgen und folgende Tage: Der
Brandstifter.
Sonntag Nachmittags: Onkel Jonas.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Fest-Ouverture.
Gastspiel Emil Thomas
Schiddebold's Engel.
Voffe mit Gesang in 4 Akten von
W. Mannhardt. Musik von demselben.
Komplet von Alfred Weider.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Olympia-Theater
Karlsru. (Circus-Renz) Karlsru.
Grosse Jubel-Fest-Vorstellung.
Abends 8 Uhr:
Mene Tekel.
Jeden Sonntag Nachm. 3 1/2 Uhr:
Dorwürstchen.
Halbe Preise. 1 Kind frei.
Morgen, Sonnabend:
II. Gr. Maskenball.
Beginn der
Spezialitäten-Saison
am 1. Februar,
u. H. Wachtel Joseph
Strohschneider.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hatt.
Täglich:
Konzert- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Sonnabend, den 28. Januar 1899:
Erster grosser
karnevalscher Uk-Abend
bestehend in
Konzert, Spezialitäten-Vorstellung
und Tanzkränzen.
Erkennliches Programm.
Jeder Besucher erhält Kopfbedeckung
und Edelzartel gratis.

Apollo-Theater.
Direktion E. Waldmann.
Carola
Débriège
Alexia
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, den 4. Februar 1899:
Yvette Guilbert.
Billet-Vorverkauf
täglich von 10-1 Uhr Vormittags und
an der Abendkasse.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 10.
Heute, Freitag, den 27. Januar:
Wegen
Privat-Festlichkeit
keine Vorstellung.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
Dresdener-Strasse 97.
Dir.: A. Kollig. Mit. Leiter: A. Ronge
Täglich:
Große Gala-Spezialitäten und
Theater-Vorstellung.
Neu! Schützenbrüder. Neu!
Voffe mit Gesang von Fritz Waldau
Musik von Thiele.
Stille Liebe mit Hindernissen.
Origin. Voffe mit Gesang v. Müllers.
Sensationell! Sensationell!
Klown Bobby
mit seinen wunderbar droll. Gunden.
Anfang: Sonntag 6 Uhr. Ende 11 Uhr.
Wochent. 8 Uhr.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Nur noch wenige Aufführungen
der hochinteressanten Voffe:
Eine Sommerwohnung
in Charlottenburg
und des Piederchies!
Zanf-Zenfelschen!
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr.
Sonntag 6 1/2 Uhr.
Entrée: Wochentags 30 Pf.
Sonntag 40 Pf.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

Mähr's Theater
Cranienstr. 21.
Täglich Vorstellung.
Täglich:
„Unser Helgoland.“
Otto Gregor u. G.
Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Sonntag 8 Uhr.
Sond. haben Wochentags Gültigkeit.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Wiederauftreten der beliebten
Soubrette Helene Voss.
Neu! Der Selbstmörder. Schmidt.
Am 8 1/2 Uhr:
Gr. Vorkauer: Rich. Winkler
und Wilhelm Fröbel
in der unerwähnten Voffe
Endlich zu Zweien.
Solistischer Beifallsjubel!
Fred Dawoy. Gebr. Kieselty.
Gebr. Vero. Louise v. Dolffs.
Alexandro Michaelanko, Russ.
Gesang- u. Tanz-Gesellschaft.
Anfang 7 1/2. Sonntag 8 Uhr.
Vorverkauf Sonn. v. 11-1 Uhr.

**Moabiter
Gesellschaftshaus,**
Alt-Moabit 80-81.
Jeden Mittwoch:
Humoristische Soirée
Hippel's Stettiner
Quartett- und Humoristen-Ensemble
mit wechselnden,
hochinteressanten, urkom. Programmen!
Nacher: Sobree-Tanzkränzen.
Entrée im Vorverkauf 20 Pf., Ref.
40 Pf., Rasse 20 Pf., Ref. 50 Pf.
Passe-partouts haben Gültigkeit.
Jeden Sonntag nur Ball.
Die Direktion.

Reichshallen.
Stettiner Sänger
(Mehel,
Viero, Britton,
Stechl, Straue,
Röhl, Schneider
und Schrader.)
Sonnabend, zum letzten Male:
Pepita vor Gericht.
Sonntag, den 29. Januar:
Hobilit:
Frauen-Emanzipation
Anfang 8 Uhr.
Tageskass. von 11-1 Uhr.

**Quarg's
Spezialitäten-Theater,**
Grand Hôtel Alexanderplatz.
Täglich:
Cora Pilotti's Gunde u. Ragen-
Zirkus. — Hedwig Günther. — Amanda
und Hans Bellini. — The Mikrograph etc.
Anfang 8 Uhr. — Sonntag 7 Uhr.
Avis! Die Zeit- und Konzertfälle
des Grand Hôtel Alexanderplatz sind
unter toulanten Bedingungen zu
Versammlungen, Privat-
festlichkeiten zu vermieten.

Wästen-Garderobe.
Größe Auswahl.
Billigste Preise.
Berein. Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Cranienstr. Nr. 178
H. Adalbertstraße 91.
Gde Cranienstrasse.

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, 29. Januar 1899, Abends 7 Uhr, im „Mess-Palast“,
Alexandrinenstr. 110:
Vortrag des Dr. Wurm über: Die Pflege der Augen.
Mit Demonstrationen und Abbildungen.
Nach dem Vortrag: Gemüthliches Beisammeln und Tanz.
Eintritt 10 Pf. — Garderobe 10 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.
Die Mitglieder und Freunde, welche im Besitze von Billets
zum 8. Stiftungsfeste sind, werden gebeten, in den nächsten Tagen
abzurechnen.

Der Geschmacksrichtung des Biertrinkenden
Publikums nachkommend, haben wir ein aus bestem
Malz und feinstem Saazer Hopfen eingebrautes
Bier nach Pilsener Art
hergestellt, welches dem sogenannten echten
Pilsner in keiner Weise nachsteht. Wir beginnen
mit dem Ausstoss unseres
Pilsner Bieres
am 26. dieses Monats.
Münchener Brauhaus Act.-Ges.

Uhren! Goldwaaren!
Elegante Neuheiten in jeder Preislage.
Opt. Artikel, Brillen auch nach ärztl. Vorschrift.
Günst. für eigene Geschäfte, Reparatur-Werkstatt im Hause.
Uhrmacher **Konrad Friese, Juwelier.**
1. Geschäft: Müllersstr. 4, direkt am Weddingplatz. 2. Geschäft: Fennstr. 61.
Rein Payer in Musikwerken behndet sich Müllersstr. 4. Symphonien-
Zwickelosen von 7 Pf. an. Gerophon werden billig verkauft. (6372)

Oranke-Bock.
Der Ausstoss unseres diesjährigen
Bockbieres
beginnt am Sonnabend, den 28. d. Mts.
Hohen-Schönhausen, 25. Januar 1899.
Actienbrauerei Hohen-Schönhausen.
Wilh. Starck. Siebert. 44/19*

M. Cohn's Festsäle,
Beuthstr. 21.
Folgende Sonntage sind frei geworden und unter toulanten Bedingungen
zu Radfahrten etc. zu vergeben: 19. u. 26. Februar, 12. u. 19. März.
Die Produktiv- und Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer
ermöglicht Jedermann, durch ihr Spar- und Zielzahlungs-System in den
Besitz eines guten und billigen Fahrrades und aller Bedarfsartikel
zu kommen, wenn man derselben als Mitglied beitrifft. 140b
Geschäftsstelle: Sickingenstraße 7.

Charlottenburg!
Grosses Lager! (517L*)
Reparaturen gut und billig.
Uhrmacher **F. Kunstmann, Wallstrasse 1.**
Butter billiger
Seine Tafelbutter . . . Pf. 100 Pf.
Alfred Grünenthal.
Dene Köpstr. 1. Köpstr. 3.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Dritte, Freitag:
Grosser Festakt.
Zum Schluss:
Guten Morgen
Herr Fischer.
Sonnabend:
Geschlossen.

**Niemand sollte
verjäumen**
bei Bedarf Brunnenstr. 110
(neben dem Alexanderplatz) von
Ignatz Sello zu beziehen.
Alten 7219*

Nordhäuser
per Liter 50 Pf.
hergestellt ohne Pfeffer
oder andere
Verfälschungs-Mittel
sowie künstl. Liköre, Weine,
Cognac, Rum etc. Spirituosen
im Einzelverkauf, auch eingeweicht nur
zu Engrospreisen. Billigste Be-
dingunge. Bitte genau auf
Brunnenstr. No. 110 zu achten.
Stepp, Gardin, Portiören,
Stores, Wäsche, Waffelbuden,
Kugeln, Dosen,
Wintepaletots, Regulat, Remon-
toir-Uhren, Opeml. verkauft postbillig
Pfundleiche Neanderstraße 6.*

**Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik**
Gustaf Lutzig, Berlin. Preis-
liste 48, versendet gegen Rückgabe
garant. neuer Bettfedern d. Pf. 50 Pf.,
Bettfedern halbdunen d. Pf. 30 Pf.,
Bettfedern halbdunen d. Pf. 1.75,
verzügliche Beantwortung d. Pf. 2.25.
Bei diesen Bettfedern versenden
3 bis 4 Stück zum grossen Zweck.
Versandung frei. Preis u. Proben
gratis. Jede Anrechnungsbilg.

Neuen beginnt neuer
Jahrgang:
**NAPREIEN
STUNDEN**
ILLUSTRIRTER ROMAN
BIBLIOTHEK 3-JAHRG
HEFT 10 PFENNIG
**DIE TOCHTER
DES SÜDENS**
Zu beziehen durch
alle Colporteurs und Speditours.

Sophastoffe
auch **Reffe**
in Dills, Damast, Crépe,
Phantase, Gobelins und
Wisch (vorstellig) (6129*)
Proben franco!
Läuferstoffe in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Craniestr.
Nr. 158.

Sattlerei gute, vorz. bill. u. vt. Raff.
Goldammerstr. 111, Laden.
Kleiderkram, Bettstelle, Kommode,
großer Tisch, billig zu verl. Koppen-
straße 91, Schwerg. 277b
Frdl. Schlaß, sep. Gung. u. verm.
Gleis, Friedenstr. 75, vorn 3 Tr.

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretschmar & Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin-Tennishof-Brücke), haben
sämmliche Tischler wegen Dispo-
sitionen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter.
Bei der Firma Carl Lutz
(Aldershof) haben sämmliche
Tischler wegen Differenzen die
Arbeit eingestellt. 70/20
Zuzug ist fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.
Liniere, zuverlässige, auf Ver-
lager Maschinen, wollen sich melden
bei Hofenstahl, Zump & Comp., Ge-
schäfts-Verkehr, Holzmarkt 67.
Musikantur, Boehmstr. 5, Büchlerstr. 52.

Oberhänden-Blousen-
Arbeiterin zu hohem Lohn verlangt
H. Naben, Magazinstr. 13a.

Kreisjägenmeister,
geht auf Reklamen, sofort verlangt.
Kreisen unter H. 174 an Patin's
Annoncenbureau, Rosenstr. 42.
In einer Stadt Siedensland
wird für einen Saal-Neubau mit
größerem Reparations-Betrieb und
Fremdenherberge ein kautionsfähiger
Wächter
gesucht.
Bewerber wollen ihre Adresse unter
Reparations-Wächter an die Kreis-
liche Tagespost, Nürnberg, gelangen
lassen.

**Dreher, Drehermeister,
Dreherlehrlinge,**
Schlöser etc. erhalten lohnenden
Besenverdienst. Prospekt franco.
Seine Anerkennungen. (7880*)

Aug. Loss,
Giebichenstein-Gasse 6. Z.
Tüchtigen Bader für Goldbleiben
fabrik verl. Barnimstr. 41. (2655)
Unterrod - Garniercousines,
Steppdecken verlangt. 2799
Zehrl. Gr. Frankfurterstr. 14.
Tüchtige Stempner auf Schwarz-
blech sucht Wilhelm Grunow, Neue
Königsstr. 30. 2745
Größe Ramisch auf verschärfte
Paletots verlangt Ermer, Stöckstr.
straße 12, 4 Tr. 276b
Dirigent 276b
für alten Gesangsverein (M. d. U.S.-
B.) für Mittwoch gesucht. Offerten
an Emil Schmidt, Stettinstr. 54b.